

Kommune

Digitalisierung, E-Government, Informationstechnik

21

Open Data

Der Mehrwert offener Daten

E-Government

- **Digitale Souveränität:**
Politik muss die deutsche IT-Branche befähigen, alternative Lösungen zu entwickeln

Informationstechnik

- **Urban Data Summit:**
Interkommunale Zusammenarbeit als Basis für die digitale Stadtentwicklung

Praxis

- **Köln:**
Die Domstadt setzt voll auf Social Media und erreicht so mehr als 500.000 Bürger



Spezial

- **KommDIGITALE:**
Rund 100 Aussteller und über 125 Vorträge gestalten die neue Kongressmesse



Aufs Amt gehe ich, wenn ich Beratung brauche.

Schon heute hat die AKDB rund 500 Online-Dienste im Repertoire. Schnell, einfach und sicher. Für Standard-Anliegen muss keiner mehr aufs Amt. Das entlastet Bürger wie Verwaltungsmitarbeiter.

Liebe Leserinnen und Leser,

auf der Digitalisierungsagenda des Staates ist das Thema Open Data kein neuer Punkt. Schon seit 20 Jahren wird über die digitale Bereitstellung amtlicher Informationen in maschinenlesbarer Form diskutiert. Flächendeckend sind solche Daten jedoch noch nicht verfügbar. Dabei spricht viel für den Aufbau von Open-Data-Portalen auch auf kommunaler Ebene.



Mit offenen Daten können Mehrwerte geschaffen werden, und sie sind Grundlage neuer Geschäftsmodelle für die Wirtschaft. Die wesentlichen Vorteile fasst unsere Gastautorin Moreen Heine, Professorin für E-Government an der Universität zu Lübeck, zusammen: „Offene Daten führen zum einen zu Transparenz, was der Demokratie dient. Zum anderen wird die Fähigkeit erhöht, konkrete Probleme zu lösen und Aufgaben zu bewältigen – verwaltungsintern wie auch gesamtgesellschaftlich.“ (Seite 14)

Das sehen Städte wie Leipzig oder Oldenburg ebenso. Die sächsische Metropole will möglichst viele Daten in offener Form zur Verfügung stellen und arbeitet am Aufbau einer urbanen Datenplattform (Seite 18). In Oldenburg ging Anfang dieses Jahres ein Open-Data-Portal online. Welche Lizenz-, Haftungs- und Normierungsfragen vorab zu klären waren, lesen Sie auf Seite 20. Um Vorbehalte gegen die Veröffentlichung von Daten in der Verwaltung abzubauen, empfiehlt Moreen Heine einen literarischen Ansatz. Wenn das nicht hilft: Die Regierungsparteien SPD, Grüne und FDP haben sich im Koalitionsvertrag vorgenommen, einen Rechtsanspruch auf Open Data einzuführen.

Ihr

Alexander Schaeff



ALLRIS

**Modernisieren Sie jetzt
die Verwaltungsarbeit !**

- **Sitzungsdienst**
- **Sitzungsgeld**
- **Ratsinformationssystem**
- **Fraktionsarbeit**
- **Bürgerbeteiligung**



E-Government

Interview: Über den Digitalisierungsgrad Berlins spricht Chief Digital Officer Ralf Kleindiek 8

Digitale Souveränität: Die Politik sollte Innovationstreiber hierzulande stärken 10

Interview: Wie die AKDB zur IT-Sicherheit in Kommunen beitragen kann, erklären die Vorstände Rudolf Schleyer und Gudrun Aschenbrenner 12

Titel

Open Data: Verständnis und Motivation bei den Beschäftigten schaffen 14

Bund: Den Rechtsanspruch auf offene Daten umsetzen 16

Leipzig: Datenplattform entfaltet positive Sogwirkung 18

Oldenburg: Der Weg zum Open-Data-Portal 20

Informationstechnik

Urban Data Summit: Kommunen und kommunale Unternehmen kommen zusammen 22

Serie Cyber-Sicherheit: Sieben Einsteiger-Tipps 24

Portale: ITEBO-Geschäftsereichsleiter Ronny Kirchner berichtet vom OpenR@thaus 26

Bad Oeynhausen: Neue OZG-konforme Internet-Plattform 28

Seebad Ueckermünde: Website-Relaunch stärkt den Standort 30

Neu Wulmstorf: Ganzheitliche Portallösung für nachhaltige Workflow-Prozesse 32

Finanzwesen: Geschäftsentscheidungen auf Basis fundierter Zahlen treffen 34

Göttingen: Dank Business-Intelligence-Lösung die Haushaltslage im Griff 36

Ratsinformationssysteme: Bruckmühl setzt auf eine vollintegrierte Lösung 38

Neureichenau: Modernes Sitzungsmanagement 40

Sulzbach im Taunus: Verständlicher Sitzungsdienst auch für Quereinsteigende 41

Formular-Management: Neue Schnittstelle zwischen Prozess- und Antragsmanagement 42

Meldewesen: Die nächsten Digitalisierungsschritte stehen auf der Agenda 44

Praxis

Köln: Domstadt setzt Social-Media-Kanäle strategisch ein ... 46

Bensheim: Digitalisierte Kita-Platz-Anmeldung, -Vergabe und -Organisation 48

Eichenzell: Pilotprojekt zur modularen Mobilität 50

Spezial

KommDIGITALE: Neue Kongressmesse rund um die digitale Kommune 52

Messe-News: Aussteller auf der KommDIGITALE 2022 54

Rubriken:

Editorial 3
News 6
IT-Guide 58
Vorschau, Impressum 66

Daten für Alle



Wie Leipzig oder Oldenburg stellen immer mehr öffentliche Verwaltungen Open Data zur Verfügung. Sie sorgen damit für Transparenz, können besser verwaltungsinternen und gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen begegnen und generieren neue Geschäftsmodelle.

ab Seite 14

Content-Management-System

Für Internet und Intranet, leicht zu bedienen
und mit integriertem Bürgerserviceportal

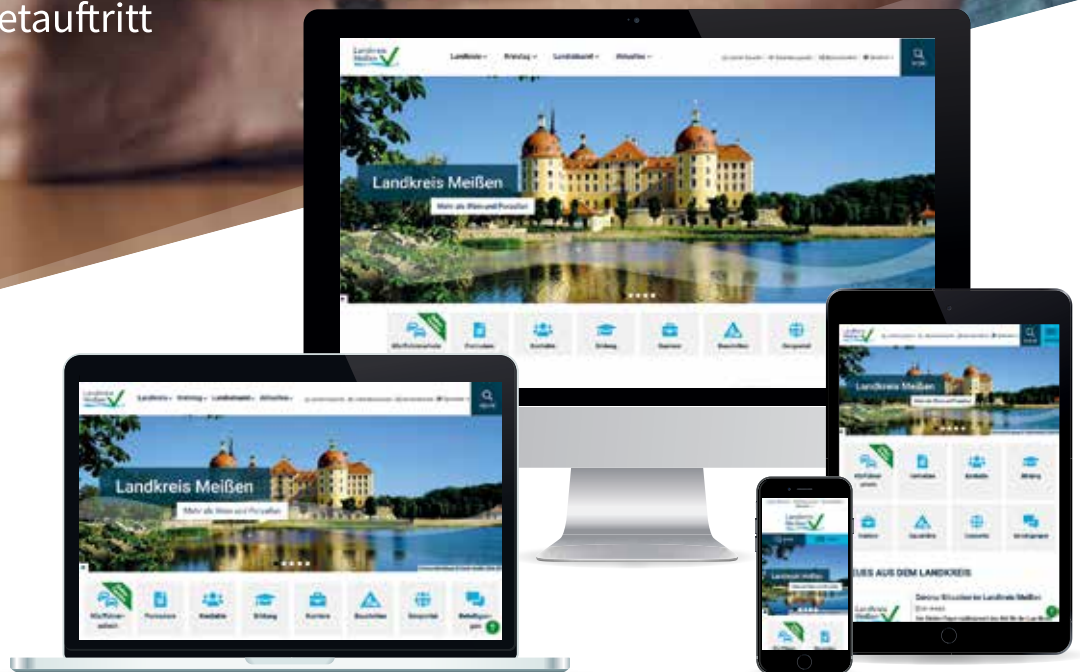
Responsive Webdesign

Individuell oder mit flexiblen Layoutvorlagen
und BITV-konform

Zertifiziertes Rechenzentrum

Höchste Sicherheit und Verfügbarkeit für Ihren
kommunalen Internetauftritt

Besuchen Sie uns:
30. November 2022
Anwendertreffen
Lübeck





twitter.com/k21news

Heidenheim: Sensoren im Test

In Heidenheim wird ein Sensorentestfeld installiert. Damit sollen Smart-City-Anwendungen erprobt werden – vom smarten Parken bis hin zu Verkehrszählungen.
• www.heidenheim.de

Darmstadt: Bedarfsgerechte Bewässerung

Sensoren an Bäumen messen in Darmstadt die Bodenfeuchte, übermitteln die Daten per LoRaWAN und ermöglichen so eine bedarfsgerechte Bewässerung.
• www.darmstadt.de

Kreis Fulda: Alarmsystem für Starkregen

Im Landkreis Fulda wird ein smartes Frühwarnsystem für Starkregen implementiert. Ergänzt wird die Lösung durch eine digitale Meldeplattform.
• www.starkregen-fulda.de/melder

Saarbrücken: Glasfaser in jedes Haus

In Saarbrücken soll Glasfaser bis in jedes Haus verlegt werden. Die Stadt hat dafür eine Vereinbarung mit Deutsche Glasfaser und Vodafone geschlossen.
• www.saarbruecken.de

Connected Urban Twins

Zukunftspreis erhalten

Connected Urban Twins, das Kooperationsprojekt der Städte Hamburg, Leipzig und München zur Weiterentwicklung Digitaler Zwillinge für Städte und Gemeinden, hat den Zukunftspreis der DVW – Gesellschaft für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement erhalten. Der ideelle Preis wurde zum ersten Mal auf der Kongressmesse Intergeo vergeben. Connected Urban Twins erfülle die Kriterien für eine mit dem DVW-Zukunftspreis auszuzeichnende, bahnbrechende Idee in besonderem Maße. DVW-Präsident Hansjörg Kutterer erklärte: „Das Kooperationsprojekt verbindet grundlegende Aktivitäten der Städte im Hinblick auf Digitale Zwillinge und Smart Cities effektiv und effizient miteinander.“ Gesamtprojektleiterin Nora Reinecke sagte: „Wir möchten Urbane Digitale Zwillinge nicht nur als Werkzeuge der Integrierten Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung etablieren, unsere Erfahrungen sollen auch anderen Städten und Gemeinden neue Wege aufzeigen.“

<https://connectedurbantwins.de>

Schleswig-Holstein

Low Code für Kommunen

In Schleswig-Holstein sollen Kommunen für die zügige Digitalisierung ihrer Prozesse künftig die Low-Code-Plattform Allisa nutzen können. Wie der Hersteller Allisa Software mitteilt, wird die Plattform derzeit im Amt Mittelangeln im Kreis Schleswig-Flensburg pilotiert. In Zusammenarbeit mit dem IT-Verbund Schleswig-Holstein (ITV.SH) hat Mittelangeln die Digitalisierung mehrerer Fachverfahren bei Allisa Software in Auftrag gegeben. Ausschlaggebend für die Entscheidung zugunsten der cloudbasierten Low-Code-Plattform Allisa sei die Geschwindigkeit gewesen, mit der sich die Fachverfahren digitalisieren lassen, sagt ITV.SH-Geschäftsführer Philipp Wille.

www.allisa.software



Vertrag über Datenplattform unterzeichnet.*

Frankfurt am Main

Urbane Datenplattform

Die Stadt Frankfurt am Main und ekom21 haben eine Vereinbarung zur Einrichtung einer urbanen Datenplattform geschlossen. Durch die Bereitstellung und Vernetzung geeigneter Daten sollen fundierte Analysen und Entscheidungen ermöglicht werden.

<https://frankfurt.de>

* Frankfurts Digitalisierungsdezernentin Eileen O'Sullivan und ekom21-Geschäftsführer Matthias Drexelius

eGovernment Monitor 2022

Fortschritte bleiben aus

Der eGovernment Monitor 2022 der Initiative D21 und der Technischen Universität München stellt fest: Mit 54 Prozent bleibt die Nutzung digitaler Verwaltungsleistungen durch die Bürgerinnen und Bürger hierzulande auf Vorjahresniveau. Damit liegt Deutschland weiterhin hinter den Vergleichsländern Österreich (72 Prozent) und der Schweiz (61 Prozent). Mehr als die Hälfte der Bevölkerung nutzt Verwaltungsleistungen immer noch analog (57 Prozent). In dieser Kennzahl sei eine digitale Nutzungslücke zwischen dem Bedarf an einer Verwaltungsdienstleistung und deren Online-Nutzung zu erkennen. Am größten ist diese Diskrepanz laut der Studie bei der Ummeldung des

Wohnsitzes: 79 Prozent der Befragten nutzen die Leistung offline. Die Abwicklung der Einkommensteuererklärung hingegen weist mit 27 Prozent die geringste Nutzungslücke auf. Wie die Initiative D21 mitteilt, sind die Unterschiede zwischen den Bundesländern bei der Nutzung digitaler Services größer geworden. Variierten sie im Vorjahr noch um 13 Prozentpunkte, so liegen zwischen dem Bundesland mit der höchsten und dem mit der geringsten Nutzung heute 17 Prozentpunkte. Hamburg (64 Prozent) und Bremen (60 Prozent) weisen die höchsten Werte auf. Schleswig-Holstein und das Saarland zeigen in der Studie im Vergleich zum Vorjahr einen deutlichen Zuwachs um neun beziehungsweise sieben Prozentpunkte.

<https://initiated21.de/egovmon22>

Vom Egosystem zum Ecosystem

Wie Telefónica Deutschland die Digitalisierung von Verwaltungen unterstützt

Die Signalleuchten von Windrädern werden aktiviert, sobald ein Flugzeug in der Nähe ist, Ampelphasen passen sich an das Verkehrsaufkommen an, Mülleimer melden den kommunalen Abfallentsorgern, wenn sie geleert werden müssen – intelligente digitale Lösungen helfen Kommunen und Verwaltungen, effizienter und nachhaltiger zu agieren. Was alle gemeinsam haben: Sie funktionieren nicht unabhängig von anderen Technologien. Sie benötigen Telekommunikationsnetze als Infrastruktur, Speicherorte in der Cloud, offene Schnittstellen, Benutzeroberflächen, unterschiedlichste Hardware- und Softwarebausteine, Sicherheitssysteme und vieles mehr. Diese vielfältigen Komponenten werden häufig von verschiedenen spezialisierten Akteuren bereitgestellt, was zu einer hohen Komplexität in der Erstellung von Ende-zu-Ende-Lösungen führt.

Deshalb hängt der Erfolg von Digitalisierungsprojekten maßgeblich davon ab, wie gut und effektiv die beteiligten Partner zusammenarbeiten. In digitalen Ecosystemen kooperieren viele Anbieter in einem Wertschöpfungsnetzwerk – beispielsweise Hard- und Softwarehersteller, Cloud-Anbieter, Systemintegratoren und Netzbetreiber. Sie alle verfolgen das gleiche Wert-Nutzen-Versprechen. Ziel ist es, die Möglichkeiten der neuen Technologien auszuschöpfen, um echte Mehrwerte für die Nutzer zu generieren. Solche Kooperationen folgen dem Prinzip des Gebens und Nehmens. „Weil

Ein Orchestrator fungiert als Schnittstelle und koordiniert die Zusammenarbeit.

„Digitale Ecosysteme sind immer kundenorientiert ausgelegt, sie sind datenbasiert gesteuert, hochgradig automatisiert, dynamisch und skalierbar.“

Alfons Lösung, Chief Partner & Wholesale Officer im Vorstand der Telefónica Deutschland.

Telefónica Deutschland setzt den Ansatz partner-schaftlicher Ecosysteme seit 20 Jahren sehr erfolgreich um und hat umfassende Erfahrungen insbesondere in der Rolle als Orchestrator. So testen beispielsweise der IT-Dienstleister Dataport, der Klinik-anbieter Helios und die Technische Universität München innovative Anwendungen in 5G-Campusnetzen, die Telefónica speziell für diese Zwecke eingerichtet hat.

Die Kernkompetenzen von Telefónica liegen dabei in

- der Bereitstellung von leistungsfähigen resilienten Netzen
- den langjährigen Erfahrungen im Partnermanagement und als Orchestrator von Ecosystemen
- Infrastruktur, Ressourcen und Kompetenzen in den Bereichen Sicherheit, Compliance und regulatorische Anforderungen.

sich alle Teilnehmenden auf ihre individuellen Stärken fokussieren können, wird am Ende ein besseres Ergebnis für alle realisiert – das ist ein wesentlicher Vorteil von Ecosystemen“, sagt Alfons Lösung, Chief Partner & Wholesale Officer im Vorstand der Telefónica Deutschland. Wichtig:



Das Whitepaper „Digitale Ecosysteme – Win-win-Situationen für komplexe Digitalisierungsprojekte“ erklärt das Prinzip und die Vorteile digitaler Ecosysteme anhand von Praxisbeispielen.



www.telefonica.de/whitepaper-digitale-ecosysteme

Kontakt: E-Mail mit Betreff „Telefónica Ecosystem“ an wholesale-partner-de@telefonica.com

Das OZG hängt an der Cloud

Ralf Kleindiek, seit Dezember vergangenen Jahres neuer Berliner Chief Digital Officer, spricht im Kommune21-Interview über den Digitalisierungsstand in der Hauptstadt sowie die Zukunft des Onlinezugangsgesetzes und des Einer-für-Alle-Prinzips.

Herr Kleindiek, Sie sind seit Dezember vergangenen Jahres neuer Berliner Chief Digital Officer (CDO) und haben zu Ihrem Amtsantritt 100 digitale Akteure besucht. Welche Eindrücke haben Sie dabei gewonnen?

Die Idee war, in den ersten 100 Tagen 100 Akteurinnen und Akteure aus allen Bereichen zu treffen, die mit der Digitalisierung in Berlin zu tun haben. Die Verwaltung war dabei, die Wirtschaft, die Wissenschaft und die Zivilgesellschaft. Dabei habe ich drei Dinge bemerkt: Erstens, dass sich die Gespräche und Themen, die sich aus dem 100-Tage-Programm ergeben haben, fortsetzen und ich mit vielen Menschen weiterhin in Kontakt stehe. Zweitens haben wir in Berlin ein wahnsinniges Potenzial, hier arbeiten 120.000 Menschen im Bereich Digitalisierung. Das gibt es nirgendwo sonst in Europa. Uns beneiden etwa viele um die sehr erfolgreiche und starke Start-up-Szene. Die dritte Erkenntnis ist, dass dieses Potenzial für die öffentliche Hand, Verwaltung und Politik noch viel zu wenig genutzt wird und wir die Zusammenarbeit der einzelnen Bereiche deshalb intensivieren müssen.

Berlin bildet eines der Schlusslichter bei der Verwaltungsdigitalisierung. Woran liegt das?

Ich bin als CDO für alle gesamtstädtischen Fragen der Digitalisierung verantwortlich, so auch für die Digitalisierung der Verwaltung. Zu meinen Aufgaben gehört, dafür zu sorgen, dass wir etwa das so genannte 14-Tage-Ziel erreichen und alle Bürgerinnen und Bürger innerhalb von zwei Wochen einen Termin beim Bürgeramt bekommen können. Wir haben uns auch die Modernisierung der Ordnungsämter vorgenommen und wollen, dass das Behörden-Pingpong zwischen Senat und Bezirken aufhört und die Zuständigkeiten geklärt werden. Das alles sind große Transformationsvorhaben. Seit Mitte Mai dieses Jahres nutzt das Bezirksamt Mitte als erste Behörde die neue Version der digitalen Akte, Ende August ist die Innenverwaltung gefolgt und sukzessive kommen in diesem Jahr noch 15 weitere Verwaltungen auf Bezirks- und Landesebene hinzu. Laut Berliner E-Government-Gesetz muss die digitale Akte bis Ende 2024 eingeführt sein. Das ist eines meiner wichtigsten Projekte.

Warum kam es zu so großen Verzögerungen bei der E-Akte? Andere Länder und Kommunen sind längst weiter.

Die Einführung der elektronischen Akte ist für alle Verwaltungen eine große Herausforderung, nicht



Dr. Ralf Kleindiek

nur in Berlin. Und das nicht allein in technischer Hinsicht, sondern vor allem, weil es sich um ein großes Transformationsprojekt und Reorganisationsvorhaben handelt. In Berlin gibt es einige Besonderheiten, unter anderem eine Ausschreibung, die wiederholt werden musste. Diese Hürden sind jetzt überwunden, und es gibt einen verlässlichen Plan.

Sind die Zuständigkeiten mit den Berliner Bezirken nun geklärt und gibt es künftig keine eigene IT mehr in den Rathauskellern?

Es gibt eine klare politische Verständigung im Koalitionsvertrag darüber, dass die Landesverwaltung zum ITDZ Berlin kommt, dem zentralen IT-Dienstleister. Bei den Bezirken ist es aufgrund ihrer Eigenständigkeit nicht ganz so einfach möglich, wird im Ergebnis aber

trotzdem dazu führen. Das setzt einerseits die Leistungsfähigkeit des ITDZ voraus und geeignete Rahmenbedingungen, nicht zuletzt finanzielle, damit sich das ITDZ besser entwickeln kann, als dies bislang der Fall war. Andererseits müssen die Verwaltungen eine Bereitschaft zur Migration entwickeln. Zur Zentralisierung gibt es aus technischen und fiskalischen Gründen und nicht

mit dieser Situation umgehen. Es darf kein erneutes Scheitern des OZG-Vorhabens geben! Deswegen brauchen wir realistische Ziele, die wir auch finanzieren können. Das betrifft alle, die daran beteiligt sind, aber vor allem Kommunen und Länder, die zum Teil noch einen erheblichen Nachholbedarf haben. Wir sollten jetzt nicht ein unrealistisches Ziel durch ein neues ersetzen.

nen. Die zentralen Dienstleister der einzelnen Länder werden künftig sehr viel stärker zusammenarbeiten. Damit Dienstleistungen jedoch einfach und umstandslos genutzt werden können, brauchen wir möglichst schnell leistungsfähige Cloud-Lösungen. Jede Dienstleistung in jeder Kommune eigenständig zu etablieren, wäre ein sehr mühsamer Weg. Nach fünf Jahren OZG wissen

„Nach fünf Jahren OZG wissen wir, dass die Verwaltungscloud ein absoluter Erfolgsfaktor ist.“

zuletzt auch unter IT-Sicherheitsaspekten keine Alternative.

Wie weit ist Berlin beim Onlinezugangsgesetz (OZG)? Laut OZG-Dashboard sind bislang nur 80 OZG-Leistungen verfügbar, nämlich die des Bundes.

Wir haben in Berlin rund 120 Dienstleistungen, die wir digital in unterschiedlichen Reifegraden anbieten. Wir müssen uns noch mit dem Bund darüber verständigen, wie wir das im Dashboard genau zählen und dokumentieren können. Berlin hat beim OZG die Federführung für den elektronischen Nachweis übernommen, da geht es beispielsweise um Heirats- und Geburtsurkunden. Spätestens im Frühjahr nächsten Jahres werden wir soweit sein, dass wir sie nutzen können. Generell muss man eingestehen: Die Ziele des Onlinezugangsgesetzes noch bis Ende dieses Jahres zu erreichen, war seit Längerem für die Bundesländer unrealistisch. Das habe ich sehr früh gesagt und hätte mir dies auch vom Bund gewünscht, damit wir gemeinsam mit den Ländern und Kommunen früher in die Diskussion darüber hätten eintreten können, wie wir

Wie stehen Sie zum Einer-für-Alle (EfA)-Prinzip?

Das Einer-für-Alle-Prinzip hat viel Dynamik erzeugt, doch wenn man sich das Ergebnis anschaut, dann ist der Ertrag, also die Nachnutzung ganz konkreter Dienstleistungen, minimal. Die Quote fällt umso geringer aus, je kleiner eine Kommune ist. Es überrascht also wenig, dass das EfA-Prinzip bei der Freien und Hansestadt Hamburg mit dem Dienstleister Dataport offenbar gut funktioniert, während es in einer ganzen Reihe von Flächenstaaten deutlich weniger erfolgreich ist. Ich plädiere dafür, dass wir das EfA-Prinzip neu justieren und prüfen, ob solche Nachnutzungen technologisch, fiskalisch, rechtlich und organisatorisch sinnvoll sind oder nicht.

Man gewinnt den Eindruck, dass mit dem Scheitern des OZG die Länder an eigenen Lösungen und Verteilwegen sitzen. Macht jetzt wieder jeder seins?

Nein, der Eindruck täuscht. Wir brauchen den FIT-Store und auch die Möglichkeiten, die sich durch den Marktplatz von govdigital eröff-

wir, dass die Verwaltungscloud ein absoluter Erfolgsfaktor ist. Gleichermaßen ist für mich wichtig, dass es eine Fokussierung gibt und die 575 Dienstleistungen ebenso wie die EfA-Leistungen priorisiert werden müssen. Was sind die 50 bis 60 Dienstleistungen, die 80 Prozent der Verwaltungsvorgänge ausmachen? Hierauf will ich mich in Berlin konzentrieren.

Können Sie uns schon etwas über das geplante OZG 2.0 sagen?

Es gibt noch keinen Referentenentwurf seitens des Bundes für die Fortführung des OZG. Im November findet eine Klausurtagung der CIOs von Bund und Ländern statt. Dort werden wir über die wesentlichen Inhalte sprechen. Mit Sicherheit wird es ein Nachfolgegesetz geben. Vor dem Hintergrund der finanziellen Handlungsmöglichkeiten, wenn die Bundesmittel auslaufen, wird die politische Verständigung mit den Kommunen wieder schwieriger. Darum werbe ich dafür, dass man eine bundesgesetzliche Vorgabe realistisch formuliert.

Interview: Helmut Merschmann

Innovationstreiber stärken

Patrick Häuser

Um die digitale Souveränität zu stärken, muss die Politik ein Klima schaffen, das digitale Geschäftsmodelle und digitale Innovationstreiber in Deutschland und Europa konsequent fördert. Eine wesentliche Rolle kann hierbei der Mittelstand spielen.

In der Debatte über die digitale Transformation wird kaum etwas so intensiv diskutiert wie die digitale Souveränität. Das hat auch damit zu tun, dass noch keine Einigkeit darüber herrscht, worauf diese im Einzelnen abzielt. Zwar haben alle Interpretationen die Vorstellung gemein, dass in der mit hohem Tempo voranschreitenden digitalen Revolution die Kontrolle in Form von Selbstbestimmung zu wahren ist. Doch beinahe immer geht es dabei um individuelle Selbstbestimmung. Der Einzelne soll sich sicher vor Cyber-Angriffen oder staatlichen Übergriffen im Netz bewegen, Herr über die eigenen Daten sein und informierte Entscheidungen treffen. Das sind fraglos wichtige Ziele, die verbreitete Fokussierung auf Verbraucherschutzaspekte führt aber zu dem Missverständnis, dass wir alle in erster Linie nur Anwender digitaler Technologie sind. Dadurch droht die viel wichtigere Aufgabe aus dem Blick zu geraten, dass wir die Digitalisierung auch gestalten müssen. Es liegt schließlich auf der Hand, dass in einer vollständig digitalisierten Welt diejenigen das Nachsehen haben werden, die sich im IT-Bereich in nur schwer auflösbare Abhängigkeiten begeben haben und sich allein auf das Anwenden beschränken.



Digital souverän ist, wer zwischen mehreren Optionen wählen kann.

Diese Abhängigkeiten sind bereits heute gravierend: In vielen wichtigen Bereichen setzen wir komplett auf Dienste großer Tech-Konzerne. Der europäische Grenzschutz Frontex etwa oder die Deutsche Bahn verlassen sich auf die amerikanischen Cloud-Anbieter Microsoft und Amazon Web Services. Das ist nicht allein aufgrund des Datenschutzgefälles zwischen der EU und den Vereinigten Staaten problematisch. Zwar ist gegen gute Lösungen und Produkte aus Übersee erst einmal nichts einzuwenden. Aber Selbstbestimmung setzt voraus, dass man die Wahl zwischen Alternativen hat – und diese sollten wir uns im Digitalen dringend schaffen. Damit das gelingt, wäre eine Politik nötig, die konse-

quent Entstehung und Wachstum digitaler Geschäftsmodelle in Deutschland und Europa begünstigt. Natürlich heißt das nicht, dass wir alles selbst machen müssen. Aber in allen für die digitale Transformation kritischen Bereichen wie Cloud Computing, künstliche Intelligenz oder Cyber-Sicherheit sollten wir das Angebot auf dem Markt durch starke europäische Lösungen vervielfältigen.

Digitale Souveränität ist deshalb weit mehr als Verbraucherschutz. Sie hat vielschichtige strategische Implikationen für unsere Volkswirtschaft und wirkt sich direkt auf unseren Wohlstand aus. Mehr noch: Erlangen und bewahren wir nicht unsere Selbstbestimmung im Digi-

talen, gerät auch unsere politische Souveränität in Gefahr. Welche Ausmaße das annehmen kann, erleben wir momentan in einem anderen Politikfeld: Die enormen Abhängigkeiten im Bereich der Energieversorgung bescheren uns heute ein böses Erwachen. Bei der Digitalisierung kann uns Ähnliches bevorstehen. Was täten wir, wenn uns morgen nicht nur der Gashahn, sondern auch der Datenhahn zuge dreht würde? Wären wir noch in der Lage, unseren Grenzschutz zu gewährleisten oder den Zugverkehr aufrechtzuerhalten? Wir sollten aus unseren Fehlern bei der Energiepolitik lernen und uns jetzt die Mühe machen, einseitige Abhängigkeiten abzustellen. Die Digitalstrategie der Bundesregierung hätte hierfür einen dringend benötigten Fahrplan anbieten können.

Sie weckt gleich auf der ersten Seite Hoffnung, dass nun alles besser wird. Dort heißt es: „Die technologische und digitale Souveränität Deutschlands ist Leitmotiv der Digital- und Innovationspolitik der Bundesregierung und zählt auf das übergeordnete Ziel der strategischen Souveränität Europas ein.“ Zwar enthält die Strategie viele gute Projekte, wie einen verbesserten Zugang zu Daten für Unternehmen

und Wissenschaft oder ein niedrigschwelliges Online-Bildungsportal für den einfacheren Erwerb von IT-Kompetenzen. Zudem verspricht sie, nun endlich mit der Verwaltungsdigitalisierung voranzukommen. Doch vom Geist des Aufbruchs aus dem Koalitionsvertrag ist kaum etwas übrig geblieben. Stattdessen begnügt sich die Bundesregierung damit, die liegengelassenen Hausaufgaben der Großen Koalition zu erledigen. Was fehlt, ist eine konkrete Erläuterung des Wie. Das Papier erkennt zwar die Gefahr von Abhängigkeiten, versäumt es dann aber, Antworten auf diese hochrelevanten Fragen zu geben: Wie befähigen wir unsere eigene Digitalwirtschaft, marktfähige Alternativen zu entwickeln, um uns aus Abhängigkeiten zu lösen? Wie können wir die Zahl starker europäischer Player erhöhen, um im globalen Wettbewerb um die besten digitalen Lösungen den Anschluss zu behalten?

Unsere Digitalunternehmen mit ihrer hohen Innovationskraft und Anpassungsfähigkeit sind auf dieser Mission unser größtes Kapital. Eine (Digital-)Politik, die sich vom Motiv leiten lässt, die digitale Souveränität in den Fokus zu nehmen, muss genau diese Innovationstreiber stärken – sei es durch eine deutlich

geringere Bürokratielast, durch den verbesserten Zugang zu Wachstumskapital oder ein modernes Wettbewerbs- und Vergaberecht. Von den 1,2 Millionen IT-Unternehmen in Europa sind 99 Prozent kleine und mittelständische Unternehmen (KMU). So wie der Mittelstand insgesamt das viel zitierte Rückgrat der Wirtschaft bildet, tut er es auch in der Digitalwirtschaft. Doch im entsprechenden Kapitel der Digitalstrategie verharren die Autoren in der fatalen Ansicht, dass KMU lediglich auf der Anwenderseite der Digitalisierung stehen. So droht nicht nur die Chance auf einen echten Aufbruch vertan zu werden. Digitale Wertschöpfung und damit den Wohlstand der Zukunft überlassen wir so anderen. Abhängigkeiten verstetigen sich bis zu einem Punkt, an dem wir nicht mehr umkehren können. Wenn wir das Leitmotiv der digitalen Souveränität gemeinsam konsequent verfolgen wollen – und das sollten wir unbedingt – dann braucht es seitens der Politik zwingend die Erkenntnis, dass vorausschauende Digitalpolitik zu einem guten Teil Mittelstandspolitik ist.

Patrick Häuser ist Leiter des Hauptstadtbüros des Bundesverbands IT-Mittelstand e.V. (BITMi).

Anzeige

Das Herz der Verwaltung schlägt digital.



Ein Dokumenten-Management-System ist die zentrale Kraft Ihrer Verwaltung. Damit schonen Sie Ressourcen und ermöglichen mobiles Arbeiten von jedem Ort. Wir bieten Ihnen die Erfahrung aus über 100 Projekten, Betriebssicherheit und die optimale Basis für die Anbindung Ihrer Fachverfahren.

Wir sind ein **Hidden Champion**

Im zweiten Teil des Interviews mit den AKDB-Vorständen Rudolf Schleyer und Gudrun Aschenbrenner geht es um Open Source als Booster für die Verwaltungsdigitalisierung, die Funktion der Cloud und den Public Value des kommunalen IT-Dienstleisters.

Frau Aschenbrenner, Herr Schleyer, die Verwaltungsdigitalisierung geht in Deutschland nur schleppend voran. Nun heißt es, Open Source sei dafür ein Booster. Ist das so?

Rudolf Schleyer: Zunächst einmal ist Open Source ein Entwicklungswerkzeug wie jedes andere auch. Der Booster-Gedanke kommt daher, dass bei Open Source Software der Code in einem Repository deponiert wird und die Community mithilft, ihn besser zu machen. Allerdings funktioniert das bei einem kommunalen Fachverfahren nicht immer. Diese Programme sind zu speziell und es ist viel Fachwissen erforderlich. Ich bin aber trotzdem der Meinung, dass Open Source die Zukunft gehört. Und zwar nicht aus technologischen Gründen, sondern weil die Öffentlichkeit einen Anspruch auf Transparenz hat. Bei Software, die von Verwaltungen eingesetzt wird, sollte die Möglichkeit bestehen, zu prüfen, was programmiert wurde. Transparente IT-Systeme sind zudem die Basis für die digitale Souveränität.

Gudrun Aschenbrenner: Die AKDB stellt sich dem Urteil von Experten, die den Code prüfen. Beispielsweise war unser Online-Verfahren für das Personenstandswesen in ein Repo-

sitory eingestellt. Es ist ja positiv, wenn wir auf diese Weise Hinweise bekommen, wenn ein Teil des Codes kritisch ist.

Wie hat sich das Thema Cloud-Plattformen entwickelt?

Aschenbrenner: Unser Ziel ist ganz klar, die Kunden in die Cloud zu holen. Sicherheitsprobleme, der Fachkräftemangel und die IT-Kosten sprechen für die Cloud-Technologie. In Diskussionen mit den Verantwortlichen haben wir das immer deutlich gemacht, und das trägt jetzt Früchte.

Wo liegen die Vorteile?

Aschenbrenner: Nehmen Sie das Beispiel iKfz. Um die Anforderungen des Kraftfahrt-Bundesamts an den Betrieb der Lösung zu erfüllen, ist ja nicht nur Fachwissen erforderlich, sondern auch ein regelmäßiger finanzieller Aufwand. Das können viele Kommunen nicht mehr leisten. Nicht zuletzt durch die aktuellen Sicherheitsvorfälle erleben wir einen Run auf unsere Outsourcing-Angebote. Wir erhalten viele Anfragen dazu aus Landkreisen. Wenn wir deren IT-Infrastruktur übernehmen, muss das Landratsamt kein eigenes Rechenzentrum mehr betreiben. Alle Dienste, Fachverfahren



Rudolf Schleyer und Gudrun Aschenbrenner

und Computer-Arbeitsplätze werden zentral von der AKDB zur Verfügung gestellt. Wir sehen hier eine Trendwende.

Kommunale IT-Dienstleister sorgen für eine hohe Wertschöpfung in ihren Regionen. Das sagen zumindest so genannte Impact-Studien. Welchen Public Value hat die AKDB für Bayern?

Schleyer: Der ökonomische Fußabdruck der AKDB ist groß. Die von uns beauftragte Impact-Studie 2021 ergab, dass wir in Bayern jährlich fast 150 Millionen Euro Wertschöpfung generieren und insgesamt rund 2.000 hochwertige Arbeitsplätze sichern. Die Wirkung der AKDB reicht aber über Bayern hinaus: Durch den Einsatz unserer Lösungen haben Verwaltungen, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen deutschlandweit allein im Jahr 2020 mehr als 360 Millio-

nen Euro eingespart. Das sind reine Kostenvorteile durch Effizienzgewinne.

Waren Sie überrascht über die Effekte?

Aschenbrenner: Ja, man hat das zwar im Gefühl, aber keine konkrete Vorstellung vom Umfang der Effekte. Besonders stolz sind wir darauf, dass die AKDB eine hohe

professionell gemanagter IT-Betrieb bedeutet gerade für kleinere Kommunen einen sprunghaften Sicherheitsgewinn.

Schleyer: Die Bedrohungslage steigt. Ein Problem ist, dass Cyber-Angriffe erfolgen, lange bevor die Auswirkungen sichtbar werden. Im Landkreis Anhalt-Bitterfeld beispielsweise lag das Schadereignis

technisches Sicherheitsniveau geschaffen werden. Gleichfalls gilt: IT-Sicherheit muss Chefsache sein. Letztlich stehen die Verantwortlichen in den Kommunen vor der Entscheidung, selbst machen oder auslagern. Aus unserer Sicht ist es nötig, hier zukunftsorientiert zu denken und nicht an alten Strukturen festzuhalten. Deshalb machen wir das Angebot, bei der Übernahme

„Unterlassene Investitionen in die IT-Sicherheit können verheerende Auswirkungen haben.“

Wertschöpfung gerade im ländlichen Raum schafft.

Schleyer: Ich fand es spannend, wie die Ergebnisse wahrgenommen wurden. Es zeigte sich, dass wir ein Hidden Champion sind, der messbar die Wirtschaftskraft und Konkurrenzfähigkeit des Freistaats Bayern stärkt. Das schwarz auf weiß zu lesen, gibt uns schon eine gewisse Befriedigung darüber, wie wirksam die eigene Arbeit ist. Die Studie wurde übrigens unter Berücksichtigung von drei Tochtergesellschaften erstellt. Mittlerweile sind es 15 Unternehmen, heute würde die Studie also sicher noch höhere Effekte zeigen.

In Bayern gibt es sehr viele kleinere Kommunen. Wie unterstützen Sie diese im Bereich Cybersecurity?

Aschenbrenner: Wir verzeichnen derzeit verstärkt Angriffe auf unsere IT-Systeme. Deshalb machen wir ein ständiges Monitoring und führen Risikoabschätzungen durch. Für die Kommunen können wir durch die Übernahme der IT-Systeme ein deutlich höheres Sicherheitsniveau gewährleisten. Ein

mehrere Monate zurück, bevor die eigentliche Wirkung eintrat. Niemand sollte sich also sicher fühlen. Für die AKDB bedeutet das ein ständiges Aufrüsten, wir investieren Millionen in die IT-Sicherheit.

Was raten Sie den Kommunen?

Schleyer: Es ist nicht so, dass die Verwaltungen völlig schutzlos wären, aber Sicherheit kostet Geld. Erfolgreich waren Angriffe dort, wo viele Sicherheitsmaßnahmen nicht umgesetzt wurden. Ich kann nur dringend raten, dass sich die Kommunen massiv um IT-Sicherheit kümmern, mehr als dies heute der Fall ist. Ich will kein Horrorszenario an die Wand malen, aber es ist eine Tatsache, dass unterlassene Investitionen in die IT-Sicherheit verheerende Auswirkungen haben können.

Ist IT-Sicherheit weniger ein technisches Thema als eine Frage der Kommunikation, um die Aufmerksamkeit zu erhöhen?

Aschenbrenner: Es ist auf jeden Fall zunächst ein technisches Thema. Mit den entsprechenden Komponenten muss ein möglichst hohes

me des Rechenzentrumsbetriebs auch das Personal der Kommunen zu übernehmen. Das Personal bleibt vor Ort, wird aber in unsere Organisation integriert.

Inzwischen wird auch über die Nachhaltigkeit von digitalen Lösungen diskutiert. Wie bewerten Sie dieses Thema?

Schleyer: Das ist ein ganz neues Feld: Wie muss Software programmiert werden, damit sie im Betrieb möglichst effizient ist? Der Ressourcen hunger moderner Software ist ja legendär. Früher musste man sich mit jeder neuen Windows-Version einen neuen Rechner kaufen. Noch heute beseitigt man Performance-Probleme durch die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen. Wenn die Software nicht performant läuft, werden der Speicher und die Anzahl an Prozessoren erhöht. Also kann man über Performance-Tests das Ressourcen-Problem in den Griff bekommen und die Nachhaltigkeit der Software erhöhen. Das ist ein hochspannendes Thema, steckt allerdings auf technischer Ebene noch in den Kinderschuhen.

Interview: Alexander Schaeff

Keine Angst vor Transparenz

Moreen Heine

Damit Open-Data-Ökosysteme nachhaltig wirken können, müssen sich möglichst viele Akteure daran beteiligen. Um in der öffentlichen Verwaltung Verständnis für den Nutzen von offenen Daten aufzubauen, stellt Storytelling eine vielversprechende Möglichkeit dar.

Verwaltungen stellen zunehmend offene Daten bereit. Darunter werden hier Daten verstanden, die von öffentlichen Verwaltungen produziert wurden, nicht vertraulich oder personenbezogen sind und somit uneingeschränkt genutzt werden können. Dazu gehören zum Beispiel georeferenzierte Statistiken, Wetter- und Verkehrsdaten oder Sensordaten. Ergänzend sind auch Daten privater Akteure, zum Beispiel von Unternehmen oder Verbänden, relevant. Gerade in der themenbezogenen Kombination liegen vielversprechende Mehrwerte. So sind im Themengebiet Bildung neben staatlichen Daten zum Beispiel solche privater Bildungsanbieter oder von Unternehmen hinsichtlich ihrer Weiterbildungsaktivitäten von Bedeutung.

Offene Daten führen zu einem zu Transparenz, was der Demokratie dient. Zum anderen wird die Fähigkeit erhöht, konkrete Probleme zu lösen und Aufgaben zu bewältigen – verwaltungsintern wie auch gesamtgesellschaftlich. Und schließlich fungieren offene Daten als Grundlage neuer Geschäftsmodelle. Diese Chancen stellen die Wertschöpfung in Open-Data-Ökosystemen dar. Sie sind dann nachhaltig erfolgreich, wenn möglichst viele



Open Data: Viele Verwaltungen scheuen die Risiken.

Akteure – Verwaltungen, Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie Nichtregierungsorganisationen – teilhaben und interagieren, also offene Daten bereitstellen und nutzen. Die Nutzung kann direkt auf Ebene der Rohdaten erfolgen, indirekt über aufbereitete Daten oder aber über Anwendungen und Dienste, die offene Daten verwenden.

Studien zeigen die verschiedenen Facetten an individuellen Einstellungen gegenüber Open Data aufseiten der Datenbereitsteller auf. Eine klare Ablehnung von Open Data beruht demnach in der Regel nicht auf einer tieferen inhaltlichen Auseinandersetzung, sondern eher auf mangelnder Anerkennung der Relevanz des Themas oder einem

generellen Widerstand gegenüber Veränderungen und einer risikoscheuen Kultur.

Sachliche Bedenken betreffen insbesondere das Verhältnis zwischen Aufwand und Nutzen sowie die wahrgenommenen Risiken. Die Vorteile von Open Data werden häufig auf abstrakter Ebene vermittelt. Ein direkter persönlicher Nutzen ist nicht immer gegeben und entsteht in der Regel aufseiten der Nutzung und weniger durch die Bereitstellung der Daten. Allerdings zählt Open Data grundsätzlich auf das Prinzip Transparenz ein und ist somit aus demokratischer Sicht von direktem Wert. Die wahrgenommenen Risiken betreffen häufig die Befürchtung, geheime, personenbe-

zogene oder fehlerhafte Daten zu veröffentlichen. Hinzu kommt die Angst vor Überwachung und fehlerhafter Interpretation der Daten. Befürchtet wird zudem, dass die Veröffentlichung bestimmter Daten zu Stigmatisierung führen oder Daten kriminell genutzt werden könnten.

Eine besondere Herausforderung liegt in technischen Details, die aus der Frage resultieren, wie Daten aus – unter Umständen veralteten – Fachanwendungen heraus auf einem Open-Data-Portal möglichst aufwandsarm und gleichzeitig den Anforderungen an Open Data (bezogen auf Maschinenlesbarkeit und offenen Standards) entsprechend bereitgestellt werden können.

Um die Teilhabe der Beschäftigten öffentlicher Verwaltungen am Open-Data-Ökosystem zu fördern, führt der Weg wie so oft über den Aufbau von Kompetenzen. Nutzen und Risiken können dann angemessen abgeschätzt werden. Verwaltungen sind hinsichtlich ihres Aufgabenspektrums äußerst vielfältig.

Abstrakte Beschreibungen von Nutzen und Risiko sowie von Lösungsansätzen sind nur schwer auf den eigenen Aufgabenbereich übertragbar. Daher muss Raum für individuelle Beratung und Bearbeitung geschaffen werden, zum Beispiel über Open-Data-Kontaktstellen in den Verwaltungen. Detaillierte Fallbeispiele dienen dazu, Open-Data-Engagement sowie die jeweiligen Wirkungen zu beobachten und so die Risiken abschätzen zu können.

Storytelling stellt einen vielversprechenden Ansatz dar, um Verständnis und Motivation für Open Data zu erzielen. Durch Erzählungen werden komplexe Sachverhalte zugänglich und verständlich gemacht. Erzählungen können dabei unterschiedlichen Charakters sein. Sie können informieren, überzeugen, unterhalten, beruhigen, erklären, aber auch erschrecken. Auf Basis einer Anwendung zur Kartierung von Licht in einer Stadt kann zum Beispiel erläutert werden, aus welchen Quellen die zugrunde liegenden Daten stammen, wie sie genutzt werden und wo es noch

Lücken gibt. Außerdem können Nutzenpotenziale sowie Grenzen anschaulich vermittelt werden. Folgende Fragen können als Ausgangspunkt solcher Erzählungen dienen: Wie kommt Lisa nachts sicher nach Hause? Wo können Kinder einer Schulklasse Sterne beobachten? Auf welcher Grundlage werden Maßnahmen gegen Lichtverschmutzung diskutiert? Welche Lampe muss der Bauhof reparieren?

Durch den Zugang zu vielfältigen Fallbeispielen wird die Wirkung von Open-Data-Ökosystemen nachvollziehbar, gleichzeitig lädt dies zu weiterem Engagement ein. Nur durch die Nutzung offener Daten, die wiederum mit eigenen Barrieren einhergeht, können die Potenziale erschlossen werden.

Moreen Heine ist Professorin für E-Government und Open Data Ecosystems an der Universität zu Lübeck, wissenschaftliche Leiterin des Joint eGov and Open Data Innovation Labs und Mitglied des Vorstands des Nationalen E-Government Kompetenzzentrums (NEGZ).

Anzeige

E-Government endlich einfach! Ihr Bürgerportal



OPENR@THAUS

- Digitale Verwaltungsdienstleistungen
- Integration Servicekonto inkl. Postkorb
- Integration e-Payment und eID
- Integration Fachverfahren und DMS
- Startbereite Basisprozesse für Landkreise, Städte und Gemeinden

Datenschatz für jedermann

Torsten Raithel

Die Ampelkoalition hat sich auf die Fahnen geschrieben, den Rechtsanspruch auf die Nutzung öffentlicher Daten zu verbessern. Um dies umzusetzen, müssen sowohl fachliche als auch technische Maßnahmen ergriffen werden.

Die Verwaltungen in Bund, Ländern, Kommunen und zahlreichen öffentlichen Institutionen produzieren täglich riesige Datenmengen, die sie per gesetzlichem Auftrag der Allgemeinheit in Form von Open Data zur Verfügung stellen. Mit diesem wertvollen Datenschatz öffnen sie Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen oder der so genannten Citizen Science den Weg zu neuen Erkenntnissen über Daten. Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, den Rechtsanspruch auf die Nutzung dieser öffentlichen Daten zu verbessern.

Öffentlich zugängliche Daten lassen sich auf vielfältige Weise einsetzen: Mobilitätsdaten etwa können in Echtzeit Erkenntnisse über den Verkehrsfluss einer Stadt oder Region liefern. Wie vielseitig diese Daten sind, zeigt das Beispiel Münster. Die westfälische Stadt bietet unter anderem Zugriff auf Daten des Amts für Mobilität und Tiefbau, der Stadtwerke, die für den ÖPNV zuständig sind, sowie von Parkhäusern, Sharing-Anbietern und – wichtig für die Westfalenmetropole – von Fahrradverleihern. Mit diesen Daten entstehen zum Beispiel bei Initiativen und in der Verwaltung selbst neue Mobilitäts- und Nahverkehrspläne sowie Konzepte für die Neu-

organisation von Radnetzen und -routen. Die öffentlich-rechtlich organisierten Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) wiederum bieten ihren Bürgern über die mobile App Jelbi die Möglichkeit, unterschiedliche ÖPNV-Angebote wie Bus, Bahn, Roller, Fahrrad, Auto, Taxi und Ridesharing-Dienste für ein integriertes Nahverkehrsangebot zu verknüpfen. Für Jelbi nutzt die BVG ebenfalls Open Data.

Daten aus der kommunalen Energieversorgung, aber auch aus der Abfallentsorgung können eingesetzt werden, um Verbräuche zu optimieren sowie Routen und Entsorgungszyklen an das tatsächliche Aufkommen anzupassen. Unterm Strich kann das zu Kostensenkungen führen – in einer Zeit, in der insbesondere die Energiekosten in die Höhe schnellen, ist das ein nicht zu unterschätzendes Asset für die Städte und Gemeinden unseres Landes. Und die ebenfalls als Open Data verfügbaren Wetter- und Klimadaten des Deutschen Wetter-



Bund, Länder und Kommunen verfügen über zahlreiche wertvolle Daten.

dienstes können Einzelhändler vor Ort bei der besseren Planung ihrer Geschäfte unterstützen, weil sie ihre Sortimente anhand dieser Daten anpassen und ihre Lagerhaltung optimieren können.

Offene Daten gibt es auch im normalerweise zu Recht sehr datensensiblen Gesundheitswesen. Dabei handelt es sich um Daten ohne Personenbezug, die Aussagen über die Auslastungen im Gesundheitswesen zulassen, um bessere Behandlungsmöglichkeiten vor Ort zu schaffen. Die Bund-Länder-Plattform GovData etwa bietet aktuell wichtige Zahlen zu den Corona-Inzidenzen und -Hospitalisierungen, die auf Daten der Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein beruhen und über das Portal als Public Domain bereitstehen. Ein

spannender Ansatz für die Nutzung von Open Data ist zudem die so genannte Citizen Science, die zum Beispiel über die Plattform „Bürger schaffen Wissen“ gefördert wird. Sie wirbt um aktives bürgerschaftliches Engagement in verschiedenen Phasen einzelner Forschungsprozesse in Geistes-, Natur- und Sozialwissenschaften.

Deutschland ist also an vielen Stellen bereits ein Open-Data-Land – wenn auch noch nicht in der Fläche. Dafür braucht es weitere Weichenstellungen. Schon die vorherige Bundesregierung hat das bürgerschaftliche Sammeln und Nutzen offener Daten unterstützt, zuletzt etwa mit ihrer Datenstrategie vom Januar 2021. Dort spricht sich die Regierung unter anderem dafür aus, dass Daten des öffentlichen Sektors besser als zuvor nutzbar sein sollen. Die neue Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP verfolgt dieses Ziel weiterhin und kündigt im Koalitionsvertrag unter anderem an, einen Rechtsanspruch auf Open Data einzuführen und die Datenexpertise öffentlicher Stellen zu verbessern. Dafür plant die Ampel den Aufbau eines Dateninstituts, das die Datenverfügbarkeit und -standardisierung vorantreiben und Datentreuhändermodelle sowie Lizenzen etablieren soll.

Unabhängig von politischen Maßnahmen können öffentliche Stellen aber heute schon im Rahmen geltender Vorschriften aktiv werden, Daten gezielt erheben und als Open Data zur Verfügung stellen. Voraussetzung dafür sind allerdings die konsequente Digitalisierung einzelner Verwaltungsprozesse und Informationen sowie die Vernetzung öffentlicher Informationserzeuger.

Denn jede Digitalisierung einzelner Verwaltungseinheiten oder -prozesse erzeugt neue Daten, die je nach Klassifizierung auch als Open Data zur Verfügung gestellt werden können. Es ist daher sinnvoll, gezielt nach solchen Projekten zu suchen – weniger um Open Data zu erzeugen, sondern um die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung voranzutreiben. Offene Daten sind dann im besten Fall ein sehr erwünschtes Nebenprodukt.

Viele Daten, die als Open Data der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden könnten, existieren bereits, weil sie in der täglichen Arbeit mit der verfügbaren EDV erzeugt werden. Um sie nutzbar zu machen, ist es notwendig, die einzelnen Datenbestände mit anderen zusammenzuführen, zu konsolidieren und – über Organisationsgrenzen hinweg – zu erweitern. Das bedarf einer Willenserklärung einzelner Verwaltungseinheiten und organisatorischer Maßnahmen, die helfen, bestehende Datensilos aufzulösen und Datenbestände jenseits organisatorischer Grenzen zu konsolidieren. Das erfordert einen Abbau von Datenschränken zwischen den Verwaltungsebenen.

Um den von der Ampelkoalition formulierten Rechtsanspruch auf Open Data umzusetzen, braucht es sowohl fachliche als auch technische Maßnahmen. Auf fachlicher Seite wird es darum gehen, gemeinsame Handlungsfelder und Strategien zu entwickeln, wie sie die Bundesregierung in ihrem Open-Data-Fortschrittsbericht formuliert hat. Dazu gehören die Verbesserung der Datenbereitstellung sowie der Auf- und Ausbau leistungsfähiger und nachhaltiger Dateninfrastrukturen,

die Steigerung einer innovativen, gemeinwohlorientierten und verantwortungsvollen Datennutzung sowie die Förderung von Datenkompetenzen und die Etablierung einer Datenkultur in der Bundesverwaltung. Eine zentrale Rolle als Einstiegs- und Ausgangspunkt für Recherchen in den Open-Data-Beständen der öffentlichen Verwaltung wird dabei das Datenportal für Deutschland spielen. Es umfasst heute bereits knapp 50.000 Datensätze.

Aus technischer Sicht wiederum ist es notwendig, bestehende und noch entstehende Datenbestände (laufend) zu sichten und in maschinenlesbare Formate wie CSV, HTML oder JSON zu überführen, damit sie überhaupt als Open Data nutzbar werden. „Die Daten sollten in mindestens einem maschinenlesbaren Format zur Verfügung gestellt werden“, heißt es dazu im Open-Data-Handbuch des Bundesverwaltungsamts. Zudem müssen die Rohdaten konsolidiert und über Metadaten für Recherchen bereitgestellt werden. Metadaten im Datenportal für Deutschland verweisen auf den eigentlichen Datensatz, während die Daten selbst im Besitz der erzeugenden Behörde bleiben. Mit der Bereitstellung verbunden werden müssen zudem die Nutzungslizenzen unter Beachtung verschiedener Rechtsnormen.

Ist dieser Anfang gemacht, steht, wie es im Open-Data-Handbuch heißt, der „Wertschöpfung durch die innovative Weiternutzung dieser offenen Daten“ nichts Substantielles mehr im Wege.

Torsten Raithel ist Berater für Data & Analytics bei Sopra Steria.

Positive Sogwirkung

Lisa Wenige

Leipzig will möglichst viele Daten in offener Form zur Verfügung stellen und erwartet davon deutliche Effizienzsteigerungen. Das Open-Data-Portal der Stadt soll auch als integraler Bestandteil der im Aufbau befindlichen urbanen Datenplattform fungieren.

Leipzig hat in den vergangenen Jahren einen stetigen Zuwachs an Einwohnenden und Arbeitskräften verzeichnet. Die Stadtverwaltung ist deshalb damit konfrontiert, Infrastrukturen, Dienstleistungen und transparente Informationen für eine immer größer werdende Zahl an Bürgerinnen und Bürgern bereitzustellen. Die Verstärkung der Bemühungen in den Bereichen Digitalisierung und Open Data sind wichtige Maßnahmen, um dieser Herausforderung zu begegnen.



Leipzig möchte mit Open Data nachhaltig wachsen.

Die Veröffentlichung von Daten als Open Data erhöht die Transparenz kommunalen Handelns und trägt dazu dabei, dass relevante Datensätze auch abseits ihres ursprünglichen Erhebungszwecks zu Innovationen und Wertschöpfung führen. So können städtische Geodaten etwa als Entscheidungsgrundlage für Unternehmen dienen, die sich im Leipziger Raum ansiedeln möchten. Darüber hinaus erlauben es offene Infrastrukturdaten beispielsweise Software-Entwicklern, mobile Applikationen für eine nachhaltige Nutzung der Verkehrsmöglichkeiten im Stadtgebiet zu entwickeln.

Aufgrund zahlreicher Nutzungspotenziale hat sich die Stadtverwal-

tung Leipzig das Ziel gesetzt, möglichst viele Daten als Open Data zur Verfügung zu stellen. Offene Daten mit Leipzig-Bezug bilden bereits zum jetzigen Zeitpunkt für viele Akteure aus Stadtgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Medien die Basis für Entscheidungen, Analysen und Anwendungen. Außerdem werden diese Daten für die Optimierung interner Prozesse eingesetzt. So verwendet die Stadtverwaltung bereits zahlreiche offene Datenbestände für die Erfassung von Leistungsindikatoren – etwa die jährliche Anzahl der Fahrgäste im ÖPNV –, die im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts 2030 (INSEK) definiert wurden. Um diese positiven Effekte zu verstärken, wird das bereits bestehen-

de Leipziger Open-Data-Angebot zukünftig noch erweitert und um Dienstleistungen ergänzt.

Aktuell betreibt die Stadt Leipzig ein Open-Data-Portal (ODP-L) als Web-Anwendung. Die technische Basis bildet die Open Source Software CKAN. Insgesamt werden im ODP-L bereits mehr als 700 Datensammlungen in offenen, standardisierten Formaten bereitgestellt. Dabei ist das Themenspektrum so vielfältig wie die Aufgabengebiete der Fachämter: Die Titel der Datensätze reichen von A wie Alterskennziffern bis Z wie Zoo-Jahreszahlen.

Die Daten auf dem ODP-L werden unter der Datenlizenz Deutsch-

land Namensnennung 2.0 bereitgestellt und können sowohl für kommerzielle als auch für nicht-kommerzielle Zwecke genutzt, verändert und vervielfältigt werden. Für die effiziente Datenpflege ermöglichen Schnittstellen den automatisierten Import von Daten aus Fachverfahren in das Portal. So besteht eine Anbindung an das Leipzig-Informationssystem (LIS), welches statistische Daten liefert. Zudem werden Portaldaten über das standardisierte Metadatenprofil automatisch im Open-Data-Portal des Freistaats Sachsen bekannt gemacht und von dort weiter zum Bundesportal GovData exportiert.

In naher Zukunft soll die Portal-Software aktualisiert und durch optimierte Suchmöglichkeiten verbessert werden. Zudem wird eine Vergrößerung des Datenportfolios angestrebt. Bislang ist erst ein Drittel der Ämter mit eigenen Datensammlungen auf dem ODP-L vertreten. Die Stadtverwaltung wird aber den bisherigen Bedenken der Ämter – wie deren Sorge, welchen Mehraufwand die Offenlegung von Daten mit sich bringt – durch Hilfs- und Beratungsangebote gezielt begegnen und damit zukünftig noch mehr Datenschätze öffentlich verfügbar machen können.

Neben einer Intensivierung der Bemühungen im Rahmen interner Kommunikationskanäle will die Stadt Leipzig bestehende Kooperationen mit externen Partnern ausbauen. So ist vorgesehen, im Zuge eines Hackathons innovative Nutzungskonzepte für offene Daten zu erproben. Außerdem kann die Leipziger Stadtgesellschaft zukünftig über das Beteiligungsportal Sachsen das Open-Data-Angebot mitgestal-

ten, indem dort eigene Datenwünsche für das ODP-L eingebracht werden.

Angesichts der anvisierten Projektziele sieht sich die Stadtverwaltung aber auch mit Herausforderungen konfrontiert: Zwar ist die Bereitstellung von Datenbeständen der Bundes- und Landesbehörden in standardisierten, maschinenlesbaren Formaten bereits durch entsprechende Normen geregelt, jedoch gelten diese nicht unmittelbar für Kommunalverwaltungen als Träger der Selbstverwaltung. Daher erfolgt die Pflege des Leipziger Open-Data-Angebots aktuell auf freiwilliger Basis.

Um sicherzustellen, dass das Thema Open Data nicht hinter anderen Pflicht-Dienstleistungen der Verwaltung zurücksteht, ist es wichtig, die Fachämter bei der Datenbereitstellung durch Hilfestellungen, wie zum Beispiel Schulungen und Handreichungen, ausreichend zu unterstützen sowie die automatische Bereitstellung geeigneter Daten als Open Data (Open by Default) gegebenenfalls durch organisatorische Vorgaben zukünftig klarer zu regeln. An der Umsetzung der genannten Aspekte wird aktuell intensiv gearbeitet.

Ergänzend beschäftigt sich die Stadtverwaltung im Rahmen des vom Bund geförderten Programms Modellprojekte Smart Cities mit dem Aufbau einer urbanen Datenplattform. Das darin angesiedelte Vorhaben Connected Urban Twins – Urbane Datenplattformen und Digitale Zwillinge für integrierte Stadtentwicklung (CUT) wird gemeinsam mit den Städten Hamburg und München bearbeitet. Die Urba-

ne Datenplattform Leipzig (UDP-L) soll künftig als elementare Infrastruktur der Stadt dienen, indem sie relevante Datenbestände so speichert, integriert und über Abfragedienste verfügbar macht, dass sie für strategische Entscheidungen und Anwendungen der Stadt genutzt werden können. Die UDP-L soll sowohl interne als auch offene Datenbestände bereitstellen. Somit wird das ODP-L als zentrales System für das Management offener Daten auch integraler Bestandteil der UDP-L werden. Die im Rahmen des Projekts entstehenden Konzepte und Software-Werkzeuge werden helfen, Datenbereitstellungsprozesse künftig noch effizienter zu gestalten. Die Inbetriebnahme der Datenplattform kann demnach auch eine positive Sogwirkung entfalten, indem sie IT-Kompetenzen der Mitarbeitenden der Leipziger Stadtverwaltung zusätzlich stärkt.

Angesichts der zu erwartenden Effizienzsteigerungen durch die zunehmende Digitalisierung und die Bereitstellung einer stetig größer werdenden Menge an offenen Datenbeständen können Dienstleistungen auch für eine wachsende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern zukünftig besser erbracht werden, damit Leipzig nachhaltig wachsen kann.

Dr. Lisa Wenige ist zuständig für die Koordination der Open-Data-Aktivitäten der Stadt Leipzig.

Link-Tipp

Zum Open-Data-Portal der Stadt Leipzig und zum Leipzig-Informationssystem (LIS):

- <https://opendata.leipzig.de>
- <https://statistik.leipzig.de>

Open Data für die Welt

Michael Arndt

Anfang dieses Jahres hat die Stadt Oldenburg ihr Open-Data-Portal für die Öffentlichkeit freigeschaltet. Vorab waren Lizenz-, Haftungs- und Normierungsfragen zu klären. Kooperationen ebneten den Weg zur Umsetzung.

In Deutschland stellen immer mehr Länder und Kommunen Open Data (OD) zur Verfügung. Der Bund hat in diesem Rahmen das GovData-Portal ins Leben gerufen. Die von der Geschäfts- und Koordinierungsstelle GovData in Hamburg verwaltete Plattform publiziert mittels Harvesting die Metadaten aller angeschlossenen Einzelportale. Dazu gehören seit Kurzem auch die offenen Daten der Stadt Oldenburg. Anfang 2022 schaltete die niedersächsische Kommune ihr OD-Portal für die Öffentlichkeit frei. Die hier angebotenen Daten können kostenfrei genutzt werden.

Im Jahr 2019 erteilte der Rat der Stadt mit dem Beschluss der Informationsfreiheitssatzung den politischen Auftrag an die Verwaltung, sich dem Thema zu widmen. Damals konnte in der Kommune bereits auf ein gewisses Know-how zurückgegriffen werden. Schwieriger gestaltete sich die technische Umsetzung. Denn neben der eigentlichen fachlichen Arbeit muss das Betreiben einer Plattform gesichert werden. Das erfordert in jedem Fall weitgehendes technisches Wissen und bindet personelle Ressourcen. Die Lösung zeigte sich in einer Zusammenarbeit mit der Stadt Köln, die seit vielen Jahren ein OD-Portal betreibt, und der Marketing- und

Dienstleistungsgesellschaft der öffentlichen IT-Dienstleister ProVita-ko. Die Stadt Oldenburg muss so lediglich die fachliche Seite abbilden. Bewährt hat sich hier die Zusammenarbeit zwischen der Stabsstelle Digitalisierung im Büro des Oberbürgermeisters und dem Fachdienst Geoinformation und Statistik, der langjährige Erfahrung im GIS-, Datenbank- und Statistikbereich mitbrachte.

Am Beginn des OD-Vorhabens stand die natürlichste aller Fragen: Für welche Daten ist eine Freigabe sinnvoll? Im Grunde können alle Daten, die ohnehin schon in der Stufe 1 der Skala nach Tim Berners-Lee (Erfinder des HTML-Formats und Mitbegründer des World Wide Web) als PDF veröffentlicht wurden, auch in maschinenlesbarer, nicht proprietärer Form angeboten werden (Stufe 2/3). Datenschutzfragen sind für sie bereits geklärt. So wurden in Oldenburg zunächst viele aggregierte Daten aus dem Bereich der Statistik eingesetzt. Später kamen Geodaten hinzu.

Im zweiten Schritt stellte sich die Frage, inwiefern Metadaten in Oldenburg eine Rolle spielen sollten. Generell befassen sich alle Open-Data-Überlegungen insbesondere mit dem Schreiben der Daten über

Daten. Eine gewisse Norm sollte allerdings eingehalten werden. In Oldenburg hat man sich für die Anwendung des Standards DCAT-AP.de entschieden. Das soll auch anderen Portalen das Harvesting erleichtern.

Ein wichtiger Aspekt sind außerdem Datenlizenzen. Urheberrechte und eine mögliche Weiterverarbeitung sind in den Blick zu nehmen. Eine sehr verbreitete Lizenz hat die US-amerikanische gemeinnützige Organisation Creative Commons im Jahr 2001 veröffentlicht. Da dieses Modell auf amerikanischem Recht beruht, kann es mit dem deutschen Urheberrecht kollidieren. Daher wird für die Nutzung hierzulande eher die Datenlizenz Deutschland 2.0 empfohlen, entweder mit dem Zusatz „by“ oder ohne Namensnennung – dann wahlweise ohne oder mit dem Zusatz „Zero“. Allerdings enthält sie keine Copyleft- und Share-Alike-Regelungen, die eine Weiterverwendung der Daten beeinflussen und eventuell erschweren würden. Für Anwender ist dies aufgrund der Nutzungsbandbreite angenehm, für die Datenbereitsteller hingegen unter Umständen problematisch. Die Datenlizenz „Zero“ käme jedenfalls für datenschutz-, statistik- und urheberrechtlich unkritische Daten in Be-

tracht. Als Beispiel könnten aggregierte statistische Daten aus dem städtischen Bestand eigener Daten unter dieser Lizenz veröffentlicht werden. Daten, die Elemente anderer Stellen enthalten, dürften hingegen nicht ohne Genehmigung unter dieser sehr freien Lizenz bereitgestellt werden. In Oldenburg wird zurzeit mit den Lizenzen dl-de/by-2-0 und in kleinen Teilen mit ODbL 1.0 gearbeitet.

Haftungsfragen für fehlende oder fehlerhafte Daten decken die Lizenzmodelle nicht ab. Dieses Risiko wurde in Oldenburg zusätzlich mit einer Haftungsausschlusserklärung abgedeckt. Dabei kann es um veraltete Datenbestände jedweder Art gehen, aber auch um Fälle, bei denen trotz sorgfältiger Pflege der In-

halte durch eine zentrale Stelle die zuliefernden Stellen ihre Daten oder deren differenzielle Änderungen nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollumfänglich zur Verfügung stellen. Auch könnte der Fall eintreten, dass Daten bei der Stadt nicht vorhanden sind, jedoch nach allgemeiner Auffassung vorhanden sein müssten.

Mittlerweile bieten die auf dem Oldenburger Portal veröffentlichten Metadaten auch Linked Open Data (LOD) an. Vorhandenen, im World Wide Web frei verfügbaren Daten kann somit eine eindeutige Identifikation, der Uniform Resource Identifier (URI) hinzugefügt werden. Das ermöglicht es, die Daten mit anderen Daten, die einen URI-Verweis besitzen, zu verknüpfen. Zur

Codierung und Verknüpfung wird das Resource Description Framework (RDF) verwendet. Aus diesen verlinkten Daten können dann neue Linked Open Data Clouds entstehen.

In Oldenburg wurde für Open Data mittlerweile eine eigene Stelle geschaffen, welche die sukzessive thematische Erweiterung vornimmt. Es wird auch darüber nachgedacht, das Portal für Institutionen außerhalb der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollen mittelfristig das OD-Portal und das GeoPortal verknüpft, langfristig sogar fusioniert werden.

Michael Arndt ist Leiter des Fachdienstes Geoinformation und Statistik bei der Stadt Oldenburg.

Anzeige

E-GOVERNMENT UND PAYPAL:

SO EINFACH KANN VERWALTUNG SEIN.

Entlasten Sie Ihre Mitarbeiter und bieten Sie Ihren Bürgern ein neues Maß an Service – mit PayPal.

Zahlreiche Kommunen und Behörden setzen PayPal bereits ein, um Zahlungen für Verwaltungsleistungen zu empfangen. Informieren Sie sich jetzt und beantragen Sie unser Gebührenmodell für den öffentlichen Sektor: www.paypal.de/verwaltung



Hohe Akzeptanz



Sichere Bank



Großes Einsparpotential

PayPal

Enger zusammenarbeiten

Alanus von Radecki

Im Bereich digitale Stadtentwicklung gibt es zahlreiche Pilotprojekte, die alleine jedoch nur begrenzt Wirkung zeigen können. Gefragt sind vielmehr flächendeckende, schnell umsetzbare Lösungen. Ideen hierzu wurden auf dem ersten Urban Data Summit diskutiert.

Das Rad immer wieder neu erfinden – das ist wohl die am häufigsten gebrauchte Redewendung, wenn darüber gesprochen wird, wie aktuell Projekte im Bereich Smart Cities und Smart Regions umgesetzt werden. Denn jede Kommune möchte ihren Teil dazu beitragen, urbane Lebensräume für die Zukunft zu wappnen. So sind in den vergangenen Jahren dutzende Städte mit ambitionierten Projekten im Bereich der datenbasierten Stadtentwicklung zu Modellprojekten Smart Cities geworden. Auch außerhalb der Förderprojekte des Bundesministeriums des Innern bewegt sich viel in Städten und Regionen, welche die Digitalisierung aktiv für ein nachhaltiges und am Gemeinwohl orientiertes Stadt-Management nutzen möchten. Entstanden ist dabei neben zahlreichen innovativen Umsetzungen leider auch ein Flickenteppich aus Pilotprojekten, die für sich stehend nur begrenzt Wirkung zeigen können.

Gerade in einem Land, das bekannt ist für starke föderale Strukturen, ist der Weg zu flächendeckenden Umsetzungen schwer; es fehlt an Koordination und Standards. Städte auf dem Weg zur Smart City fragen aktuell mehr denn je nach Austausch und Vernetzung. Ge-



Paneldiskussion auf dem ersten Urban Data Summit im April dieses Jahres.

meinsame Projekte könnten Geld und Zeit sparen: für eine Verwaltung, die mit Personalmangel kämpft, ein zentrales Anliegen. Auch der Klimawandel wartet nicht darauf, bis jeder Verwaltungsapparat die Ressourcen aufgebracht hat, seine eigenen Lösungen zu bauen, innerhalb derer die Daten dann doch wieder im Silo eingesperrt sind.

Das Daten-Kompetenzzentrum Städte und Regionen (DKSR) hat deshalb gemeinsam mit dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und den Mainzer Stadtwerken im April dieses Jahres den ersten Urban Data Summit in Mainz veranstaltet: Eine interaktive Fachtagung, die Vertreter von Kommunen und kommunalen Unternehmen zusammengebracht hat, um die Digitalisierung in Städ-

ten und Regionen gemeinsam voranzutreiben.

Auf der Fachtagung drehte sich alles um bestehende Werkzeuge zur Förderung des interkommunalen Austauschs für nachhaltige Datennutzung und einer besseren Zusammenarbeit. Die erarbeiteten Ergebnisse halten das Stimmungsbild der Teilnehmenden fest, die mehr miteinander fordern. Vernetzung lautet dabei das Motto auf allen Ebenen. Einerseits müssen alle Akteure an einem Strang ziehen und dafür passende Formate finden; andererseits müssen Daten aus entsprechenden Umsetzungen und Organisationen verknüpft werden, um in weiteren Kontexten Früchte zu tragen. Das geht nur in einer Gemeinschaft, die auf Open-Source-Basis kooperiert und bestehende Lösungen und

Komponenten über offene Schnittstellen selbstbestimmt und nach kommunalem Bedarf wählen und miteinander kombinieren kann.

Die Verwendung von Open Source Software ist für die Modellkommunen vom Bundesinnenministerium vorgegeben. Der Einsatz offener Software für die öffentliche Hand hat viele Vorteile: Die Abhängigkeit von Technologieanbietern kann auf ein Minimum verringert und maximale Interoperabilität zwischen einzelnen IT-Lösungen hergestellt werden, damit die Software leicht in Drittprojekten zur Verwendung kommen kann. Zudem können Kommunen lokale mittelständische Dienstleistende engagieren, die an den Lösungen mitarbeiten: um Open-Source-Technologie zur Basis zu machen, auf der auch die regionale Wirtschaft gefördert werden kann. Die Beteiligung verschiedener Entwickler-Teams wiederum gewährleistet eine hohe Sicherheit des bearbeiteten Codes.

Aber auf so viel Theorie, Worte – und Daten – müssen Taten und Mehrwerte folgen. Welche konkreten Schritte wurden also seit dem ersten Summit getan, um interkommunale Synergieeffekte zu erzielen? Mit der Urban Data Community ist das DKSR dabei, eine Community aus Städten, Gemeinden und kommunalen Unternehmen zu schaffen, die einen gemeinschaftlichen Digitalisierungsansatz verfolgt. Ziel ist es, Code aus Umsetzungen zu teilen, Daten zusammen zu nutzen und von den Beiträgen der jeweils anderen zu profitieren, damit aus Leuchtturmprojekten ein Lichtermeer aus Smart-City-Umsetzungen wird. Möglich ist das durch einen organisierten Austausch sowie den

gemeinsamen Zugang zu Lösungen über GitHub und das Webportal DKSR.square, das kommunale Herausforderungen mit passenden, greifbar aufbereiteten datenbasierten Anwendungen und Lösungen verknüpft.

Einige replizierbare Applikationen stehen auf dem Web-Portal bereits zur Verfügung. Dazu gehört ein Anwendungsfall der Mainzer Stadtwerke, die mit datenbasierten Anwendungen bereits in verschiedenen Bereichen nachhaltiger Stadtentwicklung Mehrwerte schaffen. Es handelt sich um einen Use Case zur Identifizierung von Falschparkern an E-Ladesäulen. Hierzu wurden mithilfe der urbanen Datenplattform des DKSR Daten von Parkplatzsensoren mit Daten der Ladesäulen verschnitten. Die Kombination und das dahinterliegende Datenmodell ermöglichte die Quantifizierung verschiedener Parkvorgangstypen. Hieraus lassen sich datenbasierte Strategien und Maßnahmen zur Reduktion von Falschparkern und somit zur Erhöhung der Abgabemenge von Ladestrom umsetzen. Denkbar ist, dass die Information von freier Ladesäule in Kombination mit freier Stellfläche vor der Ladesäule den E-Mobilisten in Echtzeit zur Verfügung gestellt wird. Einfach replizierbar ist die Anwendung, da sie über die Datenplattform des DKSR als Open Source funktioniert und der Code auf dieser Basis über das Webportal DKSR.square einsehbar und teilbar ist. Durch die Replizierbarkeit wird die Umsetzung für alle Partner des DKSR zudem günstiger, da Entwicklungskosten geteilt werden können.

Selbst die schlauesten Lösungsplattformen helfen jedoch nicht,

wenn sie sich in ihrer Vielzahl gegenseitig ausbremsen. Der Smart-City-Markt mit seiner Vielzahl an Angeboten ist nicht nur für diejenigen Kommunen, die das Feld neu betreten, herausfordernd. Auch über die technologische Ebene hinaus braucht es mehr Standardisierung und Einheitlichkeit für eine effektive interkommunale Zusammenarbeit. Diese kann nicht aus dem wettbewerbsorientierten Getümmel wirtschaftlicher Akteure entstehen. Was hier an dringend notwendigen Grundlagen und Vorgaben in der nächsten Zeit geschaffen wird, obliegt anderen Entscheidern.

Das DKSR arbeitet weiter daran, die Grundlage für eine engere Zusammenarbeit von Städten und Regionen für die datenbasierte Gestaltung nachhaltiger urbaner Lebensräume zu bieten. Neben den regelmäßigen Treffen der Urban Data Community findet dazu im April kommenden Jahres der nächste Urban Data Summit statt, zu dem alle kommunalen Vertreter, egal wie eng vertraut mit urbaner Datennutzung, herzlich eingeladen sind. Fest steht: Auch die zweite Ausgabe wird helfen, die nächsten Schritte in Richtung nachhaltig vernetzter Städte zu tun.

Dr. Alanus von Radecki ist Geschäftsführer der Daten-Kompetenzzentrum Städte und Regionen DKSR GmbH.

Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- www.dksr.city

Eine Aufzeichnung des Urban Data Summit 2022 steht auf YouTube zur Verfügung:

- <https://youtu.be/yQsfzml6Gqk>

Schwachstellen minimieren

Viele Maßnahmen zur Erhöhung der Cyber-Sicherheit sind organisatorischer Natur und oft auch ohne IT-Fachkenntnisse realisierbar. In Teil 2 unserer Serie geben wir sieben Einsteiger-Tipps, die es Angreifern erschweren, Schaden zu verursachen.

Ein nicht abgewehrter Cyber-Angriff ist für jede Kommunalverwaltung ein potenzielles Desaster. Trotz der Gefahren können insbesondere kleine und mittlere Kommunen viele der empfohlenen Maßnahmen zur Steigerung der Cyber-Sicherheit nicht umsetzen, weil Personal und Mittel fehlen. In jedem Fall sollten die folgenden sieben Einsteiger-Tipps beachtet werden.

Rechteverwaltung: In den gängigen Betriebssystemen gibt es die Möglichkeit, Benutzerkonten einzurichten. Diesen Konten können unterschiedliche Rechte zugewiesen werden. Hierzu gehören Zugriffsrechte auf Dateien, Ordner und Bereiche, Lese- und Schreibzugriffe sowie die Berechtigung, Software

zu installieren. Verschafft sich ein Cyber-Krimineller Zugang zu einem Benutzerkonto, hat er zunächst die Rechte dieses Benutzers. Die Rechte sollten rollenbasiert an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vergeben werden. Jeder erhält nur die für seine Arbeit unbedingt notwendigen Rechte. Konten mit Administratorrechten werden ausschließlich für Administrationsaufgaben genutzt – auch von den Administratoren selbst. Diese Maßnahme bietet zwar keinen Schutz vor Vollverschlüsselung oder Kriminellen, die wissen, wie sie Berechtigungen erweitern können – eine strenge Rechtevergabe kann es Angreifern jedoch erschweren, Schaden zu verursachen.

Regelmäßige Schulungen: Cyber-Sicherheit ist in hohem Maße von den Kenntnissen und der Wachsamkeit der Mitarbeitenden abhängig. Sie sind es, die suspekte E-Mails, Anrufe und SMS-Nachrichten erkennen und richtig handeln müssen. Doch die Strategien der Cyber-Kriminellen sind stetig im Wandel. Regelmäßige Schulungen zu Angriffsarten sowie zur Cyber- und IT-Sicherheit sind daher essenziell. Es gibt inzwischen zahlreiche Anbieter von Awareness-Schulungen, die teilweise im Selbststudium durchgeführt werden können (siehe Kasten Link-



Beliebte Passwörter bieten keinen Schutz.

Tipps). Neben regelmäßigen Schulungen sollten Führungskräfte eine positive Fehlerkultur etablieren. Schäden lassen sich verhindern, wenn Beschäftigte sich trauen, den Klick auf eine dubiose Anlage oder das merkwürdige Verhalten ihres Rechners zu melden. Cyber-Kriminelle manipulieren ihre Opfer, indem sie Stress und Angst erzeugen. Das geschieht durch Angriffe zu Zeiten mit hoher Arbeitsbelastung, die Themenwahl oder suggerierter Dringlichkeit der Nachricht. Der Angreifer möchte dem Opfer keine Zeit zum Nachdenken lassen – Führungskräfte können mit einer positiven Fehlerkultur dagegenhalten.

Passwörter: Es sollten starke Passwörter vergeben und pro Anwendung oder Zugang ein eigenes Passwort verwendet werden. Starke Passwörter sind möglichst lang und

Link-Tipps

Kurs „Tatort Internet“ des Hasso-Plattner-Instituts:

- <https://t1p.de/cprbq>

BSI-Online-Kurs zum IT-Grundschutz:

- <https://t1p.de/gavt>

Online-Kurs zum IT-Grundschutz (Druckversion, PDF, 6 MB):

- <https://t1p.de/c2nvg>

HPI Identity Leak Checker:

- <https://sec.hpi.de/ilc>

Hessen Leak Checker:

- <https://t1p.de/83kv9>

komplex. Im Idealfall besteht ein Passwort aus Groß- und Kleinbuchstaben, Sonderzeichen und Zahlen. Die Länge der Passwörter ist dabei wichtiger als die Komplexität. Einfache Passwörter wie Namen oder Begriffe können durch eine Brute-Force-Attacke in weniger als einer Sekunde geknackt werden. Hierbei werden Passwörter automatisiert mit Wörterbüchern abgeglichen. Das Knacken von langen Passwörtern, die Groß- und Kleinbuchstaben sowie Sonderzeichen und Zahlen enthalten, dauert deutlich länger. Passwörter sollten regelmäßig geändert werden. Dadurch werden gestohlene Passwörter wertlos. Auch das neue Passwort muss natürlich lang und komplex sein. Muster wie das Durchnummerieren von Passwörtern sollten vermieden werden. Um sich all diese Passwörter merken zu können, ist ein Passwort-Manager empfehlenswert. Merken muss man sich dann nur noch das Master-Passwort.

Gestohlene Nutzerdaten: Einer der häufigsten Angriffsvektoren sind gestohlene Nutzerdaten. Cyber-Kriminelle können diese verwenden, um sich im System anzumelden, sich auf Dienste der Kommune aufzuschalten oder gar Phishing-E-Mails mit der Kommune als vermeintlichen Absender zu verschicken. Ob E-Mail-Adressen und weitere Daten gestohlen wurden, lässt sich beispielsweise mit dem HPI Identity Leak Checker überprüfen. Für mittlere und große Kommunen bietet das HPI zentralisierte Lösungen an. Das Hessen CyberCompetenceCenter (Hessen3C) stellt hessischen Kommunen zur Unterstützung der IT-Sicherheit den Hessen Leak Checker zur Verfügung.

Serie Cyber-Sicherheit

Teil 1: Bedeutung des Themas und Vorstellung von Hessen3C

Teil 2: Die wichtigsten Tipps zur Erhöhung der Informationssicherheit

Teil 3: Bedrohungsakteure und ihre Methoden

Teil 4: Gefahren im Homeoffice und durch mobiles Arbeiten

Teil 5: Resilienz erhöhen – Wie kann man sich auf den Ernstfall vorbereiten?

Teil 6: Interne und externe Kommunikation in der Krise

Patch Management: Jede Soft- und Hardware kann Sicherheitslücken aufweisen. Sobald diese Schwachstellen öffentlich bekannt werden, beginnt ein Rennen gegen die Zeit. Auf der einen Seite die Cyber-Kriminellen, die Sicherheitslücken immer schneller auszunutzen wissen – auf der anderen Seite die Hersteller und Systemadministratoren, die schnellstmöglich Sicherheitsupdates, so genannte Patches, erstellen, veröffentlichen und installieren müssen. Kommunen sollten eine Übersicht der von ihnen verwendeten Soft- und Hardware erstellen und die Websites der Hersteller regelmäßig auf Sicherheitsupdates überprüfen. Auch auf Warnungen in der Fachpresse sollte geachtet werden. Ist eine Schwachstelle bekannt, für die noch kein Sicherheitsupdate veröffentlicht wurde, kann es notwendig sein, das Programm vorübergehend für die Benutzung zu sperren. Häufig sind hiervon Browser wie Chrome, Firefox und Edge betroffen. Für den Fall einer Sperrung sollten Alternativen zur Verfügung stehen.

Datensicherungsstrategie: Ein Muss sind regelmäßige Back-ups, also Sicherungskopien aller Daten. Dabei ist zu prüfen, ob alle wichtigen Daten gesichert werden, die Back-ups funktionieren und der Sicherungsturnus zum tolerierbaren Datenverlust passt. Ein Verschlüsselungsangriff kann eine Kommune so

nur um einen gewissen Zeitraum zurückwerfen. Wichtig ist, dass auch Offline-Sicherungen der Back-ups zur Verfügung stehen. Die Back-ups sollten nicht dauerhaft mit dem System verbunden sein, da sie sonst mitverschlüsselt werden könnten. Manchmal halten sich Hacker über längere Zeiträume in Systemen auf. Es ist daher hilfreich, auch ältere Back-ups zu besitzen, um im Notfall den älteren, aber schadsoftwarefreien Stand wiederherzustellen.

Krisen-Management: Die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Cyber-Angriffs zu werden, war noch nie so groß wie heute. Kommunalverwaltungen sollten daher vorab festlegen, wer in einer Krise für was zuständig ist. Wer ist wie von wem zu alarmieren? Liegen die aktuellen Kontaktdaten aller krisenwichtigen Beschäftigten auch in Papierform vor? Je genauer Abläufe festgelegt, dokumentiert und kommuniziert werden, desto besser kann im Ernstfall reagiert werden. Sinnvoll ist es, schon vorab nach Einrichtungen zu suchen, die im Notfall Unterstützung leisten können, etwa Nachbarkommunen, die übergangsweise Rechner zur Verfügung stellen, damit wichtige Services schnell wieder angeboten werden können.

Hessen CyberCompetenceCenter (Hessen3C).

Digitale Interaktion leben

OpenR@thaus bietet Kommunen eine attraktive Lösung für die Abwicklung von Online-Diensten. Über die Erfahrungen aus sechs Jahren Praxis berichtet Ronny Kirchner, Geschäftsbereichsleiter Vertrieb und Digitalisierung bei der ITEBO-Unternehmensgruppe.

Herr Kirchner, wie weit klaffen Gesetzgebung und Lebenswirklichkeit der Bürger im Internet auseinander?

Unsere Kinder wachsen mit dem Smartphone in der Hand auf, konsumieren Videos auf YouTube, bevor sie in den Kindergarten gehen, kommunizieren im Videochat mit Oma und Opa, bevor sie lesen lernen. In der Gesetzgebung diskutieren wir seit nunmehr über zehn Jahren über Servicekonten, neu zu entwickelnde Standards, Schnittstellen und Datenschutz. Eine große Hürde ist dabei die Anpassung der Gesetzgebung auf den verschiedenen Ebenen, also im Bundes-, Landes-, und Kommunalrecht. Die Gesetzgebung hinkt hier der Lebenswirklichkeit leider hinterher.

Und wie sah das vor fünf Jahren aus, als das Onlinezugangsgesetz (OZG) verabschiedet wurde?

Auch damals war die Diskrepanz groß. Von Amazon bis Zalando, von Facebook bis Instagram waren Nutzerkonten und gemeinsame Social-Log-ins bereits vorhanden. Unsere Aufgabe – damals wie heute – ist es, bekannte und bewährte Komponenten aus dem Konsumentenbereich auf die öffentliche Verwaltung zu übertragen. Die Frage der wahren Identität im Internet muss dabei auf

jeden Fall für Bürger und Verwaltung gelöst werden. Der Leitsatz hierbei sollte lauten: einfach und sicher.

Und aus diesen Überlegungen heraus entstand das Bürgerportal OpenR@thaus der ITEBO-Gruppe?

Dass eine moderne Verwaltung eine echte digitale Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern leben muss, war vielen Kommunen bereits bewusst. Mit der Verabschiedung des OZG wurde diesem Gedanken die rechtliche Grundlage gegeben. Die kommunalen IT-Dienstleister haben aber bereits davor mit der Entwicklung von Serviceportalen begonnen. Gemeinsam mit ihren Partnern, der regio iT aus Aachen, der SIS – Schweriner IT- und Servicegesellschaft sowie verschiedenen Fachverfahrensherstellern, ist etwa die ITEBO-Unternehmensgruppe seit dem Jahr 2016 dabei, das Bürgerportal OpenR@thaus zu entwickeln und stetig auszubauen.

Welchen Einfluss hat das OZG auf die Kommunen in Deutschland?

Zunächst gilt, wie bei vielen IT-Projekten, immer der Grundsatz: 20 Prozent Technik und 80 Prozent Mensch und Organisation. Die Fra-



Ronny Kirchner

gen lauten: Wie erfolgt die Einbindung der Organisation, der Fachämter und Mitarbeiter? Wie und welche Prozesse sollen abgebildet werden? Welche IT-Systeme müssen vernetzt und angebunden werden? Welche Synergien sollen erreicht werden? Am Beispiel der Hundesteuer lassen sich die Anforderungen kurz erläutern. Die Anmeldung eines Hundes ist kein komplexer Antragsprozess. In der Verwaltung hingegen müssen Satzung und Steuersätze berücksichtigt werden. Die Veranlagung erfolgt im Finanzverfahren, die Steuerbescheide liegen in der Steuerakte im Dokumenten-Management-System (DMS), die Bezahlung (via E-Payment) sowie die Zustellung der Bescheide an den Bürger sollen über ein Verwaltungsportal inklusive Postkorbfunktion erfolgen. Ein eigentlich einfacher

Vorgang erfordert in der Praxis also die Vernetzung mehrerer Geschäftsprozesse und IT-Systeme.

Und wie wirkt sich das OZG auf das Bürgerportal OpenR@thaus aus?

OpenR@thaus bietet Kommunen die notwendige Basisinfrastruktur für alle Online-Leistungen. Neben der Integration von Basiskompo-

gibt es seit dem Jahr 2006, OSCI im Browser inklusive der Anbindung von kommunalen Fachverfahren seit 2008, den XTA-Standard seit 2011 – alle drei Dienste sind heute Einer-für-Alle(EfA)-Anforderungen. Der neue Personalausweis (nPA) existiert seit 2010, er ist heute Teil der Servicekonten. Die Kopplung von Portal-Server und Middleware-Systemen zur Anbin-

der Roll-out hätte große Effekte für Bürger und Verwaltung gleichermaßen. Bei der Weiterentwicklung von möglichen EfA-Leistungen muss daher auf jeden Fall neben der Einbindung der landesspezifischen Basisdienste die Anbindung der vorhandenen IT-Systeme der Kommunen im Fokus stehen.

Und wie geht es jetzt weiter?

„Ein komplexes Gebilde wie die öffentliche Verwaltung kann man nicht über Nacht digitalisieren.“

nenten wie E-Payment sowie der Servicekonten Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und von BUS-Dienstleistungen stehen fertige Schnittstellen zu führenden Fachverfahren und Dokumenten-Management-Systemen zur Verfügung. Kommunen starten so direkt mit praxisrelevanten Online-Services und erzielen direkte Effekte.

Das heißt, Digitalisierung findet immer in mehreren Stufen statt?

Genau, denn ein komplexes Gebilde wie die öffentliche Verwaltung kann man nicht über Nacht digitalisieren. So wie die Einführung der elektronischen Akte ein Projekt über mehrere Jahre bedeutet, ist auch die Abbildung vollautomatischer Online-Prozesse eine Daueraufgabe.

Neben den organisatorischen Anforderungen gibt es dabei auch eine Reihe von technischen Rahmenbedingungen, die beachtet werden müssen ...

Machen wir eine technische Zeitreise: Den OSCI-Routing-Dienst

gibt es seit 2011, das Hochladen der qualifizierten Signatur auf den nPA zur Laufzeit im Browser ist seit 2012 möglich. Diese Liste lässt sich bis in die heutige Zeit fortsetzen. Wir haben in Deutschland also kein technisches Problem. Es bleibt zu hoffen, dass Bund und Länder die Kommunen mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten, technische Standards definieren oder nutzen und sich mit kommunalen Dienstleistern, Software-Häusern und Start-ups zusammensetzen, um eine bedarfsgerechte Umsetzung von Verwaltungsleistungen auf den Weg zu bringen.

Wie ist das Thema EfA einzuordnen?

EfA ist ein sehr guter Grundgedanke, denn die Umsetzung des OZG kann nur gelingen, wenn gemeinsame und vorhandene Lösungen genutzt werden. Allerdings ist genau dies auch die Schwäche der EfA-Leistungen. Nach meinem Kenntnisstand gab es im Vorfeld keinen wirklichen Abgleich zu bestehenden Lösungen am Markt. In der Praxis gibt es 100 bis 150 fertige Online-Prozesse. Ein entsprechen-

OpenR@thaus hat großen Zulauf, in fünf Bundesländern setzen über 200 Kunden das Bürgerportal von ITEBO ein. Der Ausbau der Portale erfolgt individuell je Kommune, aber alle haben erkannt: Digitalisierung ist kein Alleingang, die Umsetzung der Online-Prozesse kann nur gemeinsam gelingen. Wir als IT-Dienstleister kommen dem entgegen und kooperieren mit Fachverfahrensherstellern, DMS-Anbietern, Formular-Servern und Querschnittsdiensten. Davon profitieren unsere Kunden, denn standardisierte Schnittstellen und zentrale Zustelldienste oder Querschnittsdienste erlauben einen schnelleren Ausbau von Online-Leistungen. Generell gilt: Wenn wir den Bürger abholen wollen, müssen Antragsprozesse überdacht und nutzerfreundliche Web-Oberflächen inklusive Dashboard-Funktion und Bürger-Apps angeboten werden. OpenR@thaus unterstützt diese Zielsetzung. Mit Einbindung der synchronen Online-Vorgänge im Meldewesen auf Basis der VOIS-Plattform stehen zudem bereits neue Prozesse in den Startlöchern.

Interview: Bettina Weidemann

Erfolgreicher Relaunch

P. Kunzmann / J. Oepping / L. Steffen

Um den Anforderungen des OZG gerecht zu werden, hat sich die Stadt Bad Oeynhausen entschieden, alle angebotenen Online-Dienste auf einem Serviceportal zu bündeln. Bei der Umsetzung stand ihr der Dienstleister Südwestfalen-IT zur Seite.

Als sich die nordrhein-westfälische Stadt Bad Oeynhausen mit den Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) befasste, wurde ihr schnell klar, dass dessen Umsetzung ein OZG-konformes Serviceportal erfordert. Im Rahmen der E-Government-Strategie hat ein Projekt-Team mit digitalen Lotsen aus den Geschäftsbereichen im Oktober 2019 einen Digitalisierungsplan festgelegt. Daraus resultierten 30 Projektsteckbriefe, unter anderem die Baskomponenten der OZG-Umsetzung. Sie umfassten ein Serviceportal, das Antragsmanagement der Firma Form-Solutions sowie die Einführung von E-Payment. Das Serviceportal fungierte dabei als Dreh- und Angelpunkt der OZG-Umsetzung.

Bei der Auswahl des Portalanbieters konnte die Lösung citkoPortal der Südwestfalen-IT (SIT) die Stadt mit ihrem Gesamtkonzept überzeugen. Das Portal beinhaltet nicht nur ein leeres Content-Management-System (CMS), sondern enthält bereits Icons für die Kachelsteuerung, eine direkte Schnittstelle zur Antragsmanagement-Software von Form-Solutions inklusive Schulungspaket, die Anbindung einer E-Payment-Komponente in Form des Infoma ePayment-Managers

von Anbieter Axians Infoma sowie die Anmeldung über das Servicekonto.NRW. Ferner verfügt die Portallösung über Schnittstellen zu Fachverfahren wie das Urkundenmodul mit Anbindung an die Lösung AutiSta.

Das Sachbearbeiter-Back-End im Portal war ein weiteres Kriterium dafür, das für die Portallösung von SIT sprach. Ausschlaggebend bei der Produktauswahl war aber auch, dass die Stadt Bad Oeynhausen mit einigen der 100 Kommunen, die das Produkt bereits verwendeten, in engem Kontakt stand.

Um den Bürgerinnen und Bürgern eine Einstiegsseite für möglichst alle Online-Dienstleistungen anzubieten, hat die Stadt in das Serviceportal alle angebotenen Online-Dienstleistungen von Bund, Land, den Stadtwerken und ihrer Kommune eingebunden. Als das Serviceportal an den Start ging, umfasste es 91 Dienstleistungen, darunter 17 maßgeschneiderte Online-Anträge für häufig nachgefragte Leistungen. Beispiele sind die Anträge für die Hundehaltung



Projektgruppe der Stadt Bad Oeynhausen.*

(ordnungsrechtlich und steuerrechtlich), SEPA-Lastschriftmandate, Wahlhelferanträge sowie Urkundenbestellungen mit E-Payment. Des Weiteren können die Bürgerinnen und Bürger mithilfe des Antragsassistenten Unterlagen einreichen und ihre Anliegen über die Rubrik „Allgemeine Anfrage“ verschlüsselt und unabhängig von den Öffnungszeiten der Verwaltung übermitteln.

Die Stadt Bad Oeynhausen hat die Einführung des Serviceportals im Team Organisation, E-Government

* v.l.: Olaf Lindemeier, Projektleitung SIT; Petra Kunzmann, Projektleitung Stadt Bad Oeynhausen; Christin Holdijk, Projektleitung Stadt Bad Oeynhausen; Daniel Leien-decker, Projektleitung SIT

priorisiert. Andere Projekte wurden zurückgestellt und die Mitarbeit in der Projektgruppe Serviceportal hausintern ausgeschrieben. Die Projektleitung übernahm das Team Organisation, E-Government (eineinhalb Stellen) bestehend aus Christin Holdijk und Petra Kunzmann. Am 30. April 2021 fand die Kick-off-Veranstaltung mit SIT im Beisein des Bürgermeisters von Bad Oeynhausen, Lars Bökenkröger, statt. Daraufhin begann die Vorbereitungsphase, in deren Verlauf eine von SIT bereitgestellte Checkliste abgearbeitet wurde.

Im Juli 2021 richtete SIT das Testportal ein und führte im selben Monat die Schulungen durch. Mit Unterstützung von zwei Anwärtern baute die Stadt dann im August das Portal auf. Die benötigten Antragsassistenten für den Portalstart wurden hausintern erstellt und parallel bei SIT beauftragt. Damit stand das Grundgerüst des Portals bereits nach zwei Monaten intensiver Arbeit. Den Monat September nutzte die Stadt als Testphase. Im November erstellte SIT die Kassenschnittstelle zum Infoma ePayment-Manager mit der neuen Schnittstelle Urkundenservice. Insbesondere der Bereich Finanzen unterstützte die Einführung des E-Payments und die Erstellung der Online-Antragsassistenten. Wichtig in der Einführungsphase war auch die Zusammenarbeit mit den Projektleitern von SIT, Olaf Lindemeier und Daniel Leindecker. Der offizielle Start des Online-Serviceportals erfolgte mit dem Relaunch der Website und im Rahmen einer Presseerklärung am 15. November 2021.

Bürgermeister Lars Bökenkröger wertet den Schritt zur weiteren Di-

gitalisierung der Verwaltung als „Meilenstein für die Stadt Bad Oeynhausen.“ Bei der Vorstellung des Portals vor der Presse sagte er: „Die Digitalisierung ist nicht erst seit Corona Topthema. Wir haben alles daran gesetzt, dass wir viele Dienstleistungen online anbieten können. Die Daten sollen laufen, nicht die Bürger.“ Die Statistik im Online-Serviceportal spricht für sich: Seit dem 15. November 2021 wurden (Stand 17. Oktober 2022) 1.561 eigene OZG-Dienstleistungen im Portal von Bürgerinnen und Bürgern genutzt.

Laut Patrick Höwener aus dem Bereich Finanzen im städtischen Intranet nehmen die Bürgerinnen und Bürger das Angebot sehr gut an: „Wir erhalten, wenn wir telefonisch auf unsere Online-Dienstleistungen hinweisen, eine durchweg positive Resonanz. Darüber hinaus sind die online eingehenden Formulare qualitativ deutlich besser ausgefüllt. Bei Papierformularen werden häufig Felder ignoriert, was dann zu Rückfragen, Schriftverkehr und Wiedervorlagen – also zu vermeidbarer Arbeit – führt. In den Online-Services werden die Antragstellenden Feld für Feld durch die Formulare geleitet, wobei sich Pflichtfelder nicht überspringen lassen. Außerdem liegen die Formulare direkt als PDF vor, lassen sich leicht in der digitalen Akte speichern und auch im Homeoffice einfach bearbeiten.“ Ein nicht minder wichtiger Vorteil des Serviceportals ist die dauerhafte Erreichbarkeit der Stadtverwaltung.

Mit der Einführung des Serviceportals ist die Stadt Bad Oeynhausen bei der OZG-Umsetzung einen großen Schritt vorangekommen,

aber noch nicht fertig. Sie plant, weitere Services zu implementieren. Hierzu zählen der Ausbau zusätzlicher Antragsassistenten, die Anbindung der OZG-Landes- und -Bundeslösungen sowie weitere Schnittstellen zu Fachverfahren. Infrage kommen auch der Lebenslagenervice von SIT (Lebenslagenmappen) und eine Anbindung an das Dokumenten-Management-System nscale eGov des Anbieters Ceyoniq.

Projektleiter Olaf Lindemeier von SIT resümiert: „Wir freuen uns über den gelungenen Relaunch des Online-Serviceportals in Bad Oeynhausen und den damit verbundenen erfolgreichen Projektabschluss. Es war eine Freude, zusammen mit dem Projekt-Team der Stadt innerhalb kürzester Zeit eine Portallösung zu erstellen. Insbesondere die konstruktive Zusammenarbeit, prompte Entscheidungen und der große Innovationswille zur schnellen Umsetzung und klarem Ziel sind hervorzuheben.“

Petra Kunzmann ist im Team Organisation, DMS und E-Government, Julia Oepping im Team Organisation, E-Government und Loryn Steffen im Team Organisation bei der Stadt Bad Oeynhausen tätig.

Profil

● Bad Oeynhausen

Bundesland:

Nordrhein-Westfalen

Landkreis:

Kreis Minden-Lübbecke

Einwohnerzahl:

49.000

Oberbürgermeister:

Lars Bökenkröger (CDU)

Web-Präsenz:

www.badoeynhausen.de



Weiteres Projekt: Die Stadt Bad Oeynhausen nutzt auch im Sozialhilfebereich das Dokumenten-Management-System (DMS) nscale eGov.

Sichtbarkeit steigern

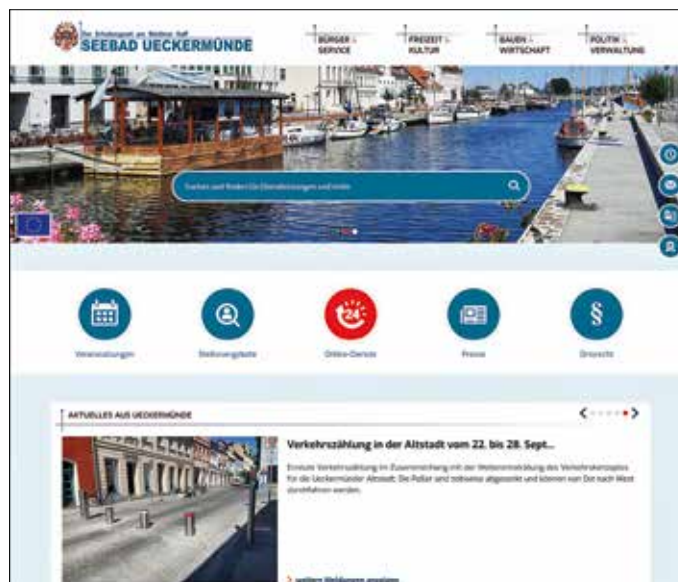
Antje Fröhlich-Röder

Mit dem Relaunch ihrer Website will die Stadt Seebad Ueckermünde die Voraussetzungen für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes schaffen. Zudem soll der Internet-Auftritt als Stadtportal sowie für die Vermarktung des Tourismusstandorts genutzt werden.

Nach knapp zehn Jahren entsprach die bisherige Website der Stadt Seebad Ueckermünde nicht mehr dem technischen Standard. Ziel war es, einen übersichtlichen und modernen Internet-Auftritt zu gestalten, bei dem jeder Besucher sofort den Einstieg zu seinem Thema findet. Zu den wichtigsten Zielgruppen der Stadtseite zählen Einwohner und Touristen. Nebenzielgruppen sind Gewerbetreibende und Investoren, potenzielle Mitarbeiter und Auszubildende sowie Medienvertreter.

Mit der Firma NOLIS war rasch ein kompetenter Partner für die Umsetzung gefunden. Zunächst konzipierte das Unternehmen gemeinsam mit der Stadt Ueckermünde

zielgruppengerecht in der Hauptnavigation zusammengefasst. Einwohner werden in der Rubrik „Bürger & Service“ fündig. Touristen können Angebote direkt über „Freizeit & Kultur“ aufrufen. Veranstaltungen und News werden als Teaser auf der Startseite angezeigt. Gewerbetreibende und Investoren finden ihre Themen im Bereich „Bauen & Wirtschaft“, und über „Politik & Verwaltung“ gelangt man unter anderem zum Ratsinformationssystem, in welchem alle Informationen aus den Sitzungen der Stadtpolitik online auffindbar sind. Um eine optimale Darstellung auf



Seebad Ueckermünde: Alle sollen schnell finden, was sie suchen.

Das Seebad Ueckermünde liegt im Nordosten Mecklenburg-Vorpommerns direkt am Stettiner Haff und ist bereits jetzt ein Geheimtipp unter den Urlaubsorten am Wasser. Die neue maritime Website bietet deshalb nicht nur Zugang zu Dienstleistungen und Informationen der Stadt, sondern soll mit gezielter Suchmaschinenoptimierung dem Seebad Ueckermünde mit seinen touristischen Angeboten zu einer besseren Auffindbarkeit im Web verhelfen.

de Layout und Grundaufbau der neuen Website. Dank gezielter Fragen und dem umfangreichem Know-how von NOLIS aus verschiedenen kommunalen Web-Seiten-Projekten konnten Fehler vermieden und schnelle Lösungen gefunden werden. Der neue barrierearme Internet-Auftritt verfügt auf der Startseite über so genannte Schnellziele als Einstieg für jede Zielgruppe, die in Form von großen Kreisen dargestellt sind. Themengebiete werden

mobilen Endgeräten zu erreichen, ist die Seite im responsiven Design erstellt.

Besonders wichtig war der Stadt die prominente Suche auf der Startseite: Ähnlich wie bei Suchmaschinen sollen die User ihre Themen sofort finden. Zur Suchfunktion gehören Textvorschläge bei der Eingabe, die Volltextindizierung von durchsuchbaren PDFs sowie das Durchsuchen des Ratsinformations-

systems. Hierbei handelt es sich um die Software ALLRIS der Firma CC e-gov, die über eine Schnittstelle mit dem Content-Management-System (CMS) verbunden ist. Zudem erfolgt die Ausgabe von Informationen aus ALLRIS über ein dynamisches Template, das in das Stadtportal integriert ist.

Für das Ortsrecht und die Online-Dienste wurden eigene Schnellziele auf der Startseite angelegt. So kommen die Besucher mit einem Klick zum Ziel. Für die Dienstleistungen der Stadt gibt es eine Schnittstelle zum MV-Serviceportal. Das Portal des Landes Mecklenburg-Vorpommern dient der Bereitstellung von Services nach dem Onlinezugangsgesetz (OZG). NOLIS|CMS zieht die Daten aus dem Portal und stellt sie für die Pflege zur Verfügung. Lebenslagen und Dienstleistungen des Portals können direkt im CMS bearbeitet werden. Eine doppelte Pflege entfällt.

Für Zusatzdienstleistungen des Seebads Ueckermünde können problemlos eigene Online-Formulare im Content-Management-System erstellt werden. So kann von Nicht-Ueckermündern das kostenfreie Amtliche Mitteilungsblatt über ein Online-Formular abonniert werden. Die Formulardaten werden via E-Mail an den zuständigen Ansprechpartner übermittelt. Die Anbindung eines Online-Bezahlverfahrens wäre ebenfalls möglich.

Ein weiteres Feature ist die Online-Terminvergabe. Die Besucher des Rathauses können von zu Hause aus einen Termin im Einwohnermeldeamt buchen. Mit der Terminbestätigung erhalten sie alle wichtigen Informationen, beispielsweise, wel-

che Unterlagen mitzubringen sind. Die Software zur Terminvergabe ist Bestandteil der NOLIS|E-Government-Suite. Dadurch ist diese Funktion sowohl im Stadtportal als auch im Software-Back-End optimal integriert. Es wird mit E-Mail-Benachrichtigungen gearbeitet. Der Export der Termine in den Outlook-Kalender ist ebenfalls möglich.

Für die touristische Vermarktung sowie Zuzüge aus dem Ausland ist die Mehrsprachigkeit der Website entscheidend. Hierfür wurde Google Translate integriert. Viele Besucher des Ueckermünder Tierparks und des Haffbads kommen aus dem rund 30 Kilometer entfernten Nachbarland Polen. Die Übersetzungsfunktion ist deswegen für die Sprachen Polnisch, Englisch und – aus aktuellem Anlass – auch Ukrainisch eingerichtet. Sie kann jederzeit problemlos erweitert werden. Touristische Angebote sind unter „Freizeit & Kultur“ abgebildet. Hier finden die Gäste alles zum Thema Urlaub, angefangen bei Übernachtungsempfehlungen bis hin zu Freizeitangeboten und Veranstaltungstipps. Veranstaltungen werden extra gepflegt und können als vCalendar exportiert werden. Für Veranstaltungen des Seebads ist ein Buchungssystem mit der Möglichkeit der Einbindung eines Online-Bezahlverfahrens integriert.

Für eine bessere Auffindbarkeit der Website im Internet bietet NOLIS|CMS verschiedene Möglichkeiten. Wichtig ist die Verschlagwortung. Für jede einzelne Unterseite können Keywords angelegt werden. Des Weiteren gibt es die Möglichkeit, Anreizertexte, die so genannte Meta Description, für die Seiten anzulegen und mit Webcodes

sprechende URLs anzugeben. Das CMS erstellt zudem anonyme Statistiken zu Seitenaufrufen, Suchbegriffen oder den beliebtesten Dienstleistungen. Auf deren Grundlage kann der Internet-Auftritt weiter suchmaschinenoptimiert werden. Ziel des Seebads ist es, auch mit touristischen Angeboten für die Region Stettiner Haff im Google Ranking zu steigen.

Die Stadt Ueckermünde engagiert sich aktuell stark im Bereich City Management. Die Innenstadt soll ein attraktiver Standort bleiben und saisonunabhängig zu einem Erlebnisraum werden. Die neue Website kann diesen Prozess unterstützen. Aktuelle Projekte zur Belebung der Innenstadt werden vorgestellt und NOLIS|CMS bietet die Möglichkeit der Beteiligung und direkten Kontaktaufnahme. Artikel können mit einer Kommentarfunktion online gestellt werden. Und die Stadt kann mit dem System Umfragen zu wichtigen Themen erstellen und auswerten. Eine weitere integrierte Funktion ist der Newsletter. Zukünftig soll es einen Veranstaltungsnewsletter und einen Newsletter zu Inhalten des Amtsblatts geben.

Das Projekt wurde aus Mitteln des Vorpommern-Fonds teilfinanziert. Von einer besseren digitalen Sichtbarkeit der Stadt Seebad Ueckermünde und deren Angeboten kann die ganze Tourismusregion profitieren. Allein im ersten Monat nach Veröffentlichung hatte die Seite über 50.000 Seitenaufrufe. Das entspricht der doppelten Anzahl des Monats vor der Veröffentlichung.

Antje Fröhlich-Röder ist bei der Stadt Seebad Ueckermünde verantwortlich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

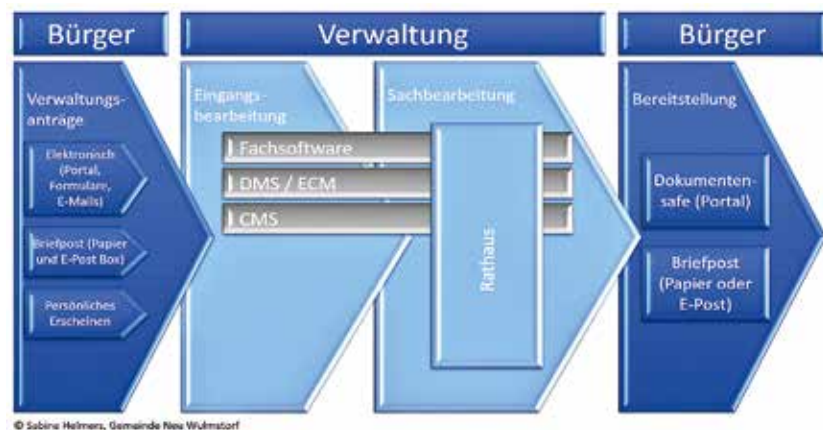
Mit geeinter Kraft

Partho Banerjea

Bei der Digitalisierung und Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) setzt die Gemeindeverwaltung Neu Wulmstorf auf die Interaktion von Enterprise Content Management und Portal-Software Content Management.

Die im niedersächsischen Landkreis Harburg gelegene Gemeinde Neu Wulmstorf verfolgt im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) das Ziel, dass die Verwaltungskunden aus Bürgerschaft und Wirtschaft ihre Anliegen möglichst umfassend elektronisch einreichen können. Darüber hinaus sollen diese Eingänge direkt an die fachbezogene Sachbearbeitung übergeben werden. Die in der Verwaltung getroffene Entscheidung soll nach der konzeptionellen Vorgabe auf elektronischem Wege datenschutzkonform und sicher der antragstellenden Verwaltungskundschaft zugeleitet werden.

Eine 2010 getroffene strategische Entscheidung zur Verwaltungsmodernisierung hat dazu geführt, dass die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung leistungsfähige Software-Lösungen nutzen und workflowartige Prozesse zielgerichtet einsetzen. Die damalige Strategieentscheidung hat vier Aufgabenstellungen mit zugehörigen Software-Lösungen festgelegt. Im Bereich Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen (HKR) kommt die Lösung newsystem von Axians Infoma zur Anwendung, als Ratsinformationssystem fungiert ALLRIS von CC e-gov. Das Dokumenten-



Gesamtheit des Lösungsansatzes für die Vorgangsbearbeitung in der Verwaltung.

Management-System (DMS) CC ECM stammt ebenfalls von CC e-gov. Für den Betrieb des gemeindlichen Internet-Portals findet das Content-Management-System (CMS) NOLIS | CMS Anwendung.

Die strategische Maxime sieht vor, dass die Aktenführung und Vorgangsbearbeitung für die Aufgabenstellungen im DMS – heute im Enterprise-Content-Management-System (ECM) – stattfinden, für die keine eigenständige Software-Lösung besteht. Folglich deckt der heutige Bestand an elektronischen Akten im CC ECM zahlreiche Aufgabenstellungen ab, die auch für das OZG relevant sind.

Das seit dem Jahr 2012 etablierte DMS wurde 2020 auf die ECM-Lösung migriert. Dies schaffte die Vo-

raussetzung dafür, innerhalb der neuen ECM-Strukturen nachhaltige Workflow-Prozesse gestalten zu können. Einen weiteren wesentlichen Baustein für die elektronisch gestützte Vorgangsbearbeitung bildet das Content Management System mit dem zugehörigen Modul NOLIS | Rathausdirekt ab, über das die OZG-relevanten Geschäftsvorfälle im Internet-Portal der Gemeinde platziert werden. Von hier stößt die Kundenseite mittels HTML-Formularen Vorgänge an. Die befüllten und gesendeten Anträge gibt das Portal via DokuFIS-Schnittstelle an das ECM ab. Innerhalb dieser Umgebung wird es dann in der elektronischen Fallakte bearbeitet.

Einzelne, fachspezifische HTML-Formulare administriert das CMS-OZG-Modul. Dort erhalten die

Formulare eine Metainformation über die im ECM korrespondierende Verwaltungsstelle, die für die jeweilige Vorgangsbearbeitung zuständig ist. Eine Steuerung nach Verwaltungsteilen oder sogar zu einzelnen Mitarbeitenden ist möglich. Die ECM-Berechtigungsstruktur stellt zudem sicher, dass ein eingegangener OZG-Antrag nicht unbearbeitet liegen bleibt.

Der Workflow-Assistent ist mit einer Eskalationslogik versehen, die eine Vorgangsbearbeitung im Zeitraum hinterlegter Fristen absichert. Außerdem ist organisatorisch festgelegt, dass die Nutzerinnen und Nutzer mindestens einmal während ihres Arbeitstages das ECM zu starten haben. Dadurch werden sie auf neue und/oder noch

offene Arbeitsaufträge aufmerksam gemacht. Die Konzeption für die Interaktion zwischen dem ECM und NOLIS | Rathausdirekt sieht ferner vor, dass künftig auch der so genannte Rückkanal bedient werden kann, die Verwaltungsentscheidung also elektronisch und datenschutzkonform die antragstellende Person erreicht.

Wenn die antragstellende Person über ein OZG-Servicekonto verfügt und im Verlauf der Antragstellung den Status setzt, dass die Verwaltungsentscheidung elektronisch im persönlichen Dokumentensafe hinterlegt werden soll, dann erfolgt aufgrund der damit mitgelieferten Metainformation eine Bereitstellung des ECM-Objekts „Verwaltungsbescheid“ aus der E-Akte über

die Schnittstelle an NOLIS | Rathausdirekt in den passenden, persönlichen Dokumentensafe. Hierüber erhält die antragstellende Person eine Impulsnachricht via E-Mail. Der Dokumentensafe gehört zum NOLIS | CMS-Umfeld. Wird die Authentifizierung mit dem Landes- oder Bundes-Servicekonto vorgenommen, besteht für die antragstellende Person die Möglichkeit, den gemeindlichen Dokumentensafe zu aktivieren und für Geschäftsvorfälle mit der Gemeinde Neu Wulmstorf zu nutzen. Diese Konzeption wurde mit den Partnern und Herstellern CC e-gov und NOLIS pilotiert und umgesetzt.

Partho Banerjee ist als CDO im Stabsbereich Strategie und Zielsteuerung der Gemeinde Neu Wulmstorf tätig.

Anzeige

Partnerschaft schafft Partnerkraft.

Gemeinsam mit unseren Partnern sorgen wir dafür, dass kommunale Verwaltungen für die Digitalisierung fit gemacht werden. Ob DMS, Plattformanbieter, GIS-Systeme, Formulardienste oder Rechenzentren. Jeder unserer Partner ist Prosoz-geprüft.

Informieren Sie sich jetzt!



Kein Bauchgefühl notwendig

Dina Haack

Die Umstellung auf die doppelte Buchhaltung hat kommunale Finanzverwaltungen in eine neue Ära marktwirtschaftlichen Zuschnitts katapultiert. Damit öffnet sich die Tür hin zu ganzheitlichen Procure-to-Pay-Strecken, optimiert durch Business Intelligence.

Mit dem Neuen Steuerungsmodell (NSM) können Kommunen strategisch planen; die finanzwirtschaftlichen Instrumente und Verfahren dazu bietet die Doppik. Das Ziel, die Finanzhaushalte der Kommunen auf das Prinzip der Doppik umzustellen, wird unter dem Begriff Neues kommunales Finanzmanagement (NKF) zusammengefasst. Eine zielorientierte Verwaltungssteuerung entsprechend der Richtlinien des NKF bedeutet für Finanzabteilungen auch, dass sie sich nun auch intensiver mit Controlling-Themen beschäftigen können und sollten. Haushaltszahlen lassen sich natürlich auch auf Papier oder mithilfe von Excel vergleichen. Der Einsatz einer Business Intelligence (BI) Software bietet aber mehr Möglichkeiten. Dass die Hürden für deren Einsatz gefallen sind, liegt an der Digitalisierung und der damit verbundenen Standardisierung.

BI unterstützt Finanzverwaltungen darin, Geschäftsentscheidungen auf Basis fundierter Zahlen und nicht nur mittels Erfahrung und Bauchgefühl zu treffen. Dafür bedarf es valider Daten. Spätestens seitdem SAP die Verfügbarkeit und Auswertbarkeit von Daten in Echtzeit als einen zentralen Vorteil seiner HANA-Datenbank ausgelobt

hat, weitet sich der Blick. BI-Anwendungen werden nun nicht mehr überwiegend in den Bereichen Customer Relationship Management (CRM), Vertrieb oder Marktforschung verortet, sondern auch in den Finanzprozessen. In der neuen Produktgeneration S/4HANA ist die In-Memory-Plattform SAP HANA integraler Bestandteil der ERP-Suite. Das eröffnet ungeahnte Möglichkeiten.

Ganzheitliche Procure-to-Pay (P2P)-Strecken, also die Verknüpfung vorgelagerter Einkaufsprozesse mit der Rechnungsbearbeitung im Zuge der Digitalisierung, werden auch in der Verwaltung künftig häufiger genutzt werden. BI-Technologien zum Einsatz zu bringen, bedeutet also mehr Transparenz und Flexibilität in den Auswertungen sowie höhere Sicherheit in der Planung und Budgetierung. Dezentrale Einheiten lassen sich damit im Sinne der Gesamtverwaltung steuern.

Die Möglichkeiten, mit BI aus Daten Informationen zu generieren, sind nahezu unbegrenzt. Gleichzeitig ist die Datengrundlage



Digitalisierung ist die Voraussetzung für den BI-Einsatz.

wichtige Voraussetzung und größte Herausforderung. Denn die Rohdaten müssen nicht nur digital und in ausreichender Menge vorliegen, sondern auch auswertbar sein. Das heißt, sie brauchen eine gewisse Qualität, sollten also zum Beispiel wenig Fehler und Dubletten enthalten. Denn mangelnde Qualität war der Grund dafür, dass Business Intelligence in Einkauf und Beschaffung – und erst recht im Bereich P2P – bislang noch nicht durchgehend eingesetzt wurde. Der Aufwand, die Daten nutzbar zu machen, war oftmals zu groß.

Diese Ausgangssituation ändert sich allerdings gerade durch Digitalisierung und Standardisierung, so dass BI sich auch in Einkauf und Beschaffung lohnend einsetzen lässt. Für die Bearbeitung von Dokumenten setzen viele Behörden

mittlerweile auf elektronische Workflows. Damit beschleunigen sich nicht nur Abläufe und ortsunabhängiges Arbeiten, digitale Prozesse und Dokumente liefern auch digitale Daten und lassen sich damit überhaupt erst digital auswerten.

Eine Kundenumfrage des Unternehmens xSuite hat ergeben, dass bei einer der wichtigsten Dokumentenarten, den Rechnungen, 83 Prozent der befragten Organisationen heute mindestens die Hälfte ihrer Rechnungen im PDF-Format erhält. Bei elektronischen Dokumenten fällt naturgemäß auch der fehleranfällige Schritt der Digitalisierung weg. Damit steigt die Qualität der Daten im System.

Immer mehr digitale Dokumente sind außerdem direkt maschinenlesbar. Gegenwärtig ist PDF noch das vorherrschende Format, zumindest bei Rechnungen. Der Trend geht jedoch hin zu maschinenlesbaren XML-Formaten. Durch diese Formate fällt auch der Schritt der Belegung weg und damit eine

weitere Fehlerquelle. Aufgrund der Digitalisierung im Finanzwesen nimmt also nicht nur das Volumen der digital vorliegenden Daten zu. Was ebenfalls steigt, ist die Datenqualität. Und in diesem Zuge lässt sich BI auch in P2P-Prozessen sinnvoll einsetzen.

Wo lassen sich also aus P2P-Dokumenten und -Prozessen mithilfe von BI-Technologie verwertbare Informationen generieren? Beispiele dafür gibt es in der Beschaffung und bei Lieferantenbeziehungen, bei der Liquiditätsplanung oder der Verbesserung interner Prozesse. So kann Business Intelligence im ersten Fall Lieferanten kategorisieren: Was sind die wichtigsten Lieferanten, bei denen sich eine intensivere Betreuung lohnt? Sollen diese nach Anzahl der Bestellungen oder nach Einkaufsvolumen kategorisiert werden? Es ist auch möglich, die Zuverlässigkeit von Lieferanten zu vergleichen und zu bewerten: Wie lange dauert es, bis eine Bestellung bestätigt wird? Wie häufig weicht die Bestätigung von der Bestellung ab?

Im Bereich der Liquiditätsplanung kann BI durch Kombination mit künstlicher Intelligenz aus vorliegenden Daten Vorhersagen treffen. Etwa darüber, wie viele Rechnungen voraussichtlich im nächsten Monat, Quartal oder Jahr von welchem Lieferanten eingereicht werden und auf welche Summen sie sich belaufen werden. Und schließlich ist es für die Optimierung interner Prozesse hilfreich zu wissen, wie lange die Bearbeitungszeit für eine Rechnung war und wie viele Beschäftigte involviert waren.

Werden diese Prozesse durch BI transparent, tritt auch das Optimierungspotenzial in ihnen zutage. Kommunalverwaltungen können damit ihre Abläufe nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten gestalten und die eigene Effizienz erhöhen. Aus P2P-Szenarien – die sie mit Lösungen wie denen von xSuite bereits digitalisiert und automatisiert haben – holen die Verwaltungen dann noch mehr heraus.

Dina Haack ist Head of Marketing bei der xSuite Group.

Anzeige



HESS MultiPay 411

So individuell wie Ihre Anforderungen

Der HESS MultiPay 411 ist unser neuester und fortschrittlichster Kassenautomat. Dank des **modularen Aufbaus** und der **komplett individualisierbaren Gerätefront** lässt er sich exakt auf Ihre Anforderungen anpassen.

- ▶ Münz- und Notenrecycling für bis zu 8 Sorten (je nach Konfiguration)
- ▶ Individualisierbare Gerätefront
- ▶ Sicherer Datenaustausch über Schnittstellen zu Ihren Fach- und Finanzverfahren
- ▶ Cashmanagement über Leitstandstechnologie
- ▶ Umfangreiches Service- und Dienstleistungsportfolio

Kontaktieren Sie uns noch heute und konfigurieren Sie sich Ihren individuellen HESS MultiPay 411 Kassenautomat.

Telefon: +49 7159 4009-0 | E-Mail: vertrieb@hess.de | Web: hess.de



Standardfront

Haushalt im Blick

Eva Sprockamp

Seit vier Jahren verwendet die Stadt Göttingen für die Verwaltung ihres Haushalts die Business-Intelligence-Lösung von Anbieter Axians Infoma. Sie fungiert als Wissensbasis für einzuleitende Steuerungsmaßnahmen oder wichtige Entscheidungen.

Wissen schafft Sicherheit – das ist die Devise von Burkhard Fuchs, Leiter des Fachbereichs Finanzen bei der niedersächsischen Stadt Göttingen. Ergebnis hiervon ist unter anderem die Einführung der Business-Intelligence (BI)-Lösung von Axians Infoma vor vier Jahren. Seitdem gehören mühsam recherchierte, aufwendig in Excel-Tabellen zusammengestellte Informationen, die einen Überblick über die aktuelle und zu erwartende Haushaltssituation verschaffen sollen, der Vergangenheit an. Jetzt stehen Führungskräften und Haushaltssachbearbeitern in den einzelnen Organisationseinheiten ebenso wie der Politik regelmäßig übersichtliche Berichte als Wissensbasis für eventuell einzuleitende Steuerungsmaßnahmen oder wichtige Entscheidungen zur Verfügung.

Automatisch zu definierten Zeiten und in der gewünschten Form stellt die Stadt Göttingen nun für alle relevanten Bereiche aus der Fülle der vorhandenen Geschäftsdaten die benötigten Informationen bereit. „Die automatisierte Berichterstellung und die damit verbundene Zeitersparnis war aber nur einer der Beweggründe für den Einsatz von BI“, erläutert Burkhard Fuchs. „Für unser zentrales Controlling,



Neues Rathaus in Göttingen: Haushaltssituation jederzeit im Griff.

das nicht nur die Verwaltungsführung mit Berichten versorgt, sondern auch Dienstleister für die selbstständig budgetführenden Organisationseinheiten ist, wollten wir die Möglichkeit schaffen, sich nicht nur an den in Infoma vorhandenen Auswertungen zu bedienen. Mit der BI-Lösung lassen sich die Daten nun verschlankt und effizient in die einzelnen Organisationseinheiten geben.“ Dass die standardisierten Berichte mit individuellen Anforderungen versehen werden können, war für den Fachbereichsleiter ein weiteres Entscheidungskriterium. So ist es möglich, die Auswertungen mit den aktuellen Ist-Ständen durch eigene Prognosen zu ergänzen.

Auf gleicher Informationsgrundlage, aber zielgruppenspezifisch

aufbereitet, erhalten die Empfängerinnen und Empfänger die aussagekräftigen Daten – stets im einheitlichen Erscheinungsbild der Stadt Göttingen. Dieses Leistungsmerkmal spielte für die Entscheidung ebenfalls eine Rolle. „Aus meiner Sicht als Führungskraft kann ich sagen, dass dadurch die eigene Bewertung, Auswertung und Interpretation erheblich erleichtert wird. Auch für einen Dezernenten oder unsere Oberbürgermeisterin ist es aufgrund der Vergleichbarkeit wichtig, die Berichterstattung immer in der gleichen Form zu erhalten“, sagt Burkhard Fuchs.

Dennoch erforderte der Einsatz der Lösung im Vorfeld die Umsetzung einiger spezieller Anforderungen. Da die Controlling-Reportings in der 117.000 Einwohner zählenden

den Stadt bisher immer auf eigenen Zuordnungen von Kostenstellen und Kostenträgern basierten, musste das BI-System für eine Zuordnung in diesen Bereichen entsprechend ergänzt werden. Darüber hinaus stand auf der Wunschliste die Möglichkeit von Auswertungen aus dem Finanzhaushalt für Investitionen. „Beide Anforderungen wurden optimal erfüllt“, meint Burkhard Fuchs, der damit der kontinuierlichen Unterstützung durch Axians Infoma ein gutes Zeugnis ausstellt.

Von der einfachen Budgetkontrolle über ein standardisiertes Berichtswesen bis hin zu konkreten Steuerungsmaßnahmen und maschinellen Hochrechnungen unterstützt die BI-Lösung die Informationsgewinnung einfach und effizient – und gibt dabei auf zahlreiche Fragestellungen fundierte Antworten. Welche Mittel sind innerhalb des Budgets noch verfügbar, wie entwickeln sich die wichtigsten Erträge und Aufwendungen oder wie ist der Status bei den Investitionen, lauten nur einige davon.

Während der Leiter des Fachbereichs Finanzen Wochenberichte erhält, die Auskunft über den aktuellen Stand seines Budgets mit Plan-Ist-Vergleich und Differenz geben, werden zum großen Teil auch die einzelnen Einheiten mit dezentraler Budgetverantwortung regelmäßig mit Budgetberichten versorgt. Dagegen sind für den ebenfalls berücksichtigten technischen Bereich Hoch- und Tiefbau vor allem Informationen über den Stand der Investitionsabflüsse wichtig. Damit kommt der Vorteil der automatisierten Berichterstellung und -verteilung besonders zum Tragen. „Wir zwingen die Führungs-

kräfte und Haushaltssachbearbeiter in den einzelnen Organisationseinheiten auf diese Weise – quasi in einer Bringschuld – dazu, sich mit ihrem Budget zu befassen und gegebenenfalls gegenzusteuern. Ohne die durch unser zentrales Controlling automatisch zur Verfügung gestellten Informationen würden sie die Überblicke über die Budgets nicht abrufen“, weiß Burkhard Fuchs aus Erfahrung. Die sehr positive Resonanz der Empfängerinnen und Empfänger bestätige Sinn und Zweck dieser Maßnahme.

So zum Beispiel, wenn Anfang des Jahres der Haushalt noch nicht genehmigt ist, die Mittel nur begrenzt freigegeben sind und der Warnbericht deshalb anzeigt: „Achtung, das Budget ist begrenzt. Ihre Einheit steht im Moment bei x Prozent.“ Aber auch Budgetüberschreitungen auf einzelnen Positionen lösen einen Warnhinweis aus. „Das sind die Informationen, die wir in unserer Rolle als zentrale Dienstleister kommunizieren und die dann entsprechende Reaktionen nach sich ziehen“, so der Fachbereichsleiter. „Ohne BI wäre das Controlling aufgrund der wenigen Stellen gar nicht in der Lage, die unterschiedlichen Bereiche regelmäßig oder punktuell auf Anforderung über die Budgetentwicklungen oder Sonderauswertungen für bestimmte Projekte zu informieren.“

Für den Stadtrat werden zudem zweimal im Jahr Controlling Reports erstellt, welche die gesamte Haushaltsbewirtschaftung unterjährig zum 31. Juli sowie die ersten Hochrechnungen über den voraussichtlichen Jahresabschluss beleuchten. Dabei wird die BI-Aus-

wertung in aggregierter Form an die Politik weitergegeben, um dem Rat zu signalisieren, wie sich der von ihm beschlossene Haushalt entwickelt. Aufgrund der Corona-Pandemie und der Ukraine-Krise hat die Verwaltung zusätzlich ein enges Reporting intern und für den Finanzausschuss zum 31. Mai erstellt. „Dadurch konnten wir zu dem Termin schon prognostizieren, dass es in bestimmten Bereichen in diesem Jahr zu Haushaltsüberschreitungen kommen wird, die Ratsbeschlüsse zum Nachsteuern und zum Bewilligen weiterer Gelder nach sich ziehen“, erläutert Burkhard Fuchs.

Mit dem Status quo ist man in Göttingen sehr zufrieden, obgleich Burkhard Fuchs und sein Team durchaus noch Weiterentwicklungsperspektiven sehen: „Tatsächlich sind wir der Meinung, dass wir in der hausinternen Anwendung das System weiter ausbauen könnten. Das bedeutet aber nicht, die BI-Lösung erweitern zu müssen, sondern hier sind unsere eigenen Ideen gefragt.“ In diesem Zusammenhang steht mit dem Projekt Liquiditätsplanung bereits ein Ziel für 2023 auf der Agenda. „Das ist megakomplex und wird noch viele Kapazitäten binden, da wir damit in den Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) gehen“, erklärt Burkhard Fuchs. Geplant ist, aus den Kassenbeständen und den vielen Sollstellungen heraus die Entwicklung des Kassenstands im laufenden Jahr abzuleiten. Und auch hier bauen die Göttinger auf die Unterstützung von Axians Infoma und die entsprechenden Datenauswertungen via Business Intelligence.

Eva Sprockamp ist freie Journalistin in Bad Wörishofen.

Erfolgsfaktoren genutzt

Cornelia Schweiger

Die bayerische Marktgemeinde Bruckmühl nutzt ein flächendeckend installiertes DMS und ein vollintegriertes Sitzungsmanagement mit direkt angeschlossenem RIS. Das sorgt für Nachhaltigkeit, eine effiziente Gremienarbeit und zukunftsweisende digitale Abläufe.

In der bayrischen Marktgemeinde Bruckmühl im Landkreis Rosenheim arbeitet die kommunale Verwaltung bereits zu circa 90 Prozent digital. In vielen Fachbereichen kommt die E-Akte vollumfänglich zum Einsatz. Neben der Unterstützung durch den Ersten Bürgermeister Richard Richter trugen Geschäftsleiter Rainer Weidner und das engagierte Team entscheidend zur digitalen Transformation bei.

Zur Umsetzung der verwaltungsweiten Digitalisierungsvorhaben verwendet der Markt Bruckmühl das Dokumenten-Management-System (DMS) des Anbieters comundus regisafe. Für die vollintegrierte DMS-Lösung regisafe hatte sich die Verwaltung bereits im Jahr 2012 entschieden. Aufgrund guter Erfahrungen sowie der Leistungs- und Integrationsfähigkeit des Systems wurden Erweiterungen systemimmanent vorgenommen. Heute dient das DMS als Basis der digitalen Prozesse. Da regisafe in fast allen Verwaltungsbereichen eingesetzt wird, profitieren rund 80 Mitarbeitende täglich von den vollständig digitalen Abläufen. Einige Nutzer agieren dabei als Multiplikatoren, die den Kollegen wertvolle Anwendungstipps vermitteln und das Wissen in Form interner Schulungen weiter ausbauen.



Verwaltung der Marktgemeinde Bruckmühl: zu 90 Prozent digital.

Eine zentrale Säule bei der Digitalisierung der Verwaltungsleistungen war die Einführung eines elektronischen Sitzungsdiensts mit direkt angeschlossenem Ratsinformationssystem (RIS). Im Oktober 2013 startete Bruckmühl mit der digitalen Gremienarbeit. Eine Entscheidung, von der drei Gremien – Marktausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss und Marktgemeinderat – mit 25 Gremienmitgliedern samt Bürgermeister nachhaltig profitieren. Die Vorzüge des Sitzungssystems sind vielfältig: Der Papierverbrauch ist erheblich gesunken, das einstige Ausfahren der Unterlagen per Pkw ist nicht mehr erforderlich, die Sitzungsvorbereitung erfolgt schneller und effizienter. Sachakten und Nie-

derschriften sind verknüpft, wodurch eine vollständige zentrale Bereitstellung und Dokumentation gewährleistet sind. Genehmigungs-Workflows laufen reibungslos, erforderliche Abstimmungen mit Bürgermeister Richard Richter erfolgen auf kurzem Wege. Da die Beschlüsse ebenfalls im System integriert sind, können Vorgänge problemlos nachvollzogen werden. Geschäftsleiter Rainer Weidner zieht daher eine positive Bilanz: „Mir ist keine vergleichbare Lösung bekannt, die so umfassend und vollintegriert ist.“

Mit Martina Neuhausen und Vera Mayer verfügt die Marktgemeinde über zwei Expertinnen, die das The-

ma vollständig betreuen. Sie haben die Formatierung und Struktur der Dokumente im Blick, verantworten Protokolle und Niederschriften. Gemeinsam mit dem Geschäftsleiter wachen sie zudem über die korrekte Abrechnung des Sitzungsgelds. Bei der täglichen Anwendung schöpft das Team die Möglichkeiten des Systems aus: „Da sich zusätzliche Unterlagen hochladen lassen, können wir unseren Ratsmitgliedern neben den Sitzungsdokumenten auch digitale Fachpresseartikel und Infobriefe mit Hintergrundinfos bereitstellen. Ein wichtiger Aspekt ist natürlich auch das Informieren interessierter Bürgerinnen und Bürger“, so Martina Neuhausen.

Die Digitalisierung in Bruckmühl beruht auf Faktoren, die digitalisie-

rungswillige Kommunen berücksichtigen sollten. Eine stabile Organisation, ein Zielbild und klar definierte Prozesse sind wichtige Voraussetzungen für eine reibungslose Implementierung. Empfehlenswert ist es, vollumfänglich innerhalb der aufgebauten Systemstrukturen zu arbeiten und dabei immer die Anwendungsfälle der einzelnen Verwaltungsteams im Blick zu behalten. Werden analoge Arbeiten sinnstiftend digitalisiert und ist der Mehrwert für die Beteiligten spürbar, steigt die Freude an der Digitalisierung im ganzen Team. Auch der persönliche Dialog mit dem Software-Anbieter, bei dem neben dem persönlichen Kundenberater auch ein allgemeines Support-Team sowie ein auf die digitale Gremienarbeit spezialisier-

tes Fach-Team vorhanden sind, führen in Bruckmühl zum Erfolg. Wichtig ist es zudem, das Verwaltungsteam für die digitale Verwaltung fit zu machen. Hier helfen wiederkehrende Schulungs- und Trainingsangebote. Last but not least gibt es aber bei aller Digitalisierung eine persönliche Komponente: Es braucht Multiplikatoren mit Begeisterung für Digitalisierungsthemen, um diese immer weiter auszubauen. Diese Erfolgsfaktoren hat Bruckmühl genutzt.

Cornelia Schweiger ist in der Verwaltung der Marktgemeinde Bruckmühl für die Themen E-Government, Registratur und Archiv zuständig. Sie administriert das DMS federführend, digitalisiert Prozesse und schult und berät Kollegen zu allen Fragen des DMS.

Anzeige



Der OZG-Adapter

Das Regelwerk für die Kommunikation zwischen den Online-Diensten und den Fachverfahren der Verwaltungen in Deutschland.



Digitales Fundament

Andreas Rothbauer

Mit der Einführung eines smarten Sitzungsmanagements schafft der bayerische Erholungsort Neureichenau die Grundlage für eine moderne Gremienarbeit.

Neureichenau im Bayerischen Wald ist nicht nur ein staatlich anerkannter Erholungsort, sondern auch die östlichste Gemeinde im Freistaat. Ländlich sind dort aber weder der Tourismus noch die Kommunalverwaltung: Mit der Einführung eines modernen Sitzungsmanagements arbeitet diese nun effizienter und nutzt dadurch erhebliche Einsparpotenziale.

„Wir suchten nach einem digitalen System, das unser Sitzungsmanagement intuitiver, komfortabler und vor allem effizienter gestalten sollte“, berichtet Kristina

Urmann, erste Bürgermeisterin der Gemeinde. Das Bielefelder Unternehmen Sternberg Software war der Verwaltung bis dahin kein Begriff. „Sternberg und das System SD.NET wurden uns aber von benachbarten Kommunen empfohlen. Wir haben uns SD.NET dann vor Ort näher angeschaut und waren vor allem vom intuitiven Aufbau des Systems und der smarten Oberfläche begeistert.“ Die Software ist bereits in zahlreichen deutschen und auch österreichischen Kommunen im Einsatz. Das System bietet Schnittstellen zu anderen Programmen und ist modular aufgebaut. Den Anwendern ermöglicht es, neben

vielen anderen Funktionen, die digitale Sitzungsvor- und -nachbereitung, die Abrechnung von Sitzungsgeldern und die Veröffentlichung von Beschlüssen. Als digitales Fundament moderner Gremienarbeit bietet SD.NET außerdem die sichere und unkomplizierte Vertei-



Erholungsort Neureichenau arbeitet digital.

lung wichtiger Daten an die jeweiligen Empfänger sowie die digitale Recherche, Bearbeitung und Veröffentlichung von Dokumenten. „Funktionen, die auch für unsere Gemeinde zahlreiche Vorteile haben. Und das nicht nur im Hinblick auf die enorme Zeitersparnis“, betont die Bürgermeisterin.

Papierstapel, Aktenberge und endlose Archive – mit der Einführung von SD.NET gehört dieser Anblick in Neureichenau der Vergangenheit an. Denn nun können Druckunterlagen wie Pläne, Angebote und ähnliche Dokumente digitalisiert und dem gewünschten Empfänger ohne Zeit-

verlust zur Verfügung gestellt werden. Wurden früher Sitzungspunkte zentral von einem Sachgebiet aufbereitet, ist es nun jedem Sachgebiet möglich, diese digital und eigenständig zu erstellen. Auch die Organisation der Sitzungsunterlagen gestaltet sich seither einfacher. So werden

zunächst die Beschlussvorlagen erstellt, bevor daraus die Einladungen und letztendlich die Tagesordnung generiert werden. Das spart Kosten und schont zugleich die Umwelt. Denn der Papierverbrauch ist nach wie vor einer der größten Kostentreiber in den Kommunen und zugleich wenig nachhaltig.

„SD.NET kann über die RICH-SitzungsApps unabhängig von Zeit und Ort verwendet werden“, erklärt die erste Bürgermeisterin Urmann. „Damit haben wir die Verwaltung sozusagen in der Tasche.“ Ob künftig weitere Module des Sitzungsdiensts genutzt oder Tablets für die Gremienmitglieder beschafft werden, ist noch nicht entschieden. Urmann: „Wir sind noch im Umstellungsprozess, werden aber von Sternberg über sinnvolle Neuerungen auf dem Laufenden gehalten.“

Andreas Rothbauer ist IT- und Datenschutzexperte bei der Gemeinde Neureichenau.

Einfacher Einstieg

Karola Dill

Seit Mai dieses Jahres arbeitet Brigitta Bode bei der Gemeinde Sulzbach im Taunus im Sitzungsdienst – der Erfahrungsbericht einer Quereinsteigerin.

Sulzbach (Taunus) ist eine südhessische Gemeinde im Main-Taunus-Kreis mit circa 9.200 Einwohnern. Seit Februar 2017 arbeitet die Gemeindeverwaltung mit dem Sitzungsmanagement-System more! rubin der Firma more! software.

Im Mai dieses Jahres trat Brigitta Bode ihre Stelle im Büro der Organe als Quereinsteigerin in der Verwaltung Sulzbach an. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sie hauptsächlich mit Ressourcenverwaltungs- und Arztpraxisverwaltungssystemen gearbeitet. Der Bereich Sitzungsdienst war ein völlig neues Aufgabengebiet.

Während einer laufenden Sitzungsrunde wurde Bode von ihrem Vorgesetzten in das System eingeführt. „Das Programm ist sehr logisch aufgebaut. Mit den entsprechenden Leitfäden arbeite ich mich von oben nach unten durch die einzelnen Punkte“, beschreibt Brigitta Bode ihre ersten Erfahrungen im Fachbereich Organisation und Personal der Gemeinde Sulzbach. „Sollten doch noch Unklarheiten bestehen, hat mir bisher immer ein Anruf bei der Hotline des Herstellers weitergeholfen. Als besonders positiv, möchte ich die gute Erreichbarkeit und Kompetenz der Hotline-Mitarbeiter hervorheben.“

Nach Ende der Sitzungsrunde und dem Sprung ins kalte Wasser wurde die Programm-schulung vom Hersteller nachgeholt. „In der bei uns in der Gemeinde Sulzbach vor einigen Wochen durchgeführten Schulung konnten noch einige unklare Punkte und weiterführende Fragen direkt mit dem Referenten der Firma more! unkompliziert geklärt werden“, erzählt Bode. „Natürlich lernt man durch eine intensivere Schulung noch viele kleine Tricks und Kniffe, die das Arbeiten mit einer Software noch einmal erleichtern. Der während der Schulung vermittelte Überblick über das gesamte System hat meinen ersten positiven Eindruck der Software bestätigt. Der logische Aufbau zieht sich durch alle Programmmodule und ermöglicht dem Anwender einen einfachen Einstieg ohne großen Schulungsaufwand.“

„Momentan läuft eine weitere Sitzungsrunde. Nach deren Abschluss planen wir, auch die Abrechnung der Sitzungsgelder über more!



Verständlicher Sitzungsdienst in Sulzbach im Taunus.

rubin vorzunehmen“, berichtet Bode über die in nächster Zukunft anstehenden Schritte. „Hier müssen nur noch technische Fragen zur Schnittstellenanbindung geklärt werden. Wir versprechen uns hiervon eine große Erleichterung der Abrechnung, da in den Stammdaten bereits die Teilnehmer und im Protokoll deren Anwesenheiten erfasst sind.“

Das persönliche Fazit von Brigitta Bode nach den ersten Monaten lautet, dass sie gern mit der Lösung arbeitet und mit jeder Wiederholung sicherer in der Anwendung wird. Insbesondere die einfache Bearbeitung des Programms hat ihr den Quereinstieg erleichtert.

Karola Dill ist Assistentin der Geschäftsleitung bei der more! software GmbH & Co. KG, Montabaur.

Antrag trifft Prozess

Magali C. Salzmann

Die Verbindung zwischen Prozess-Management und Antragsmanagement kann die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung beschleunigen. Die Unternehmen Picture und Form-Solutions entwickeln eine entsprechende Schnittstelle.

Alle Behörden sind bis Ende dieses Jahres durch das Onlinezugangsgesetz (OZG) angehalten, sämtliche relevanten Dienstleistungen über Verwaltungsportale auch digital anzubieten und diese Portale zu einem Verbund zu verknüpfen. Im Rahmen erster Modernisierungsvorhaben haben viele Verwaltungen bereits das Antragsmanagement zu bestimmten Leistungen digitalisiert. Leider schreitet die Umsetzung langsam bis schleppend voran. Woran liegt das?

Für die Umsetzung des OZG reicht die einfache Bereitstellung von Online-Formularen nicht aus. Medienbruchfreie Antragsprozesse durch die Kopplung von Fachverfahren, Dokumenten-Management-, Workflow- oder sonstigen Systemen und Portalen sind unvermeidlich. Ein erfolgreiches Antragsmanagement erfordert ein integriertes und nachhaltiges Gesamtkonzept. Hierfür ist eine intensive Betrachtung der Prozesse erforderlich.

Um Potenziale schnell sichtbar zu machen und die Einführung durchgängiger Prozesse zu beschleunigen, können Verwaltungen übersichtliche Prozessbeschreibungen mittels der PICTURE-Methode nutzen. Dabei handelt es sich um

eine Vorgehensweise und Beschreibungssprache zur Dokumentation und Modellierung von Geschäftsprozessen in der öffentlichen Verwaltung. Die Methode zeichnet sich durch eine Bildsprache aus und verwendet fachliche Bausteine zur abschließenden Beschreibung von Verwaltungsprozessen. Sie wurde speziell für das Prozess-Management in der öffentlichen Verwaltung entwickelt und kann dort alternativ zu den allgemeinen Modellierungssprachen zum Einsatz kommen. Sie ist die am weitesten verbreitete Prozessmodellierungsmethode für den öffentlichen Sektor in Deutschland.

Die 24 Prozessbausteine sind das zentrale Element der PICTURE-Methode. Ein einzelner Baustein stellt eine in vielen Verwaltungsprozessen wiederkehrende Aufgabe und Tätigkeit dar, beispielsweise „Daten in EDV übernehmen“ oder „Dokument weiterleiten“. Die Bezeichnung der Bausteine imitiert dabei die Begriffswelt der Verwaltungsdomäne.

Charakteristisch für einen Prozessbaustein ist, dass er eine fachliche Aufgabe beschreibt. Die fachliche Durchführung und damit die Tätigkeit wird durch weitere Angaben – in Form von Attributen – er-

läutert. Je nach Zielsetzung des jeweiligen Modellierungsprojekts können diese Attribute angepasst werden. Das Abstraktionsniveau der Bausteine ist so gewählt, dass sich durch deren Kombination grundsätzlich jeder Verwaltungsprozess auf einer fachlichen Ebene beschreiben lässt (Lego-Prinzip). Zudem besitzen die Prozessbausteine durch ihren engen fachlichen Bezug, ihre Benennung und Beschreibung eine für Fachkräfte der öffentlichen Verwaltung verständliche Bedeutung.

Die Prozessbausteine sind in fünf Kategorien (inhaltliche Verwaltungsarbeit, Verschriftlichung/Dokumentation, Medienwechsel, Informationsbeschaffung/Koordination und Informationsflüsse) unterteilt, welche die Bedeutung der enthaltenen Bausteine durch farbliche Markierungen unterstreichen.

Ein innovatives Antragsmanagement in Form von interaktiven Formularen ermöglicht eine Automatisierung des Antragsprozesses, minimiert Aufwände und verkürzt Bearbeitungszeiten. Bürgerinnen und Bürger können ihre Anliegen online bearbeiten und sind – ganz im Sinne des OZG – nicht auf die Öffnungszeiten der Verwaltung angewiesen. Durch gezielte Fragen findet das

interaktive Formular heraus, welche Angaben die Antragstellenden in ihrer individuellen Situation benötigen. Nach vollständigem Ausfüllen kann der Antrag direkt eingereicht werden. Wenn dafür Gebühren anfallen, wird per E-Payment-Schnittstelle ein Bezahlsystemanbieter an den Antragsprozess angeschlossen. So erscheint der ausgefüllte Antrag nach erfolgreicher elektronischer Bezahlung direkt im Fachverfahren der zuständigen Sachbearbeitenden in der Verwaltung. Die Vorteile eines interaktiven Formulars liegen auf der Hand: Es ist keine persönliche Anwesenheit erforderlich, der Kassenprozess inklusive der zeitlichen Unterbrechung entfällt ebenso wie der Mitarbeiterwechsel innerhalb des Antragsprozesses bei der Behörde.

Picture ist ein mittelständisches, inhabergeführtes und unabhängiges Unternehmen mit Sitz in Münster, das sich mit einem Team aus 47 Branchen- und Methodenexperten und einem umfangreichen Lösungsportfolio auf Organisationsgestaltung und Prozess-Management im öffentlichen Sektor spezialisiert hat. Die Firma Form-Solutions liefert seit über 20 Jahren Online-Dienste, die für alle Behörden einfach multiplizierbar sind. Über 5.000 Online-Dienste sind bereits anhand der gesetzlichen Vorgaben von Bund und Ländern sowie in enger Zusammenarbeit mit Verwaltungen entstanden. Damit bietet Form-Solutions abgestimmte Dienste an, die auch in anderen Behörden ohne Aufwand zum Einsatz kommen können. Picture und Form-Solutions entwickeln nun eine Schnittstelle zwischen beiden Produkten. Dadurch soll es Nutzerinnen und Nutzern beider Lösungen künftig

möglich sein, zusätzliche Synergien in der Optimierung ihrer Prozesse zu heben.

In den von den Verwaltungsmitarbeitenden ausgearbeiteten einzelnen Prozessschritten können die einschlägigen Online-Dienstvorlagen direkt angezeigt werden. So sind die Kommunikationsauslöser im Prozessdesign unmittelbar einsehbar. Im Ergebnis erhält die Verwaltung direkt Vorschläge für die Beschleunigung der Bearbeitungs-

prozesse und individuell anpassbare Online-Dienste, die bei Bedarf auch mit Infrastrukturschnittstellen wie E-Payment, Authentifizierung, Anbindung Fachverfahren/DMS oder Portalverbund ausgestattet werden können.

Im November 2022 soll diese in einer ersten Ausbaustufe für interessierte Kunden verfügbar sein.

Magali C. Salzmann ist Marketingmanagerin bei der Form-Solutions GmbH.

Anzeige



LEADING EMPLOYER
DEUTSCHLAND 2022
EXCLUSIVELY AWARDED TO THE COUNTRY'S TOP 1%
OPTIMAL SYSTEMS
A KYOCERA GROUP COMPANY

Dokumente in einem intelligenten System verarbeiten? Wir machen das schon.

Dokumentenmanagement mit enaio® sorgt für effiziente Prozesse in Ihrer Verwaltung. Eine an KI angelehnte praxistaugliche Erfassungskomponente ist Ihre bedarfsgerechte und automatisierte Lösung für optimierte Arbeitsworkflows. Profitieren Sie so bei der Verarbeitung Ihres allgemeinen Posteingangs von erheblichen Kostensenkungen, Zeiteinsparungen und Qualitätssteigerungen.

Digitalisierung. Wir machen das schon.

optimal-systems.de/hannover Software für Macher.

Rolle der Melderegister

Stephan Hauber

Die Einbeziehung des Bürgers über Online-Technologien, die Registermodernisierung und das Once-Only-Prinzip sind die nächsten Digitalisierungsschritte im Meldewesen. Perspektivisch könnte die Meldebehörde zur Vermittlungsstelle der Verwaltung werden.

Per Melderegister können Identität und Aufenthalt der Bürger nachgewiesen werden. Relevant ist dies beispielsweise für die Zustellung von Wahlunterlagen. Geführt werden die Register von den Meldebehörden der Städte und Gemeinden. Im Rahmen rechtlicher Festlegungen werden die Daten aus den Registern zur Beauskunftung herangezogen. Die Bürger wiederum unterliegen einer Meldepflicht, wenn es Veränderungen in den relevanten Lebensbereichen gibt. Damit liegt der aktuelle Aufenthalt eines Bürgers im behördlichen Register vor und dessen physische Erreichbarkeit ist gewährleistet.

Auch der Nachweis der physischen Identität mittels Personalausweis wird mithilfe der Daten des Melderegisters von den Pass- und Ausweisbehörden organisiert. Die Prozesse zur Führung des Melderegisters sind durchgängig automatisiert und digitalisiert. Der notwendige Datenaustausch zwischen den circa 5.000 Registern wird ebenfalls komplett automatisiert realisiert. Grundlage ist eine weitreichende Standardisierung der einzelnen Vorgangsdaten und Transportwege. Mit Fug und Recht kann behauptet werden, dass XMeld als Standard im Bereich des Meldewesens Ausgangspunkt für eine ganze Reihe

weiterer Fachstandards war. Ob diese Art der Standards in die nächste Etappe der Digitalisierung führt, sei an dieser Stelle offengelassen. Es liegt aber die Vermutung nahe, dass Innovation auch im Bereich der Standardisierung erforderlich ist.

Doch was sind die nächsten Etappen bei der Digitalisierung des Meldewesens? Zum einen ist das die direkte Einbeziehung des Bürgers über Online-Technologien, zum anderen die datenschutzrechtlich unterlegte, engere Kommunikation mit anderen Registern (Stichwort Registermodernisierung und Once-Only-Prinzip). Offen ist noch, welche Rolle die Melderegister künftig im Bereich der digitalen Identitäten spielen. Mit dem Ausweis halten wir eine technisch hochwertige Lösung in den Händen, die aufgrund organisatorischer Schwächen aber auch nach zehn Jahren nicht die notwendige Reichweite erzielt. Mit den Beschlüssen der Bundesregierung im Rahmen der Klausurtagung in Meseberg ist das Thema der digitalen Identitäten nochmals priorisiert worden; vielfältige Projekte sind in Arbeit. Allerdings wird häufig übersehen, dass es keine wirkliche, belastbare digitale Identität geben kann, wenn diese nicht unmittelbar an die physische Identität

angebunden ist. Erfolgt diese Anbindung nicht, handelt es sich lediglich um einen Account, der für viele Anwendungen ausreichend ist. Wird jedoch ein wirklicher Nachweis benötigt, wer hinter der digitalen Identität steht, führt kein Weg an der behördlich verbrieften physischen Identität des Bürgers in den Melderegistern vorbei.

Doch kehren wir zurück zu den Kernpunkten der nächsten Etappe der Digitalisierung der Meldebehörden – die Online-Einbeziehung der Bürger. Hier ist anzumerken, dass sowohl der digitale Austausch vom Bürger zur Verwaltung als auch von der Verwaltung zum Bürger bedacht werden muss.

Erfüllt der Bürger seine Meldepflichten online, so muss seitens der Meldebehörde oder bei vollautomatisierter Verarbeitung seitens des Melderegisters absolut klar sein, wer aufseiten des Bürgers tatsächlich seinen Willen erklärt. Dieser Fakt gilt für alle Bürgerservices in anderen Fachbereichen. Das naheliegendste Instrument ist der Personalausweis. Sollen andere digitale Identitätsmethoden zusätzlich zur Anwendung kommen, so müssen diese zumindest initial mit der physischen Identität verbunden werden. Eine von dem Unterneh-

men HSH auf der Basis internationaler Standards entwickelte und praktisch auf jedem Smartphone, Tablet und Laptop einsetzbare Identifikationsmethode ist die Einrichtung eines so genannten geheimen Passkeys. Das ist ein asymmetrischer Schlüssel, dessen nicht-geheimeres Gegenstück an das Melderegister angebunden in der Behörde liegt. Mit dem Passkey und einem weiteren verknüpften Merkmal (Zwei-Wege-Authentifizierung) können die Identitätsdaten jederzeit aus den Melderegistern, von der Meldebehörde bestätigt, abgerufen werden, um dann vom Besitzer der Daten entsprechend dem Grundgedanken von Self-Sovereign-Identity an Dritte weitergegeben zu werden. Somit verfügt der Bürger zu jedem Zeitpunkt frei über behördlich legitimierte Identitätsdaten.

Damit ist die Kommunikation vom Bürger zur Verwaltung gesichert. Der entgegengesetzte Weg kann zurzeit nicht beschritten werden. Ein Rückweg über die Postkörbe der Servicekonten ist aus mehreren Gründen nicht möglich. An

keiner Stelle in der Verwaltung sind digitale Erreichbarkeitsdaten der Bürger gespeichert und ein Postkorb ist auch nicht zwingend des Bürgers erste Wahl. Die Postkorbnutzung ist nur dann möglich, wenn ein Bürger vorab einen Verwaltungsvorgang initiiert hat. Will die Verwaltung eine aktive Bürgerkommunikation garantieren, so muss eine dauerhafte digitale Erreichbarkeit, wie die physische Erreichbarkeit über die Adresse, ermöglicht werden. Eine digitale Erreichbarkeit nach den heute gültigen Regeln ist nur fallbezogen zulässig und muss danach gelöscht werden.

Zieht man die Registermodernisierung als drittes Merkmal der nächsten Digitalisierungsetappe in Betracht, könnte sich die Meldebehörde zur Vermittlungsstelle der Verwaltung entwickeln – zumindest für die Kommunikation mit natürlichen Personen. Für juristische Personen könnte dies das Gewerbeamt sein. Somit muss nicht jeder Fachbereich das Thema digitale Identität und Erreichbarkeit zum eigenen Gegenstand machen. Vielmehr ge-

nügt eine Information des Bürgers, um eine Kette an Folgeprozessen in der Verwaltung auszulösen. Da aber jede Verwaltungsaktion mit natürlichen (juristischen) Personen unterlegt ist, sei es als Betroffener oder Angestellter, ist es sinnvoll, über die Personenidentität und somit das Melderegister die Authentizität abzusichern.

Eine solche Herangehensweise zeigt, dass es bei der Digitalisierung nicht allein um den Ist-Zustand gehen muss. Vielmehr generiert die digitale Transformation neue vorteilhafte Prozesse, nutzt diese zum Vorteil der inhaltlichen Aufgabenstellung und setzt sie digital um. Verschiedene Verwaltungsbereiche und -ebenen müssen künftig interagieren, um ein Bürgeranliegen schnell, effizient und umfassend zu bearbeiten.

Stephan Hauber ist Geschäftsführer der HSH Soft- und Hardware Vertriebs GmbH und Vorstandsvorsitzender des DATABUND, Verband der mittelständischen IT-Dienstleister und Software-Hersteller für den öffentlichen Sektor e. V.

Anzeige

Unsere Mission:

WIR SCHAFFEN DIE BASIS FÜR DIE RASCHERE DIGITALISIERUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS VON MORGEN.

Infra fibre Germany

- beschleunigt den Übergang zur Glasfaser
- baut flächendeckend aus
- kombiniert Privatwirtschaft mit Förderung
- kooperiert mit Kommunen und Landkreisen
- setzt auf starke lokale Partnerschaften
- investiert in flexible Beteiligungen
- denkt und handelt nachhaltig und ökologisch

mail@infra fibre.de | www.infra fibre.de

Infra fibre Germany GmbH | Konrad-Zuse-Str. 1 | 85716 Unterschleißheim

II INFRAFIBRE
GERMANY



Authentisch kommunizieren

Sarah Peters

Um mit ihren Informationen auch solche Zielgruppen zu erreichen, die klassische Medien eher nicht nutzen, setzt die Stadt Köln voll auf Social Media – unter anderem mit dem preisgekrönten Format „Wat is?“ auf dem städtischen Instagram-Kanal.

Kommunale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist eine Pflichtaufgabe und leitet sich aus dem Demokratieprinzip des Grundgesetzes ab. Um ihre Bürger zu informieren, wird die Stadt Köln auch in Zukunft Pressekonferenzen organisieren, Pressemitteilungen verschicken und hoffen, dass die Redaktionen von Zeitung, Radio und Co. diese aufgreifen. Doch lassen sich die Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2022 in der breiten Masse über diese Kanäle erreichen? Das hat sich die Stadt Köln gefragt und sich schon vor rund neun Jahren entschieden, sich auf den – zugegebenermaßen umstrittenen – Weg ins Social Web zu machen. In der Überzeugung, so ihrem Informationsauftrag im Jahr 2022 noch besser gerecht zu werden.

Einer der Vorteile: Die Stadt entscheidet selbst, welche kleine Meldung aus der Verwaltung sie über ihre Kanäle nach außen sendet. Sie steuert die Botschaft, den Zeitpunkt der Veröffentlichung, den Kontext der Nachricht, den Kanal sowie den Umfang. So gelingt es, die manchmal etwas sperrige Verwaltung in verständlicher (Bild-) Sprache zu kommunizieren. Vor allem aber erreicht Köln in den sozialen Medien Zielgruppen, die keine

traditionellen Medien mehr konsumieren – oder es vielleicht noch nie getan haben: Potenziell erreicht die Stadtverwaltung über ihre Social-Media-Kanäle mehr als 500.000 Kölnerinnen und Kölner.

Seit rund drei Jahren betreibt das zuständige Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Social-Media-Kanäle der Stadt Köln strategisch. Zuvor wurden diese eher nebenbei gepflegt, was man ihnen auch anmerkte: Sie waren das, was man heute als Linkschleuder bezeichnet, weder zielgruppen- noch kanalgerecht. Seit Oktober 2019 lebt das Presseamt nun das Prinzip des Newsrooms – dabei handelt es sich nicht um ein geschäftiges Großraumbüro mit vielen Monitoren an der Wand, über die Ticker-Meldungen flackern, sondern vielmehr ein gedankliches Konstrukt, in dem Kommunikatoren und Informationen der Verwaltung zusammengeführt werden. Dabei wird jeweils themenbezogen und zielgruppenorientiert gedacht und dann über die passenden Kanäle ent-



Dreharbeiten für die Kölner Instagram-Serie „Wat is?“.

schieden. Eine Botschaft soll jeweils so vermittelt werden, wie die Rezipienten sie am besten aufnehmen können – egal ob digital oder analog. Die Stadt verfolgt damit das Ziel, proaktiv zu kommunizieren und nicht jeden Kanal unabhängig nebeneinanderher laufen zu lassen. Oft sind es die gleichen oder zumindest sehr ähnliche Themen, die Pressestelle und Social Media beschäftigen, sodass Synergien genutzt werden können. Themen aus der Stadtgesellschaft entwickeln sich häufig zuerst in den sozialen Netzwerken und entfalten dort eine gewisse Reichweite, bevor sie von den Lokalredaktionen aufgenommen werden. Andersherum können Medienanfragen ein guter Indikator für ein öffentliches Informationsbedürfnis darstellen. Beide Kanäle stehen im Newsroom der Stadt

Köln gleichberechtigt nebeneinander und agieren auf Augenhöhe.

Social Media ist dabei keine kommunikative Einbahnstraße. Die Nutzenden diskutieren unter den städtischen Posts, stellen Fragen und erwarten eine zeitnahe Rückmeldung. Das macht sich die Stadt zunutze und sucht etwa gerade bei potenziell schwierigen Themen den Dialog in den sozialen Medien. Besonders auf Instagram trifft sie dabei auf eine Zielgruppe, die sich über klassische Pressearbeit kaum mehr erreichen lässt. Die Stadt nutzt daher bevorzugt die Möglichkeiten, welche die jeweiligen Netzwerke bereitstellen und in der Auspielung bevorzugen: zum Beispiel regelmäßige „Lives“ mit Expertinnen und Experten aus der Stadtverwaltung. So etwa mit dem Leiter des Gesundheitsamts, der Fragen rund um die Corona-Pandemie beantwortet, oder dem Team des Fahrradbeauftragten, das seine neuen Maßnahmen vorstellt. Im Vorfeld werden Fragen aus der Community eingeholt und an die betreffende Dienststelle weitergeleitet. Diese

strukturierte Vorbereitung nimmt den Verwaltungsmitarbeitenden die Scheu, die neuen Wege der Behördenkommunikation mitzugehen. Im Gespräch selbst stellen Nutzende Fragen, auf die spontan reagiert wird. Sollte eine Fachantwort weitere Recherche oder Rückmeldung aus der Verwaltung bedürfen, können Fragen auch im Nachgang schriftlich auf den Kanälen beantwortet werden. Das bedeutet für das Presseamt: schnell produzierter, zielgruppengerechter Content, der die Verwaltung greifbarer und authentischer macht und ihr ein Gesicht gibt.

Als Corporate Influencerin der Stadt Köln dient am ehesten „Sabine“ aus dem Bürgerbüro. Sie ist die sympathische und authentische Protagonistin, der im September 2020 auf dem städtischen Instagram-Kanal gestarteten Serie „Wat is?“. Mit dem preisgekrönten Format greift die Stadt aktuelle Themen aus der Verwaltung auf und bringt sie der vornehmlich jungen Zielgruppe in zwei- bis vierminütigen Videoclips näher. In mittlerwei-

le 13 Episoden hat Sabine beispielsweise aktuelle Bauprojekte erklärt, einen Einblick in den Krisenstab gegeben oder während des Lockdowns mit Gastronomen über deren Ängste und Nöte gesprochen. Was Sabine so authentisch macht? Sie arbeitet wirklich im Bürgerbüro und beantwortet dort Fragen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. Für das Social Media Team stand daher schnell fest, dass sie das neue Format für den Kanal Instagram präsentieren sollte. Sabine, die eigentlich Claudia heißt, wusste dabei zu Beginn noch gar nicht, was Instagram überhaupt ist. Dank ihrer offenen und authentischen Art kann die Stadt mit ihr auch ernste Themen aufgreifen. „Wat is?“ fügt sich also sehr gut in die Kölner Kommunikationsstrategie ein. Zwar wirkt das Format durch die humorvollen Anteile sehr unterhaltsam und weniger behördlich, doch erfüllt die Stadt auch damit ihren Informationsauftrag.

Sarah Peters ist Mitarbeiterin des Amts für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Köln.

Anzeige



Gestern: Warten ...

Per Klick zum Kita-Platz

Juliane Engelmann

Mit der Digitalisierung der Kita-Platz-Anmeldung, -Vergabe und -Organisation hat die Stadt Bensheim nicht nur Eltern das Leben erleichtert, Verwaltung und Kita-Leitungen profitieren ebenso. Zum Einsatz kommt die Gesamtlösung von Anbieter Little Bird.

Die Stadt Bensheim hat die Kita-Platz-Anmeldung, -Vergabe und -Organisation digitalisiert und sich dabei nach einer Ausschreibung für die Gesamtlösung von Anbieter Little Bird entschieden – eine Lösung, die den OZG-Reifegrad 3 erfüllt. Um diese Verwaltungsaufgabe erfolgreich zu digitalisieren, muss vieles bedacht werden: Die Abläufe sind komplex, die Informationen erfordern einen stetigen Abgleich und beim Umgang mit persönlichen Angaben muss ein Höchstmaß an Datenschutz gegeben sein. Zudem sind mit Eltern, Mitarbeitenden der Kommune und Kita-Leitungen Nutzergruppen mit unterschiedlichen Anforderungen beteiligt. In Bensheim bedeutet das konkret, dass 37 Einrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft und rund 2.500 Kinderbetreuungsplätze zu verwalten sind.

Eine erfolgreiche Digitalisierung sorgt aber auch für ein Maß an Übersicht, Transparenz und Effizienz, das auf herkömmlichem Weg nicht erreichbar ist. „Durch die Einführung von Little Bird in Bensheim wurde die Vergabe von Kita-Plätzen deutlich vereinfacht und effizienter gestaltet. Eltern haben durch unser persönlich gestaltetes Elternportal die Möglichkeit, alle

Einrichtungsinformationen auf einen Blick einzusehen und sich jederzeit anzumelden. Kita-Leitungen schätzen den strukturierten und selbsterklärenden Aufbau von Little Bird“, weiß Armin Zeißler aus der täglichen Praxis als Leiter des Eigenbetriebs Kinderbetreuung in Bensheim.

Die Lösung von Little Bird umfasst drei zentrale Anwendungen: das Online-Portal, mit dem Eltern ganz einfach passende Betreuungsangebote finden und ihr Kind anmelden können. Die Verwaltungssoftware für die Kommune und die Betreuungseinrichtungen, welche die Platzvergabe digital abbildet, alle Akteure vernetzt, tagesaktuelle Planungsklarheit bringt und die Arbeit auf allen Ebenen erleichtert. Und schließlich die Kita-App, die Kitas und andere Betreuungsanbieter bei der Kommunikation mit den Eltern und der Gruppenarbeit entlastet. Little Bird bietet darüber hinaus zahlreiche Module, mit denen Kommunen den Funktionsumfang ihrer Lösung nach Bedarf erweitern können – etwa im Hinblick auf die Beitragsabrechnung, die Anbindung an das OZG-Bürgerkonto oder die Einbindung weiterer Betreuungsformen, wie beispielsweise die Nachmittagsbetreuung von Grundschulkin-



Bensheim profitiert vom Elternportal.

dern. Alle Anwendungen sind dabei einfach zu bedienen und bieten DSGVO-konforme Datensicherheit. Wichtig für die Akzeptanz bei allen Betreuungseinrichtungen: Little Bird stellt zahlreiche Schnittstellen zu bereits vorhandener Kita-Software bereit.

Neben der technischen Qualität und Leistungsfähigkeit der Software sind bei Digitalisierungen dieses Umfangs immer auch menschliche Faktoren erfolgsentscheidend. Denn nur, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen, wird die neue Lösung gut angenommen. In Bensheim wurden von Anfang an alle Kitas mit ins Boot geholt. Mitarbeitende der städtischen Einrichtung-

gen übernehmen die Koordination des Gesamtprojekts. Zu den menschlichen Faktoren zählt auch die Qualität der Unterstützung durch den Dienstleister – bei der Implementierung, den Anwenderschulungen und insbesondere während des laufenden Betriebs. „Für die Verwaltung ist das Programm eine große Arbeitserleichterung, vor allem der persönliche Support und die Unterstützung durch Little Bird müssen hervorgehoben werden“, sagt Armin Zeißler.

Das Projekt in Bensheim startete im Mai 2020 mit mehrtägigen Arbeitstreffen. Auf der Agenda standen zunächst die ausführliche Einführung in die zahlreichen Möglichkeiten, die Little Bird bietet, und eine detaillierte Definition der für Bensheim optimalen Konfiguration. Anschließend wurde das System gemeinsam mit den Mitarbeitenden der Stadt eingerichtet. „Die gemeinsame Ersteinrichtung ist ein hervorragender Einstieg. Die Nutzerinnen und Nutzer in der Verwaltung erfahren so, wie das System strukturiert ist, und lernen gleich, es prak-

tisch anzuwenden“, erläutert Patrick Wittstock, Leiter des Projektteams bei Little Bird.

Die einfache Bedienbarkeit ermöglicht es, die Lösung von Little Bird bereits nach den Einführungs-treffen in den internen Produktivmodus zu setzen. So können alle Betreuungsanbieter ihre Bestandsdaten frühzeitig einpflegen und werden per Learning by Doing in der alltäglichen Anwendung geschult. Sechs Monate nach Projektbeginn hat Bensheim sein Elternportal live geschaltet. Für Aufmerksamkeit bei den Bürgerinnen und Bürgern sorgte die begleitende Pressearbeit.

Inzwischen hat die hessische Kommune die modulare Lösung von Little Bird erweitert. „Nachdem auch die Tagespflegen in das Elternportal eingebunden wurden, wird die Stadt Bensheim im nächsten Schritt das zusätzliche Abrechnungsmodul einführen“, sagt Armin Zeißler, Leiter des Eigenbetriebs Kinderbetreuung. Mit diesem Modul lassen sich Elternbeiträge

nicht nur einfach berechnen und verwalten, auch die Generierung der Bescheide, der Druck der Dokumente und die Übergabe der Daten an das jeweilige Kassensystem erfolgen weitgehend automatisch.

„Die Zusammenarbeit mit Bensheim war und ist beispielhaft. Das partnerschaftliche Miteinander, bei dem beide Seiten um ihre Aufgaben wissen, trägt ebenso zum Erfolg bei wie die Leistungsfähigkeit der Lösung. Es ist immer wieder eine große Freude, zu wissen, dass Little Bird Eltern und Mitarbeitern echte Entlastung bringt“, sagt Geschäftsführerin Anke Odrig. Sie hatte Little Bird 2009 gegründet, weil sie selbst erfahren musste, wie kompliziert der Weg zu einem Betreuungsplatz für das eigene Kind sein kann. Die Little-Bird-Software wird stetig weiterentwickelt: Aktuell kommen Module für die Dienstplanung und die digitale Organisation von Ferienbetreuungsangeboten hinzu.

Juliane Engelmann ist Team-Leiterin Service & Qualitätsmanagement bei der Little Bird GmbH.

Anzeige



TeVIS [suite]

Kommunix
Software für Kommunen

Heute: Besucherleitsystem!

Smarte Mobilität

Felix Schuster

Eichenzell will zur Förderung alternativer Mobilitätsformen beitragen. Das Pilotprojekt zur modularen Mobilität setzt EDAG Production Solutions gemeinsam mit Partnern um.

Die erfolgreiche Teilnahme der Gemeinde Eichenzell am Förderprogramm „Smart cities made in Germany“ hat gezeigt, dass die Umsetzung von Mobilitätsstationen zur Förderung alternativer Mobilitätsformen beitragen kann – sowohl für innovative Logistik- als auch Transportaufgaben auf dem Land. Im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung konnte EDAG Production Solutions (EDAG PS) überzeugen. Dirk Keller, Geschäftsführer bei EDAG PS, sagt: „Dass wir Mobilität neu denken, haben wir mit Lösungen und Technologien bereits eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Jetzt freuen wir uns auf die Zusammenarbeit, bei der wir auf unser starkes Netzwerk hessischer Unternehmen setzen.“

EDAG PS ist übergeordnet verantwortlich für das Projekt-Management, die Beteiligungsformate für Bürgerinnen und Bürger, das IT-Konzept sowie für den EU-weiten Technologie-Benchmark und das energetische Konzept. Das Design wird von unit-design aus Frankfurt und den netzwerkarchitekten aus Darmstadt entwickelt. Das Besondere an dem Projekt ist das Zusammenspiel zwischen Design, Architektur, IT-Entwicklung, Mobilitätsentwicklung sowie Energieexpertise in einer frühen Kon-

zeptphase. Darüber hinaus werden die Ergebnisse aus Eichenzell im Rahmen eines Übertragbarkeitskonzepts weiteren Kommunen zur Verfügung gestellt.

An ausgewählten Verkehrsknotenpunkten in der hessischen Gemeinde wird ein flexibles Baukastensystem entwickelt, das je nach Standort unterschiedliche Logistik- und Mobilitätsangebote beinhaltet. Eine Mobilitätsstation kombiniert verschiedene Arten von Mobilität, darunter den öffentlichen Nahverkehr mit weiteren Verkehrsteilnehmenden wie Fußverkehr oder fahrradfahrende Personen. Das Konzept für Mobilitätsstationen wird verschiedenste Funktionen abdecken: von Ticketautomaten, Fahrgastinformationen, On-Demand-Services und Car-Sharing-Fahrzeugen über Fahrradabstellplätze, Leihfahrräder, Schließfächer sowie Elektro-Ladestationen sowohl für Fahrräder als auch für Autos. Auch Pedelecs, E-Scooter und E-Lastenräder werden bedarfsgerecht mit weiteren Angeboten wie zum Beispiel Packstationen kombiniert. Perspektivisch ist geplant, solche modularen Stationen in allen Ortsteilen der Großgemeinde zu errichten, stets am konkreten Bedarf des jeweiligen Ortes orientiert.

Für die Konzeption der Mobilitätsstationen und Interaktionsräu-

me spielen auch die Ergebnisse aus der Mobilitätsumfrage von Eichenzell eine Rolle. Im Projekt-Kick-off haben sich die Teilnehmenden zunächst einen Überblick über die ausgewählten Standorte verschafft, um ein zukunftsweisendes Konzept für eine bauliche Umsetzung zu erarbeiten. Dieses soll sich vollständig in das Landschaftsbild der Gemeinde integrieren.

Der Bürgermeister der Gemeinde Eichenzell, Johannes Rothmund, betont: „Wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern Mobilitätslösungen anbieten, die Spaß machen, nachhaltig und smart sind. Zusammen mit EDAG PS nehmen wir in Deutschland eine Vorreiterrolle für Mobilitätsstationen im ländlichen Raum ein. Das fertige Konzept ist für uns allerdings nicht nur zum Selbstzweck gedacht – wir stellen dieses nach Fertigstellung allen Städten und Gemeinden im Landkreis zur Verfügung, damit wir gemeinsam voneinander lernen und Mobilitätslösungen schaffen, die zum Mitmachen anregen.“ Das Konzept soll im Laufe des kommenden Jahres fertiggestellt und dann der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Felix Schuster ist Head of Marketing & Communications der EDAG Engineering GmbH.

Mehr Sicherheit für das Digitale Ich

Governikus sorgt für den Umgang mit sicheren elektronischen Identitäten

Das Bundeslagebild Cybercrime 2020, veröffentlicht vom Bundeskriminalamt im Mai des vergangenen Jahres, spricht eine deutliche Sprache: mit wachsender Digitalisierung hat sich eine Underground Economy hervorgetan und Cybercrime-as-a-Service hat einen enormen Stellenwert eingenommen. Beliebte Handelsware: Digitale Identitäten! Aktuell zählt beispielsweise das Hasso-Plattner-Institut 12.769.188.186 kompromittierte Accounts insgesamt und 1.616.604 geleakte Accounts pro Tag. Diese Identitäten können der Ursprung für weitere Straftaten sein.

Der Schutzbedarf steigt

Wir bei Governikus beschäftigen uns seit vielen Jahren mit sicheren elektronischen Identitäten. Sie sind die Basis verbindlicher und schützenswerter Kommunikation – ob als Zugang zu Kommunikationsinfrastrukturen oder als Zugang zu Portalen.

Durch die zunehmende Vernetzung der digitalen Welt steigt der Schutzbedarf der IT-Systeme bei Behörden, öffentlichen Verwaltungen, Organisationen des Gesundheitswesens, Finanzinstituten und Unternehmen. Folglich wird dadurch die sichere Identifikation im Netz zu einer zentralen Herausforderung bei sämtlichen Digitalisierungsvorhaben. Je nach Bedarf und Anforderung an verlässlichem und vertrauenswürdigem Handeln unterscheidet sich das „digitale Ich“, das zudem meist mit unterschiedlichen persönlichen Daten gekoppelt ist. Vor diesem Hintergrund ist es uner-

lässlich, die Entwicklung und Festigung von Vertrauen in die jeweiligen IT-Infrastrukturen langfristig zu ermöglichen und so Vertrauen aufzubauen. Sichere digitale Identitäten bilden die Grundlage dafür.

Vielfalt als zentrale Herausforderung

In der digitalen Welt ist der Nachweis einer Identität sehr komplex: Durch die nicht physische Anwesenheit einer Person wird das Ausweisen und persönliche Identifizieren schnell zu einem Hürdenlauf. Sichere digitale Identitäten bieten hier die Möglichkeit zu überprüfen, ob eine Identität mit der in der realen Welt übereinstimmt. Denn durch die zunehmende Cyberkriminalität nehmen einerseits die Angst bei Bürgerinnen und Bürgern vor Identitätsdiebstahl andererseits die daraus entstehenden wirtschaftlichen Schäden zu.

Sichere digitale Identitäten mit verschiedenen Merkmalen und entsprechenden Vertrauensniveaus sind daher unerlässlich. Die Governikus eID-Lösungen sichern hierfür den Umgang mit verschiedenen Identitätstoken: vom Online-Ausweis über eIDAS-notifizierte Systeme unserer europäischen Nachbarn bis hin zum Umgang mit Identitäten sogenannter Identitätsprovider. Im Kontext Registerdatenaustausch ist die Zustimmung zu diesem ein elementares Element – damit Bürger:innen das Recht zur informationellen Selbstbestimmung einerseits ausführen, andererseits aber aus Usability-Gesichtspunkten

der Austausch von Daten „Behörde-zu-Behörde“ ermöglicht wird.

Nutzerfreundlichkeit

Nutzerfreundlichkeit bedeutet im Regelfall auch, einen „Multi“-Ansatz anzubieten und die Nutzer:innen entscheiden zu lassen, mit welchem eID-Mittel ihrer Wahl sie sich authentisieren wollen; weil sie diesem entweder vertrauen oder weil sie im Umgang damit vertraut sind. Denken Sie an Ihre eigenen Online-Shopping-Erfahrungen: Sie können in den meisten Fällen entscheiden, womit Sie sich einloggen und bei jedem Kauf selbst entscheiden, wie Sie bezahlen möchten. Diese Erwartungshaltung haben Nutzer:innen heutzutage auch im Kontext der Verwaltung, bei Ihrer Krankenkasse etc. Um mit der Einbindung unterschiedlicher eIDs in die eigene Infrastruktur nicht unterschiedliche Schnittstellen bedienen zu müssen, kann diese Aufgabe von einem sog. Authentisierungsbroker übernommen werden. Dies bedeutet: Sie binden ein Modul ein, die Anbindung an die verschiedenen eID-Systeme übernimmt zentral der Broker.

Sie wollen mehr über aktuelle Themen rund um elektronische Identitäten erfahren? Sprechen Sie mit den Expert:innen von Governikus.

GOVERNIKUS
● ● ●

Governikus GmbH & Co. KG
Hochschulring 4
28359 Bremen, Germany
www.governikus.de

Fokus auf Kommunen

In Bielefeld findet vom 15. bis 17. November erstmals die KommDIGITALE – Kongressmesse für die digitale Kommune statt. Rund 100 Aussteller und über 125 Kongressvorträge erwarten die Besucherinnen und Besucher. Organisiert wird die Messe vom Verband Databund.

Im Januar dieses Jahres hat der Bundesverband der mittelständischen IT-Dienstleister und Software-Hersteller für den öffentlichen Sektor, Databund, beschlossen, die Kongressmesse KommDIGITALE auf den Weg zu bringen. „Wir haben in einer Umfrage unter unseren Mitgliedern festgestellt, dass ein ganz extremer Bedarf nach einer Veranstaltung im Nordwesten besteht“, berichtet der Vorstandsvorsitzende des Verbands Stephan Hauber. „Nach dem Ende der CeBIT oder Veranstaltungen wie DiKOM und KOMCOM gibt es hier einfach nichts mehr. Insbesondere fehlt bei anderen Veranstaltungen der Fokus auf Kommunen.“ Dabei war dem Databund von Anfang an wichtig, nicht nur eine Messe auf den Weg zu bringen, sondern ein modernes und zukunftsfähiges Konzept auf die Beine zu stellen.

So ist das eigentliche Herzstück der KommDIGITALE der Kongress. An allen Tagen wird eine Vielzahl an Workshops, Seminaren und Veranstaltungen durchgeführt. Felix Ebner, stellvertretender Databund-Vorsitzender und verantwortlich für das Kongressprogramm, stellt den Mehrwert für die Besucherinnen und Besucher in den Vordergrund: „Wir werden hier nicht nur ein attraktives, spannendes und informa-

tives Weiterbildungsprogramm bieten, sondern auch wegweisend mit allen Beteiligten der kommunalen Digitalisierung diskutieren.“ Mit 125 Veranstaltungen in drei Tagen, ausschließlich zu den Themen der Verwaltungsdigitalisierung, will die KommDIGITALE hier Maßstäbe setzen.

Die Träger und Unterstützer der Kongressmesse haben darüber hinaus den KommDIGITALE-AWARD gestiftet. Der in drei Kategorien verliehene Preis zeichnet öffentliche Projekte aus, die sich in besonderem Maße für die Digitalisierung der Verwaltung eingesetzt haben. Die Finalisten sind:

- Städte und Gemeinden unter 25.000 Einwohner: Gemeinde Ebersdorf bei Coburg (Kommunenfunk); Tourismus-Service Fehmarn (WELCMpass); Stadt Oerlinghausen (Digitalisierung des Bauhofs).
- Städte und Gemeinden über 25.000 Einwohner: Stadt Langenfeld (Digitalisierung der Sperrgutentsorgung); Samtgemeinde Tostedt und Gemeinde Seevetal (Beantragung, Genehmigung und Kontrolle von Aufgrabungen im öffentlichen Straßenraum); Stadt Springe und Stadt Achim (Digitalisierung der Sportstättennutzung).

- Landkreise, Ministerien und sonstige Behörden: Landkreis Heidekreis (Impfportal); Landkreis Hameln-Pyrmont (Digitalisierungsstrategie); Interreg Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein/Regierungspräsidium Tübingen (Gemeinsames elektronisches Bewertungssystem).

Über die endgültigen Platzierungen entscheidet ein Online-Voting. Bis zum 15. November kann auf der Website der KommDIGITALE abgestimmt werden.

Auf den Veranstaltungsort Bielefeld angesprochen, ist der Vorstandsvorsitzende Stephan Hauber von diesem mehr als angetan: „Das Kongresszentrum Bielefeld bietet uns die Möglichkeit, auf einer modernen Fläche auszustellen und darüber hinaus ein großes Kongressprogramm und weitere große Veranstaltungen durchzuführen.“ Die Verkehrsanbindung nach Bielefeld sei dabei ideal. Der ICE verbinde Bielefeld schnell mit allen relevanten Zentren im Nordwesten Deutschlands. Und das Kongresszentrum Bielefeld befinde sich in fußläufiger Nähe zum Hauptbahnhof. Über die A2 und A33 sei Bielefeld darüber hinaus exzellent an das Autobahnnetz angeschlossen. „Wir wollen ja nicht nur eine Lokalveranstaltung

sein. Deshalb war uns die Erreichbarkeit aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, aber auch aus Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt sowie Hessen und Thüringen wichtig“, sagt Hauber. Über 1.400 Kommunen lägen im gut erreichbaren Einzugsgebiet der KommDIGITALE.

Bereits Ende Mai dieses Jahres waren laut Databund alle Standflächen belegt, auch die Kongressräume seien seit September ausgelastet. Nun hoffen Aussteller und Partner der KommDIGITALE auf möglichst viele Besucherinnen und Besucher. Stephan Hauber kommt es dabei insbesondere darauf an, dass diese sich einfach und schnell einen Überblick über den aktuellen Markt und Produkte verschaffen können. Der Databund habe die KommDIGITALE dabei nicht konzipiert, um Gewinne zu machen. „Wir wollen alle an der kommunalen Digitalisierung Beteiligten an einem Ort vereinen und das Thema voranbringen. Das ist unser einziges Ziel und deshalb wird mit den Aussteller- sowie Eintrittskosten nur die Kostendeckung beabsichtigt“, verdeutlicht der Vorstandsvorsitzende den Grundgedanken. Die bislang ausschließlich positive Resonanz auf die Kongressmesse zeigt nach den Worten von Hauber, dass ein solches Veranstaltungsformat bislang gefehlt hat.

Alexander Schaeff

Link-Tipp

Weitere Informationen zur KommDIGITALE – Kongressmesse für die digitale Kommune und das Online-Voting für den Award finden Sie hier:

- <https://kommdigitale.de>

Besuchen Sie
uns auf der
KommDigitale
15.-17.11.2022
in Bielefeld.



So geht E-Akte!

Die Websession-Reihe
„Verwaltung digital?“
versorgt Sie mit nützlichen
Learnings rund um die E-Akte.



Wollen Sie mehr erfahren?

Besuchen Sie die Websession-Reihe
an jedem letzten Freitag im Monat,
von 10 bis 11 Uhr.

Anmeldung unter:
www.ceyoniq.com/verwaltung-digital

Infotag E-Government

Neue Akzente setzen

Wie sich bei der Gestaltung kommunaler Internet-Portale neue Akzente setzen lassen, soll der Infotag E-Government (17. November 2022, Bielefeld) zeigen. Die Veranstaltung der Unternehmen NOLIS und CC e-gov findet in Kooperation mit der Messe KommDIGITALE statt. Partner der Veranstaltung sind die Unternehmen AIDA Orga, Gov-Connect, Form-Solutions, hannIT und VBM, die Kommunalen Dienste Göttingen (KGD) sowie die Stadt Hannover und die Gemeinde Neu Wulmstorf. Auf dem Infotag sollen die Teilnehmenden einen Überblick

über zukunftsorientierte Lösungen, strategische Ansätze und interdisziplinäre Synergieeffekte erhalten. Dabei geht es laut Veranstalter nicht allein um Internet-Portale, sondern es würden auch Themen wie die digitale Gremienarbeit, optimierte Workflows, Kita-Platzvergabe, Recruiting, Digitalisierung der Personalverwaltung, Terminvergabe und E-Akte aufgegriffen. Fachvorträge hierzu bieten die teilnehmenden Unternehmen an. Praxisberichte kommen unter anderem aus Hildesheim sowie den Infotag-Partnern Hannover und Neu Wulmstorf. Die beteiligten Firmen bieten ganztagig die Möglichkeit, sich im persönli-

chen Gespräch mit einzelnen Referenten oder Firmenvertretern auszutauschen und individuelle Fragen zu erörtern. Spezieller Informationsbedarf kann bei der Anmeldung zur Veranstaltung genannt werden. Der Infotag E-Government richtet sich nach Angaben der Veranstalter an Hauptverwaltungsbeamte, Verwaltungsvorstände, Bereichsleiter, Sachgebietsleiter, Fachanwender und Spezialisten. Da die Teilnehmeranzahl begrenzt ist, wird um vorherige Anmeldung gebeten. Für Kommunalverwaltungen und kommunale Spitzenverbände ist die Teilnahme kostenlos.

www.egov-infotag.de

Axians Infoma | Stand F5

Weg zur smarten Verwaltung

Mit stetigen Neu- und Weiterentwicklungen von digitalen, prozessorientierten Lösungen unterstützt Axians Infoma Kommunen auf dem Weg zur smarten Verwaltung. Hier von können sich nach Aussage des Ulmer Software- und Dienstleistungsunternehmens auch die Besucher der KommDIGITALE in Bielefeld überzeugen, wo sich Axians Infoma zum Thema Digitalisierung in der kommunalen Verwaltung präsentiert. Interessierte erhalten am Messestand eine umfassende Beratung und Informationen zu den neuesten Produkt- und Prozessentwicklungen. Schwerpunkte der Messepräsentation sind nach Angaben von Axians Infoma Lösungen zur konsequenten Umsetzung der digitalen Transformation wie die Modern Clients, verwaltungs- und bürgernahe Apps der cloudbasierten Plattform Infoma AppSpace sowie die Cloud-Lösung Infoma online.

www.axians-infoma.de

DATEV | Stand C1

Abwicklung des Finanzwesens

DATEV ist eigenen Angaben zufolge der drittgrößte Anbieter für Business-Software in Deutschland. Das Leistungsspektrum reiche von mehr als 200 PC-Programmen über Cloud-Lösungen bis hin zu Outsourcing-Leistungen. Die Anwendungen ermöglichen Kommunen und kommunalen Unternehmen in Verbindung mit den Beratungsangeboten des steuerberatenden Berufsstands die komplette Abwicklung des kommunalen Finanzwesens. Auf der Fachmesse KommDIGITALE informiert DATEV über Lösungen zur prozessorientierten Buchführung, zur Abrechnung von Steuern und Gebühren, für komfortable Planungsprozesse sowie für eine effiziente Lohn- und Gehaltsabrechnung. Auf der Fachtagung am 15. November referiert Bernd Eckstein vom Consulting DATEV Public Sector um 15:00 Uhr zum Thema „Zentral oder dezentral, digital-flexibles Finanzwesen“.

www.datev.de

TEK-Service | Stand F6-20

Erfahrungen mit E-Einkauf

TEK-Service ist ein bundesweit tätiges Dienstleistungsunternehmen für den E-Einkauf der öffentlichen Hand. Während der KommDIGITALE stellen Kunden des Anbieters ihre Erfahrungen im Umgang mit dem E-Einkauf vor. Laut TEK-Service berichtet etwa die Polizei Berlin, wie Mitarbeitende des Landes digital aus ausgeschriebenen Rahmenverträgen des Landesverwaltungsamts bei über 40 Lieferanten im eWarenhaus Berlin bestellen. Dabei seien bereits beim Bestellvorgang die Integration der LeitwegID sowie der Mittelbindungsnummer (Festlegungsnummer) berücksichtigt worden. Des Weiteren berichtet KoPart, eine Tochter des Städte- und Gemeindebunds NRW, praxisnah über ihre kommunale, landesweite Einkaufsgenossenschaft. Der E-Einkauf hat sich hier in Krisenzeiten mehrfach als robust und effizient erwiesen.

www.tek-service.de

Little Bird | Stand G12

Kita-Platz-Vergabe digital

Kitaplatz-Anmeldeverfahren zählen zu den Aufgaben, die gemäß Onlinezugangsgesetz (OZG) digitalisiert werden müssen. Laut dem Unternehmen Little Bird ergeben sich daraus nur dann echte Vorteile, wenn die Digitalisierung umfassend erfolgt – also auch die Vergabe und Verwaltung betrifft. So entlasten Kommunen alle Beteiligten, sorgen für optimale Planbarkeit und ermöglichen Vergabegerechtigkeit. Little Bird bietet Lösungen, mit denen Kommunen für die Zukunft gerüstet seien – etwa für die ermessensfreie Platzvergabe, die Anbindung an das Bürgerkonto oder die Integration der Hortbetreuung. Die modulare Little-Bird-Anwendung bestehe aus drei benutzerfreundli-

chen Komponenten: Im Online-Portal fänden Eltern leicht passende Betreuungsangebote. Die Verwaltungssoftware automatisiere und vereinfache Abläufe bei Kommunen und Kitas. Erweiterungen seien jederzeit möglich. Die Kita-App erleichtere die Gruppenarbeit und die Kommunikation mit den Eltern.

www.little-bird.de

NOLIS | Stand A5

Vielfältig einsetzbar

NOLIS ist ein auf E-Government-Lösungen spezialisierter Software-Anbieter mit kommunalen Partnern in ganz Deutschland. Der Schwerpunkt liegt laut Anbieter in Niedersachsen mit mehr als 200 Kommunen, die Software aus der NOLIS | E-Government-Suite verwenden. Die Einsatzmöglichkeiten seien vielfältig:

von einzelnen Fachverfahren – wie etwa Kita-Platz-Vergabe, Recruiting oder Terminvergabe – bis hin zu einem aufeinander abgestimmten Gesamtpaket aus Content-Management-System (CMS) und Spezial-Software. Dabei seien alle Produkte für die Anwendung in Kommunalverwaltungen optimiert und könnten sowohl autark als auch in das Kommunalportal integriert eingesetzt werden. Kernprodukte sind das auf kommunale Bedürfnisse spezialisierte NOLIS | CMS und die zentrale OZG-Komponente für das digitale Rat- oder Kreishaus NOLIS | Rathausdirekt. Als Teil des KommDIGITALE-Kongresses berichtet NOLIS am 17. November außerdem den 14. Infotag E-Government aus (siehe auch Kasten auf Seite 54).

www.nolis.de

Anzeige



more!software
mehr leistung • mehr service • mehr mensch

Gremienarbeit auf höchstem Niveau

Mit dem einzigartigen Sitzungsmanagementsystem more! rubin und der Dipolis-App fürs Tablet kein Problem.

**Wir stellen aus:
KOMMDIGITALE 2022
in Bielefeld, Stand F6-17**

- Sitzungsdienst
- Sitzungsgeld
- Beschlusskontrolle
- Rats- und Bürgerinfosystem
- Digitale Antragsverwaltung
- Digitales Umlaufverfahren
- Digitale Gremienarbeit per App
- Live voting
- DMS Schnittstelle DokuFIS



info@more-software.de
www.more-software.de



+++ Messe-Ticker +++

ab-data
Profil: Lieferant aller Finanzprozesse für die marktführende IT-Plattform VOIS. Bis zum Jahr 2027 entwickelt ab-data insgesamt neun VOIS-Finanzwesenmodule wie HKR/Doppik, Steuern, Anlagenbuchhaltung, Kostenrechnung und Gesamtabchluss.
Internet: <https://ab-data.de>
Stand: B7

AIDA Orga
Profil: Auf der KommDIGITALE präsentiert AIDA Orga die Vorteile digital gestützter Verwaltungsabläufe zur Zeitwirtschaft, Abwesenheitsplanung und zum papierlosen Antragswesen. Mit dem virtuellen Personalbüro bietet das Unternehmen ein nach Maßgaben der BITV 2.0 barrierefrei gestaltetes Web-Portal.
Internet: www.aida-orga.de
Stand: G8

KDO
Profil: Die Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) legt den Schwerpunkt auf ganzheitliche Digitalisierung und Automatisierung. Hierzu zählen das virtuelle Rathaus KDO-Kommune365 und die portalunabhängige Datentransportkomponente GovManager von GovConnect.
Internet: www.kdo.de
Stand: E2

kommIT
Profil: kommIT präsentiert Neuerungen im Bereich der Fachverfahren und Leistungen rund um Onlinezugangsgesetz (OZG) sowie E-Government. Auf der Messe informiert das Unternehmen speziell über Anbindungen an neue Online- und Fachdienste sowie Entwicklungen im Bereich Geo-Informationssysteme und Data Intelligence.
Internet: www.komm-it.de
Stand: C3

more! software
Profil: Das Sitzungsmanagement von more! software ist eine Komplettlösung, mit der sich die gesamte Gremienarbeit organisieren und abwickeln lässt – von der Vorlagengenerierung über Sitzungsvorbereitung und -planung bis hin zum Voting und zur Protokollbearbeitung.
Internet: www.more-rubin.de
Stand: F6-17

TSA
Profil: TSA Public Service – ein Unternehmen der Teleport-Gruppe – informiert darüber, wie seine Infodienste-Plattform Länder und Kommunen bei der Umsetzung des OZG unterstützt, und zeigt am Databund-Stand Verknüpfungen zu Partnerlösungen auf.
Internet: <https://tsa.de>
Stand: F6-8

Sternberg | Stand G6

Neues Modul zu Live-Votings

Interaktive Virtuelle Sitzung – hinter diesem Namen verbirgt sich die neueste Innovation aus dem Hause Sternberg. Wie der Anbieter mitteilt, handelt es sich dabei um ein Modul, das unterschiedliche Abstimmungsvarianten in einer Lösung vereint. Mit dem Modul können Abstimmungen komplett digital durchgeführt werden, egal, ob es sich um klassische Präsenzveranstaltungen, hybride Sitzungen oder rein virtuelle Veranstaltungen handle. Die Lösung könne über einen Browser sowie über die eigens entwickelte VoteRICH-App genutzt werden. Auf diese Weise biete sie den Kommunen mehr Sicherheit, Transparenz und Flexibilität bei der Stimmgabe. Selbst die Auswertung der Votings werde vom Modul übernommen und als übersichtliches Diagramm ausgespielt.

www.sitzungsdienst.net

regio iT | Stand D1

Es geht nur gemeinsam

Weil die OZG-konforme Digitalisierung kommunaler Verwaltungsprozesse nach Ansicht von regio iT nur mit gemeinsamen Standards und im Rahmen intensiver Kooperationen gelingen kann, setzt der kommunale IT-Dienstleister auf die Stärke der Gemeinschaft. Zur KommDIGITALE präsentiert regio iT mit den Tochterunternehmen Better Mobility und vote iT nach eigenen Angaben beispielhafte Gemeinschaftsprojekte, in denen Lösungen für die digitale Stadt entstanden sind. Am Stand und in Fachvorträgen gehe es um die Anbindung medienbruchfreier Fachverfahren an ein Serviceportal – mit Basisfunktionen wie Authentifizierung, E-Payment, sichere Kommunikation und Anbindung von Formular-Ser-

vern –, um die zentrale Rolle eines Dokumenten-Management-Systems (DMS), die Nutzung von E-fA-Leistungen sowie die Chancen vernetzter Mobilität mittels Mobilitätsplattformen. Vorgestellt wird auch der vote manager, laut regio iT die Wahllösung mit der bundesweit größten Verbreitung.

www.regioit.de

GovConnect | Stand E3

OZG als Chance

Mit dem Ziel, Verwaltungen moderner, effizienter und zukunftsfähiger zu machen, präsentiert sich GovConnect zusammen mit seinem Gesellschafter hannIT auf der KommDIGITALE. Eigenen Aussagen zufolge zeigt sich GovConnect dort mit seinem Stand als verlässlicher Ansprechpartner für alle Anliegen rund um die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und für alle weiteren Themen, welche die Kommunen im Zuge der digitalen Transformation beschäftigen. Über 600 Kunden bundesweit, von der kleinen Gemeinde bis hin zur großen Stadtverwaltung, setzen die Produkte von GovConnect derzeit ein, heißt es vonseiten des Anbieters. Auf der Messe stellt das Unternehmen nicht nur seine IT-Lösungen rund um die Verwaltungsdigitalisierung, Hund und Halter sowie Ordnungswidrigkeiten vor, sondern steuert auch Input bei: Als Partner-Unternehmen ist es mit einem Vortrag auf dem Infotag E-Government 2022 vertreten, der in Kooperation mit der KommDIGITALE stattfindet. Sebastian Plog erklärt Kommunen hier am 17. November 2022 von 09:15 bis 10:00 Uhr, wie sie „das OZG als Chance der Verwaltungsdigitalisierung nutzen“ können und zeigt, dass es hierbei nicht nur um Prozessdigitalisierung, sondern auch um Bürgerfreundlichkeit geht.

www.govconnect.de

Optimal Systems | Stand A6

Anbindung an die E-Akte

Die Optimal Systems Vertriebsgesellschaft Hannover ist Tochter der im Jahr 1991 gegründeten Optimal Systems Unternehmensgruppe, die auf die Entwicklung und den Vertrieb von Enterprise Content Management (ECM) spezialisiert ist. Der Schwerpunkt der Vertriebsgesellschaft liegt auf digitalen Software-Lösungen für öffentliche Verwaltungen. Wie das Unternehmen mitteilt, bilden die marktüblichen OZG-Plattformen eine wichtige Brücke in der Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen sowie den Verwaltungen. Allerdings ermögliche erst die vollständige Integration in die Welt der digitalen Akten einen durchgängigen digitalen Prozess im Sinne des Onlinezugangsgesetzes. Das Dokumenten-Management-System enaio ergänze als Back End die ganzheitliche und interaktive Digitalisierung zugunsten aller Beteiligten. Mit enaio würden Dokumente digital erfasst, ausgewertet, verwaltungsweit für alle berechtigten Mitarbeitenden bereitgestellt und anschließend unter Einhaltung gesetzlicher Vorgaben rechtssicher archiviert. Durch die ausgeprägte Schnittstellenvielfalt zu kommunalen Fachverfahren ermögliche die Lösung einen reibungslosen Datentransfer. Auf dem Stand bei der KommDIGITALE präsentiert Optimal Systems Hannover seine Digitalisierungslösungen. Darüber hinaus zeigt das Unternehmen, wie mit enaio auch das mobile Dokumenten-Management umgesetzt werden kann – ganz gleich, ob Notebook, Tablet oder Smartphone genutzt werden.

www.optimal-systems.de

www.kommune21.de

HSH | Stand B7/F6-11

Entwickler von VOIS

Der Software-Anbieter HSH ist auf der KommDIGITALE sowohl am VOIS-Gemeinschaftsstand als auch am zentralen Gemeinschaftsstand des Verbands Databund als ordentliches Mitglied mit einem eigenen Ausstellerplatz (F6-11) vertreten. Als Entwickler der fachverfahrensunabhängigen Software-Plattform VOIS – kurz für Verwalten, Organisieren, Integrieren, Systematisieren – schafft HSH eigenen

Aussagen zufolge die Voraussetzungen für eine ganzheitliche Software-Generation. Neben den Ausstellungsständen gibt es ein umfangreiches Vortragsprogramm. Das thematische Angebot von HSH ist auf der Website der KommDIGITALE abrufbar. Darüber hinaus sind auch die VOIS-Partner mit eigenen Vortragsveranstaltungen präsent. Weitere Informationen dazu sind online in der Ausstellerdatenbank der KommDIGITALE abrufbar.

www.hsh-berlin.com

Anzeige



In Rekordzeit zur E-Akte

Bei start:E von regisafe ist der Name buchstäblich Programm. Denn start:E ist unsere Lösung, mit der Sie ganz **unkompliziert die E-Akte einführen** und so in kürzester Zeit den Weg zur digitalen Verwaltung zurücklegen. regisafe-Neukunden können sich auf einen **Preisnachlass von 30 %** auf das start:E Paket freuen.

Mehr erfahren: www.regisafe.de/start-e

Kontaktieren Sie uns - gerne beraten und unterstützen wir Sie bei der Implementierung von start:E.

comundus regisafe GmbH
Heerstraße 111 · 71332 Waiblingen
Fon 07151 96528-200
info@regisafe.de · www.regisafe.de

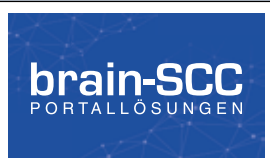
Ein Unternehmen der PDV.group

regisafe

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

- E-Government / E-Partizipation 58-59
- CMS | Portale / Spezial-Software 59
- Finanzwesen / Schul-IT / E-Procurement 60
- Geodaten-Management / Dokumenten-Management 61
- E-Formulare / Personalwesen / Inventarisierung /
RIS | Sitzungsmanagement / IT-Infrastruktur 62
- IT-Security / Breitband / Consulting / Online-Termine 63
- Komplettlösungen 63-65

Anzeige

D-0	 Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	Govii UG (haftungsbeschränkt) Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrnstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@govii.de Internet: www.govii.de	Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.
D-0	 Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrnstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@tsa.de Internet: www.tsa.de	TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/II5, Ideen- und Beschwerdemanagement, Integration von Verwaltungsdaten, II5-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.
D-0	 PORTALLÖSUNGEN	brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de	Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.
D-2		Governikus GmbH & Co. KG Ansprechpartnerin: Petra Waldmüller-Schantz Hochschulring 4 D-28359 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 204 95-0 Telefax: +49 (0) 421 / 204 95-11 E-Mail: kontakt@governikus.de Internet: www.governikus.de	Governikus setzt sich für digitale Souveränität in einer komplex vernetzten Welt ein und sorgt für den Schutz personenbezogener Daten mit zukunftsweisenden IT-Lösungen. Sichere Identitäten, vertrauliche und rechtssichere Kommunikation und der Umgang mit Daten zur Authentizitäts- und Integritätssicherung stehen im Vordergrund.
D-4	 Unternehmensgruppe	ITEBO GmbH Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de	Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab.
D-7		cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de	Die cit GmbH ist mit cit intelliForm® führender Anbieter von E-Government-Lösungen speziell in den Bereichen Virtuelles Bauamt mit dem XBau-Standard, Efa-Dienste und OZG. Die modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.
D-7		Form-Solutions GmbH Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: info@form-solutions.de Internet: www.form-solutions.de	Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.
D-8		S-Public Services GmbH Hauptstraße 27 a D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: info@s-publicservices.de Internet: www.s-publicservices.de	S-Public Services ist als Kompetenzzentrum E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe erster Ansprechpartner für die öffentliche Hand sowie kommunalnahen Organisationen und Unternehmen. Mit Plug'n'Play-Lösungen rund um Payment-Services helfen wir gemeinsam mit den Sparkassen vor Ort bei der digitalen Transformation unterschiedlichster Bürgerservices.
D-3	 Ein Produkt der leanact GmbH	leanact GmbH Rebenring 33 D-38106 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 22436214 Fax: +49 (0) 531 / 42878895 E-Mail: info@leanact.de Internet: www.leanact.de	Mehr Zeitersparnis bei der Bearbeitung von Bürgeranliegen! Unser Anliegenmanagement MeldooPLUS ermöglicht Kommunalverwaltungen die zeitschonende Bearbeitung von Bürgeranliegen. Über 60 Verwaltungen bundesweit nutzen bereits die Module Mängelmelder, allgemeine Anliegen und Bürgerbeteiligung für eine innovative Bürgerinteraktion.

E-Government

E-Partizipation

D-6		wer denkt was GmbH Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de	Bürgerbeteiligung von A bis Z, digital und vor Ort: Als Full-Service-Anbieter beraten und begleiten wir Kommunen und Landkreise bei ihren Beteiligungsvorhaben. Unsere Lösung für modernes Anliegenmanagement – der Mängelmelder – ist bei über 80 Kommunen im Einsatz. Referenzen: München, Bremen, Heidelberg, Dortmund, Friedrichshafen.
D-2		ADVANTIC GMBH Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhörn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 609 72-0 Fax: +49 (0) 451 / 609 72-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de	Ob BITV oder OZG: Mit dem kommunalen CMS iKISS von Advantic ist Ihre Verwaltung bestens gerüstet. Advantic betreut über 350 kommunale Kunden – darunter jeden 5. Landkreis – in mehr als 700 Projekten. Profitieren auch Sie von der langjährigen Erfahrung, flexiblen Lösungen für Internet und Intranet und dem erstklassigen Kundenservice.
D-2		ProCampaign® c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@procampaign.de Internet: www.procampaign.de/kommune	Bürger-Online-Formular-Management und Tourismus-/Bürger-Kommunikation sind die typischen Anwendungsfelder für die EuroPriSe-zertifizierte SaaS Private Cloud-Lösung ProCampaign®. Die DSGVO-konforme Automatisierung von digitalen Prozessen birgt Potentiale echte Effizienzsteigerung und hilft, Prozesse zu standardisieren und dabei die Kosten im Griff zu halten.
D-3		NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.
D-7		SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com	SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilanwendungen für die moderne Verwaltung.
D-3		KDN.sozial Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Technologiepark 14 D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 132-2241 Fax: +49 (0) 5251 / 132-272241 E-Mail: info@kdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de	Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.
D-3		Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 23533-0 Fax: +49 (0) 531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.
D-7		AIDA ORGA GmbH Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0) 7056 / 9295-0 Fax: +49 (0) 7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKF/NKfH oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.
D-8		G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0) 89 / 5 15 06-4 Fax: +49 (0) 89 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKF mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.
D-9		LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 5661222 Fax: +49 (0) 361 / 5661223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Seit über 30 Jahren entwickelt LogoData® Softwarelösungen für verschiedene Abteilungen der Jugendämter und freien Träger. Unsere Arbeit umfasst u.a. Installationen, Implementierungen, Schulungen, Weiterentwicklungen und den Support unserer Produkte. Wir sind Ihr zuverlässiger Dienstleister im Bereich Software und Beratung.

D-2	 It's simple. It's digital.	xSuite Group GmbH Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 162/1069592 E-Mail: info@xsuite.com Internet: www.xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für öffentliche Auftraggeber eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM und PSCD sowie der Kommunalmas-ter Finanzen. Es können alle Rechnungsformate wie Papier, PDF, XRechnung, ZUGFeRD, etc. verarbeitet werden.	Finanzwesen
D-2		Cloud IX c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@cloudix.de Internet: www.cloudix.de/kommune	CloudIX bietet als zertifizierter Dienstleister führende SaaS-Lösungen. Eigene Videokonferenzen auf JITS Meet Basis, verschlüsselte Matrix + Element Messaging-Dienste und Nextcloud stehen zur Miete in ISO 27001-zertifizierten und KRITIS-konformen Rechenzentren in Bremen zur Verfügung. Compliance-konform sind alle Managed Server mit notwendigen AV-Verträge ausgestattet.	Schul-IT
D-3	 H+H Software GmbH Softwarelösungen mit System	H+H Software GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 52208-0 Fax: +49 (0) 551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Als IT-Dienstleister und Softwarehersteller begleiten wir Bildungseinrichtungen seit über 30 Jahren auf ihrem Weg in die Digitalisierung. Unsere Schul-IT Lösung NetMan for Schools gewährleistet den sicheren IT-Betrieb im Schulnetz sowie einen verlässlichen Unterricht mit digitalen Medien. Wir betreuen Schulen von der Projektplanung über die Installation bis zum täglichen Betrieb.	Schul-IT
D-4	 kraft network engineering driving digital learning	KRAFT Network-Engineering GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstraße 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0) 208 / 46959-60 Fax: +49 (0) 208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtweit kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.	Schul-IT
D-5	 AIXCONCEPT Einfach. Digital. Lernen.	AixConcept GmbH Ansprechpartner: Thomas Jordans Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0) 2402 / 38941-10 Fax: +49 (0) 2402 / 38941-30 E-Mail: vertrieb@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für Schul-IT alle Leistungen von der Bestandsaufnahme bis zur Realisierung aus einer Hand. Mehr als 3.500 Schulen vertrauen bereits auf die zuverlässigen und skalierbaren Lösungen aus Stolberg bei Aachen. Aixconcept sorgt dafür, dass Digitalisierung in Schulen erfolgreich ist.	Schul-IT
D-7	 Logo DIDACT	SBE network solutions GmbH Ansprechpartner: Sales Team Edisonstraße 21-23 D-74076 Heilbronn Telefon: +49 (0) 7131 / 89840-60 E-Mail: vertrieb@sbe.de Internet: www.sbe.de	Mit LogoDIDACT bekommen Sie Ihre Schul-IT im Handumdrehen in den Griff. Der modulare Schulserver vereint kinderleichte Bedienung mit umfassenden Funktionen, die auf die Bedürfnisse moderner Schulen zugeschnitten sind. Über 3.000 Schulen vertrauen bereits auf die führende IT-Lösung für Schulnetzwerke. Von SBE network solutions.	Schul-IT
D-I	 Deutsches Vergabeportal E-Vergabe – Einfach. Schnell. Sicher.	DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Sickingenstraße 70 D-10553 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 374343-810 Fax: +49 (0) 30 / 374343-822 E-Mail: vergabestellen@dtvp.de Internet: www.dtvp.de	DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.	E-Procurement
D-5	 subreport DEUTSCHLANDS TOR ZUR AUFTRAGSWELT	subreport Verlag Schawe GmbH Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	E-Procurement
D-7	 TEK-SERVICE AG	TEK-Service AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-Service AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierte Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	E-Procurement

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

Geodaten-Management • Dokumenten-Management

D-4	 GIS Consult GmbH Schuldenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.
D-4	 con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de	con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.
D-0	 LCS Computer Service GmbH Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de	Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der revisionssicheren Aufbewahrung.
D-3	 OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.
D-3	 Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com	Seit über 30 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.
D-4	 Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-98 92 E-Mail: Andrea.Siwec-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de	IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.
D-4	 d.velop public sector GmbH Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98-0 Fax: +49 (0) 59 31/93 98-25 E-Mail: info@pubs.d-velop.de Internet: www.d-velop.de/public-sector	Die d.velop public sector GmbH (ehemals codia) ist seit über 20 Jahren innovativer Lösungsanbieter für das gesamte ECM-Umfeld mit Spezialisierung auf öffentliche Verwaltungen und Hochschulen sowie Universitäten. Die eingesetzten Lösungen lassen sich an die jeweiligen Anforderungen anpassen oder in Fachanwendungen integrieren.
D-7	 comundus regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.
D-7	 GELAS GmbH Digitalisierungssysteme Anton-Schmidt-Straße 3, D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 9534-70 Fax: +49 (0) 7151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de	Questys und nunmehr die neue Produktgeneration Questys Next Generation – kurz QNG – ist heute eines der führend eingesetzten ECM-Systeme für das Dokumentenmanagement und die Archivierung in der öffentlichen Verwaltung in Baden-Württemberg. Im Rahmen der Cyber-Security-Strategie wird QNG heute mit WORM-Technologie eingesetzt.
D-9	 PDV GmbH Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.

D-7	 S-Management Services	S-Management Services GmbH Ansprechpartner: Peter Höcherl Am Wallgraben 115 70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 782 129-00 E-Mail: peter.hoecherl@s-management-services.de Internet: www.s-management-services.de	Die S-Management Services GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.	E-Formulare
D-7	 Kohlhammer	W. Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgv@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllt die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtssicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.	E-Formulare
D-3	 NOLIS	NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	NOLIS Recruiting ist eine komfortable Bewerbungsmanagement-Lösung mit zahlreichen speziell auf die öffentliche Verwaltung abgestimmten Features. Mit Schnittstellen zu relevanten Stellenbörsen, CV-Parsing und einem individuellen Karriereportal wirken Sie dem Fachkräftemangel clever entgegen.	Personalwesen
D-7	 MHM MHM-HR.COM	MHM HR // MHM-Systemhaus GmbH Ansprechpartner: Steffen Michel Presselstraße 25 a D-70191 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 120 909-31 Fax: +49 (0) 711 / 120 909-11 E-Mail: welcome@mhmr-hr.com Internet: www.mhm-hr.com	MHM HR entwickelt Bewerbermanagement-Software für Profis. Mit MHM eRECRUITING können öffentliche Auftraggeber ihre Bewerbungen intelligent managen. Integrierte Zusatzfunktionen wie MHM MULTIPosting mit HR-ANALYTICS, CV-Parsing, FIRSTBIRD (Mitarbeiter-Empfehlungsprogramm) und diagnostische Testverfahren ergänzen das Angebot von MHM HR.	E-Formulare
D-5	 hallo Kai! Kann alles inventarisieren	hallobtf! gmbh Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30 D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0 Fax: +49 (0) 221 / 977 608-20 E-Mail: info@hallobtf.de Internet: www.hallokai.de	Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Erstfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisionssichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.	Inventarisierung
D-2	 CC e-gov GmbH www.cc-egov.de	CC e-gov GmbH Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 2271 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 2271 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC ECM – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürosoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.	Sitzungsmanagement
D-3	 STERNBERG Sitzungsmanagement	STERNBERG Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net	STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.	RIS Sitzungsmanagement
D-5	 more! software mehr leistung • mehr service • mehr mensch	more! software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabaur Telefon: +49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de Internet: www.more-rubin.de	more! rubin - Professionelles Sitzungsmanagement und Gremieninfo – mobil, digital und sicher. Von der App über das Voting bis zur Unterstützung der User – alles aus einer Hand. Ausgereifte, zuverlässige und langjährige Software für digitale Gremienarbeit und der schnellen, papierlosen Gremienkommunikation. Die Lösung für Ihr Sitzungsmanagement.	Sitzungsmanagement
D-2	 ColocationIX	ColocationIX GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@colocationix.de Internet: www.colocationix.de/kommune	Nach EN50600 Klasse 4 designt, mit Grünstrom betrieben und mit Geothermie gekühlt ist ColocationIX Deutschlands innovativstes Rechenzentrum für den Public Sector und KRITIS. Außerdem: ISO 27001 ISMS, Sauerstoff-Reduktion, 3-fach-Zutrittskontrolle, Anbindungen mit mehr als 2.000 Peers und Direktverbindungen zu DECIX, AMSIX und LINX.	IT-Infrastruktur

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

D-3		Net at Work GmbH Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 304 600 E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de Internet: www.nospamproxy.de	NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation ‚Made in Germany‘. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet.	IT-Security
D-9		NCP engineering GmbH Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 2 D-90449 Nürnberg Telefon: +49 (0) 911 / 9968-0 Fax: +49 (0) 911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com	NCP entwickelt seit über 30 Jahren universelle Software für die einfache und sichere Vernetzung von Endgeräten und Systemen über öffentliche Netze. Um Digitalisierungsinitiativen voranzutreiben, nutzen viele Ministerien und Verwaltungseinrichtungen NCP-Produkte mit BSI-Zulassung u.a. für flexible Homeoffice-Anbindung.	Breitband
D-1		DNS.NET Internet Service GmbH Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS.NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasfaserringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftsicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de	Breitband
D-2		Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@consultix.net Internet: www.consultix.de/kommune	Digitale Transformation, Beratung und Betriebskonzepte für IT, webbasierte Kommunikation und zentrales Online-Formular-Management. ISO 27001/27018 und EuroPriSe-zertifizierte Plattformlösungen für das Management personenbezogener Daten. Rechtssicherheit und Compliance-Konformität aller bürgerzentrierten Lösungen dank eigener Rechenzentren in Deutschland.	Consulting
D-4		best practice consulting AG Ansprechpartner: Herr Pascal Gasch Am Mittelhafen 16, D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 163 / 6360760 Fax: +49 (0) 251 / 287798-1 E-Mail: Pascal.Gasch@bpc.ag Internet: www.bpc.ag	Über 20 Jahre Erfahrung in der IT-Beratung von Kommunen und unsere SAP S/4HANA Expertise sind die Basis unseres bpc S/4-Masters für Kommunen: Mit digitaler Haushaltsplanung, Drucklösung, mobilem Reporting und Fiori-basierter Prozessdigitalisierung begleiten wir Kommunen auf ihrem Weg zur intelligenten Verwaltung.	Consulting
D-0		Lecos GmbH Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0		procilon GmbH Ansprechpartner: Andreas Liefeth Leipziger Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 34298 / 4878-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de	proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCI, EGVP, De-Mail, autom. Archivbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrensintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.	Komplettlösungen
D-0		GISA GmbH Leipziger Chaussee 191 a D-06112 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 585-0 Fax: +49 (0) 345 / 585-2177 E-Mail: kontakt@gisa.de Internet: www.gisa.de	Als IT-Spezialist und Cloud Service Provider bietet GISA umfassende IT-Lösungen für öffentliche Auftraggeber: von der Strategie und Beratung über die Entwicklung und Implementierung bis hin zum Outsourcing kompletter Geschäftsprozesse und IT-Infrastrukturen. Wir unterstützen Sie dabei, Ihre Digitalisierung zu meistern!	Komplettlösungen
D-1		Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH Ansprechpartnerin: Elke Wegener Wilhelm-Kabus-Straße 9, D-10829 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de	Seit über 40 Jahren Partner für Kommunen: Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität. Unser Service umfasst die Beratung, Entwicklung, Integration, Schulung, Pflege und den Support in verschiedenen Ausbaustufen.	Komplettlösungen
D-2		MACH AG Ansprechpartner: Oliver Wunder Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 70647-217 E-Mail: oliver.wunder@mach.de Internet: www.mach.de	Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Wir leben den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland.	Komplettlösungen

D-2	 KDO IT für Kommunen	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 9714-0 Fax: +49 (0) 441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!
D-3	 GovConnect die IT-Spezialisten für Verwaltungen	GovConnect GmbH Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Datenschutz, Hund & Halter sowie einen umfassenden Modulbaukasten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.
D-3	 krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe Ansprechpartner: Lars Hoppmann Am Lindenhaus 19, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de	Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 50 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.
D-3	 ekom21	ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 9830-1220 Fax: +49 (0) 641 / 9830-2020 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3	 KID. Magdeburg	KID Magdeburg GmbH Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4	 ab-data KOMMUNALE SYSTEMLÖSUNGEN	ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data ist einer der führenden Anbieter für kommunale Finanzsoftware und Systemlösungen. Als inhabergeführtes Familienunternehmen legen wir Wert auf ganzheitlich-nachhaltige Konzepte. Mit der verwaltungsweit skalierbaren IT-Plattform VOIS bieten wir die passende Strategie. Für das VOIS Finanzwesen liefern wir exklusiv die passende Lösung.
D-4	 Prosoz	PROSOZ Herten GmbH Ewaldstr. 261 D-45699 Herten Telefon: +49 (0) 23 66 / 188-0 Fax: +49 (0) 23 66 / 188-111 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	PROSOZ Herten hat sich in über 30 Jahren vom Softwarehersteller für Kommunen zum Komplettlösungsanbieter in den Bereichen Soziales, Jugend sowie Bauen und Umwelt entwickelt. Mit Software- und Beratungsdienstleistungen sowie BI-Lösungen begleitet Prosoz Kommunen auf dem Weg der digitalen Transformation.
D-4	 jccsoftware für den öffentlichen Dienst!	JCC Software Mendelstraße 11 D-48149 Münster Telefon: +49 (0) 256 / 294539-99 E-Mail: info@jccsoftware.de Internet: www.jccsoftware.de	Besucherströme im Rathaus optimieren? Mit dem JCC-Besucherleit- und Terminvereinbarungssystem machen Sie den ersten wichtigen Schritt. Sie reduzieren die Wartezeit, steigern die Zufriedenheit von Mitarbeiter*innen und Besucher*innen und minimieren unerwünschten Begegnungskontakt in der Corona-Zeit. Jetzt kostenlose Demo anfordern.
D-5	 ALLGEIER ES is now nagarro ES	Nagarro ES Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf An der Schusterinsel 3 D-51379 Leverkusen Telefon: +49 (0) 611 / 71189202 E-Mail: info@nagarro-es.com Internet: www.nagarro-es.com	Nagarro ES ist ein führender deutscher IT-Full-Service-Provider für kritische Unternehmensapplikationen und komplexe ERP-Landschaften. Suite4Public: SAP-basierte Lösung für Städte, Landkreise und AöRs. Fit für die Zukunft mit Suite4Doppik – Abbildung des doppischen, kommunalen Finanzwesens und Suite4KA – Veranlagung von Steuern.

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

Komplettlösungen

D-5		EDV Ermtraud GmbH Ansprechpartner: Tobias Krumnow Arienheller Str. 10 D-56598 Rheinbrohl Telefon: +49 (0) 2635 / 9224-0 Fax: +49 (0) 2635 / 9224-29 E-Mail: vertrieb@edv-ermtraud.de Internet: www.edv-ermtraud.de	KASSENVERFAHREN TopCash - zentral/dezentral: per Maus- & Touch, Gebühren, Leistungen + Artikel, §2b UStG + TSE, DGVV 115-005, EC-Terminals. GEWERBEREGISTER GEVE4 & geve5, CLOUD. Gewerbeanzeige online > Register > elektr. Auskunft. Erlaubniswesen, ProStSchG; für Kreise & Gemeinden.
D-5		Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband) Sonnenblumenallee 3, D-58675 Hemer St. Johann-Straße 23, D-57074 Siegen Telefon: +49 (0) 271 / 30321-0 Fax: +49 (0) 271 / 30321-1010 (Hemer) Fax: +49 (0) 271 / 30321-1020 (Siegen) Internet: www.sit.nrw	Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen.
D-5		Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Buntén Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 2303 / 25 47 00 Fax: +49 (0) 2303 / 400 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-6		LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91-900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91-110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-6		OrgaSoft Kommunal GmbH Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 681 / 8 70 04-0 Fax: +49 (0) 681 / 8 70 04-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de	OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS♦KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS♦Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 40 Jahren kommunaler Datenverarbeitung.
D-7		ISGUS GmbH Ansprechpartner: Klaus Wössner Oberdorfstraße 18-22 D-78054 Villingen-Schwenningen Telefon: +49 (0) 7720 / 393-0 E-Mail: info@isgus.de Internet: www.isgus.de	ZEUS® Workforce Management von ISGUS beinhaltet die Module der Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Betriebsdatenerfassung und Unternehmenssicherheit. Ganz individuell auf Ihre Anforderungen und Ihre Branche zugeschnitten. Unsere Kunden nutzen die Lösungen vollkommen wahlfrei On-Premise oder als Software as a Service.
D-8		AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 59 03-0 Fax: +49 (0) 89 / 59 03-1845 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		Kolibri software & systems GmbH Ansprechpartner: Thomas Dietrich Nicolaus-Otto-Str. 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 81 05 / 37 60-0 Fax: +49 (0) 81 05 / 37 60-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de	Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungs-lösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.
D-8		Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newssystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.
D-9		DATEV eG Ansprechpartner: Alexander Mathiowetz Paumgartnerstraße 6-14 D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/public-sector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Vorschau

Die nächste Ausgabe (12/2022) erscheint am 30.11.2022



Kleine Geschichte der Digitalisierung

Wir werfen einen Blick zurück auf mehr als 20 Jahre E-Government – wie verlief der Weg von den Projekten BundOnline 2005 und Media@Komm bis zum Onlinezugangsgesetz? Und wie geht es nun weiter?



DigitalPakt 2.0

Damit der DigitalPakt Schule – wie vom Bundesbildungsministerium gewünscht – weiter Fahrt aufnimmt, müssten etwa der Abfluss der Fördermittel verbessert und der Fokus auf eine nachhaltige digitale Ausstattung gerichtet werden.



IT-Schwerpunkte im Dezember

In der Informationstechnologie geht es um souveräne Cloud-Angebote, Formular-Management und Lösungen für das Gewerbewesen. Unsere Serie zur Cyber-Sicherheit zeigt, wie gut Hacker wirklich sind und welche Methoden sie nutzen.



Digitale Sachbearbeitung

Der Umstieg auf die elektronische Aktenführung bedeutet mehr als nur die Abkehr von Papierdokumenten. Erst durch eine umfassende Digitalisierung der Prozesse lassen sich die Potenziale der E-Akte voll ausschöpfen.

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

Advantic	5	HESS Cash Systems	35	Optimal Systems	43
AKDB	2	HSH	39	PayPal	21
CC e-gov	3	Infra fibre Germany	45	Prosoz Hertzen	33
Ceyoniq Technology	53	ITEBO	15	regio iT	11
comundus regisafe	57	Kommunix	47, 49	Telefónica Deutschland	7
ekom21	67	more! software	55	Branchenindex IT-Guide	58 - 65
Governikus	51	NOLIS	68		

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media GmbH
Olgastraße 7
72074 Tübingen
+49 (0) 70 71 / 855 - 6770
+49 (0) 70 71 / 855 - 6773
E-Mail: info@k21media.de
www.k21media.de

Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770
Fax: +49 (0) 70 71 / 855 - 6773
E-Mail: info@k21media.de
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Olgastraße 7
72074 Tübingen
redaktion@kommune21.de

E-Mail: Bettina Weidemann (stellv. Chefredakteurin)
Verena Barth
Alexandra Braun
Thomas Nolte
Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Sara Ott
Olgastraße 7
72074 Tübingen
+49 (0) 70 71 / 855-2787
s.ott@k21media.de

Seit dem 1.1.2022 gilt die Preisliste Nr. 22 der Media Information 2022.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901

Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr. 155 010

Layout: tebitron gmbh, Gerlingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchterstraße 14
72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2022 K21 media GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis:

Ar_TH/stock.adobe.com (66); Daten-Kompetenzzentrum Städte und Regionen (DKSR) (22); Foto Kirsch (8); Gemeinde Neureichenau (40); Gemeinde Sulzbach (Taunus) (41); ITEBO (26); Jürgen Altmann (3); K21 media GmbH (12); knowhowfootage/stock.adobe.com (10); Maksym Yemelyanov/stock.adobe.com (16); Manuel Schönfeld/stock.adobe.com (18); Martina Neuhausen (38); patrick/stock.adobe.com (66); pht-airpicture.de/Michael Mehle (36); Piman Khrutmuang/stock.adobe.com (66); Portra/istockphoto.com (34); Ralf Kalytta/stock.adobe.com (24); Sabine Helmers; Gemeinde Neu Wulmstorf (32); Stadt Bad Oeynhausen/Müller-Ulrich (28); Stadt Frankfurt am Main (6); Stadt Köln (Titel, 46); Thapana Studio/stock.adobe.com (66); Vasina Nazarenko/stock.adobe.com (14); vegefox.com/stock.adobe.com (Titel, 4)



Kompetent an jedem Punkt.

Ihr Login zum OZG.

Kein Stress, keine Wartezeiten, keine Aktenberge. Unsere intelligenten Informations- und Kommunikationslösungen für Gemeinden, Städte, Landkreise und Verbände machen das Leben leichter und sorgen für ein Stück Lebensqualität. Wir bieten alle Leistungen und Services aus einer Hand und sorgen vom Anfang bis zum Rechenzentrum für vernetzte Prozesse und Sicherheit. Starten Sie mit uns in die Zukunft Ihrer Verwaltung.

Weitere Informationen unter: www.ekom21.de

Das CMS für Kommunen



Mehr als 20 Jahre Erfahrung machen NOLIS zu einem zuverlässigen Partner für kommunale Internet- und Intranet-Projekte. Dabei bieten wir mit NOLIS | CMS einen umfangreichen Werkzeugkasten zur Gestaltung moderner, nutzerfreundlicher Webseiten.

- intuitive Nutzerführung
- responsives Webdesign
- barrierefrei gemäß BITV
- DSGVO-konform
- für Suchmaschinen optimiert



NOLIS | CMS

- Individuell erweiterbarer Funktionsumfang
- Einfache und effiziente Bedienung
- Für beliebig viele Portale im Internet und Intranet



www.nolis.de/cms

www.nolis.de | info@nolis.de | 0 50 21 - 88 77 555

